



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

## **Die Bedeutung der ‚Belt and Road Initiative‘ für chinesische Arbeiter\*innen.**

Eine Untersuchung aus der Perspektive der Kritischen Politischen Ökonomie.

verfasst von / submitted by  
**Joschka Brangs BA**

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree  
of

**Master of Arts (MA)**

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Johannes Jäger

# Inhaltsverzeichnis

|  |            |
|--|------------|
| <b>1 Einleitung .....</b>  | <b>2</b>   |
| <b>2 Methodologische und theoretische Überlegungen.....</b>                        | <b>9</b>   |
| 2.1 Methodologie .....   | 9          |
| 2.1.1 <i>Ontologie und Epistemologie des Critical Realism</i> .....                | 10         |
| 2.1.2 <i>Methode von Abstraktion und Konkretion</i> .....                          | 13         |
| 2.1.3 <i>Umsetzung der Methodik im Rahmen dieser Arbeit</i> .....                  | 15         |
| 2.2 Zur Regulationstheorie .....   | 16         |
| 2.2.1 <i>Akkumulationsregime</i> .....   | 19         |
| 2.2.2 <i>Regulationsweise</i> .....  | 21         |
| <b>3 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in China ab 1978.....</b> | <b>26</b>  |
| 3.1 Entwicklungstendenzen bis in die 1990er – wirtschaftliche Zweiteilungen.....   | 26         |
| 3.2 Reformen der 1990er .....  | 33         |
| 3.3 China ab dem Beitritt zur WTO.....   | 38         |
| <b>4 Entwicklungstheoretische Konzepte.....</b>                                    | <b>43</b>  |
| 4.1 Einflüsse des Sozialistischen Entwicklungsmodells und des Hukou-Systems.....   | 43         |
| 4.2 Konzept des Entwicklungsstaates .....  | 47         |
| 4.3 Globale Güterketten – Perspektive .....  | 50         |
| 4.4 Zwischenfazit.....   | 54         |
| <b>5 Ausarbeitung des chinesischen Akkumulationsregimes .....</b>                  | <b>55</b>  |
| 5.1 Akkumulation in China ab 1978 .....  | 56         |
| 5.2 Ausarbeitung der chinesischen Regulationsweise .....                           | 61         |
| <b>6 Herausarbeitung der Krisentendenzen und deren Regulation .....</b>            | <b>73</b>  |
| <b>7 Chinas Strategie in Bezug auf die neue Seidenstraße .....</b>                 | <b>78</b>  |
| <b>8 Reflexion der Perspektive der BRI .....</b>                                   | <b>81</b>  |
| <b>9 Conclusio .....</b>   | <b>91</b>  |
| <b>Literatur .....</b>   | <b>94</b>  |
| <b>Anhang.....</b>   | <b>100</b> |

## 1 Einleitung

Am 7. September 2013 präsentierte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), Xi Jinping, der Welt die ‚Belt and Road Initiative‘ (BRI) – auch bekannt als ‚Neue Seidenstraße‘. Die BRI habe zum Ziel die eurasischen Länder mittels einer Überlandroute, aber auch Asien, Afrika und Europa über Schifffahrtsrouten zu verbinden und somit neue Handelsmöglichkeiten zu schaffen. China<sup>1</sup> setze dabei auf die Kooperation der angrenzenden Länder, um durch Infrastrukturprojekte neue Handelskorridore aufzubauen und damit neues wirtschaftliches Wachstum für alle Beteiligten zu generieren. In diesem Rahmen nehme sich das Projekt aktuell rund 65 Länder aus Asien und Europa zum Ziel und betreffe damit geschätzt 4,4 Milliarden Menschen, welche derzeit über ein Einkommen von 21 Billionen US-Dollar verfügen. Alleine an diesen Zahlen werde das enorme Ausmaß der BRI schnell deutlich. Aktuellen Schätzungen zu Folge würden alleine für Transportinfrastrukturprojekte über 5 Billionen US-Dollar benötigt. China habe bereits über 60 Milliarden US-Dollar investiert und Milliardenhilfen für Länder entlang der BRI angekündigt, um den offiziellen Startzeitpunkt im Jahr 2021 zu halten und die BRI bis 2049 realisieren zu können. (vgl. Schmeisser u. a. 2018: 35–39) Das Vorhaben der chinesischen Staatsführung ist ambitioniert, dennoch muss ihr, angesichts der bisher erfolgten Investitionen, eine hohe Entschlossenheit attestiert werden. Die Ankündigung der Initiative und ihre globale Reichweite hat die internationale Gemeinschaft aufhorchen lassen. So fügt sich die BRI in das Bild eines sich wandelnden Chinas ein. Vor dem Hintergrund, dass sich die VRC erst 1978<sup>2</sup> gegenüber kapitalistischen Reformen zu öffnen begann, wird der beachtliche Aufstieg Chinas deutlich. Beginnend mit der Außenöffnung, die ab den frühen 1990er Jahren stärker vorangetrieben wurde, erarbeitete sich das Land bald den Titel als ‚Werkbank der Welt‘. (vgl. Schmalz 2011: 106–109) Das ‚Chinesische Wirtschaftswunder‘ mit langjährigen zweistelligen Wachstumsraten der chinesischen Volkswirtschaft ließ die Volksrepublik China (VRC) schnell zu einem relevanten internatio-

---

<sup>1</sup>Wenn ich in dieser Arbeit von China spreche, beziehe ich mich auf Festland-China beziehungsweise die Chinesische Volksrepublik China.

<sup>2</sup>Tatsächlich ist es umstritten, wie die Öffnung der VRC genau zu datieren ist. So macht Mahoney darauf aufmerksam, dass zwar meistens das Jahr 1978 genannt, aber dabei ignoriert werde, dass Henry Kissinger und Richard Nixon Peking bereits während der frühen 1970er besucht hätten. Weiterhin gebe es auf chinesischer und US-amerikanischer Seite Hinweise darauf, dass die chinesische Führung bereits 1969 Überlegungen zu Öffnung gegenüber den Vereinigten Staaten angestellt habe. (vgl. Mahoney 2016: 244f.) Diesen Hinweis halte ich für durchaus interessant, weshalb ich ihn hier auch aufführe. Da die Frage, ob sich die VRC 1978 oder schon wenige Jahre früher öffnete keine Relevanz hat, schließe ich mich in meine Arbeit der Mehrheitsmeinung an und nehme 1978 als Jahr der chinesischen Öffnung.

nen Akteur werden. Dies zeigte sich beispielsweise an der Teilnahme des ASEAN+ 3 Dialogs oder dem Beitritt zur World Trade Organization (WTO) im Jahr 2001. Gerade beim WTO-Beitritt zeigte sich China vergleichsweise zurückhaltend und akzeptierte einige Sonderauflagen gegenüber den neuen Handelspartnern (vgl. Gao 2012). Die chinesische Staatsführung begründete die Zurückhaltung in der internationalen Arena gewöhnlich damit, dass man sich um die eigene interne Entwicklung kümmern möchte.

Im Kontrast zur außenpolitischen Zurückhaltung der Vergangenheit, begann China im Verlauf der aktuellen Dekade zunehmend eine aktive Rolle im Weltgeschehen einzunehmen. So konnte China beispielsweise 2010 eine Reform des Internationalen Währungsfonds durchsetzen, die dem Land mehr Stimmenanteile zusprach und die VRC anstelle Deutschlands zur drittgrößten Anteilseignerin machte. 2015 wurde die ‚Asian Infrastructure Investment Bank‘ (AIIB) ins Leben gerufen, die gerade auch die BRI mitgestalten und umsetzen soll und als Konkurrenz zu etablierten Institutionen wie der Weltbank gesehen wird. Sowohl BRI als auch die AIIB sind grundsätzlich nicht als chinesische Alleingänge ausgelegt und sollen Asiens und teilweise sogar Europas Entwicklung weiter vorantreiben. Dennoch liegen die Gestaltungsmöglichkeiten überwiegend in chinesischer Hand. (vgl. Françoise 2016: 8–11)

Angesichts dieser Veränderung der außenpolitischen Haltung der VRC ist es wenig erstaunlich, dass parallel dazu zahlreiche Diskussionen zum chinesischen Aufstieg geführt wurden. Diese konnten bereits an vergangene Diskurse zum Aufstieg der VRC als neue Weltmacht anknüpfen. Zum Beispiel gab es in der politikwissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen gegen Mitte des letzten Jahrzehnts große Debatten darüber ob Chinas Aufstieg als neue Weltmacht friedlich vonstatten gehen könne, oder nicht (vgl. McNally 2012: 741f.). In der weltstystemtheoretischen Forschung vertrat Andre Gunder Frank bereits 1998 die These des chinesischen Aufstiegs zum neuen Zentrum des Weltsystems (vgl. Frank 2016). Auch der Weltsystemtheoretiker Giovanni Arrighi war fest davon überzeugt, dass das 21. Jahrhundert als „neues Asiatisches Zeitalter“ (Arrighi 2008: 25) zu beschreiben ist. Die aktuellen Anschläge an diese Argumentationen, stellen den Aufstieg der VRC nicht mehr wesentlich in Frage und ordnen die BRI entsprechend ein. So stelle sie einen *Spatial Fix* dar, also einen Versuch, Akkumulationskrisen des chinesischen Kapitalismus durch Externalisierung zu überwinden (vgl. Zhang 2017; Summers 2016). Die aktuellen Beiträge der weltstystemtheoretischen Debatte teilen mit anderen Betrachtungen zur BRI, dass diese als Konzept zur Überwindung von Wachstumsschwierigkeiten gedeutet wird. So habe sich Chinas Wachstum nach rund 30 Jahren erschöpft. Durch steigende Löhne, sei die VRC nicht mehr in glei-

chem Maße wettbewerbsfähig und könne gleichzeitig auf technischem Niveau noch nicht vollständig mit Hochlohnländern mithalten (vgl. Huang 2016: 316). Dadurch kommt zum Vorschein, dass Chinas Aufstieg keinesfalls nur Positives hervorgebracht hat. Die großen Wachstumszahlen, riesigen Metropolen und die neu entstandene chinesische Mittelschicht werfen auch lange Schatten. In diesen findet man mitunter gravierende ökologische Probleme, die aus der enormen Industrialisierung der chinesischen Küstenregionen erwachsen sind (vgl. Lee 2017). Man entdeckt auch eine von sozialer und regionaler Ungleichheit tief gesplante Gesellschaft, in der es durchaus Armut gibt. Viele Arbeiter\*innen waren und sind mit harten Arbeitsregimen konfrontiert, die erhalten geblieben sind (vgl. Ngai/Chan 2013), selbst wenn die Löhne in den letzten Jahren zu steigen begonnen haben.

Die BRI soll helfen, neuen Austausch und Handelsverbindungen hervorzubringen, um das Wachstum in China wieder anzukurbeln und die Weiterentwicklung der chinesischen Gesellschaft und Produktionstechniken voranzubringen (vgl. Sarker u. a. 2018: 632f.). Über mögliche Outcomes kann bisher ausschließlich gemutmaßt werden und dennoch scheint über ihre positive Wirkung auf die VRC kaum Zweifel zu bestehen. Auf Basis der mutmaßlichen Ziele wird über potentielle Veränderungen der globalen Ordnung und Chinas künftigen Einfluss auf seine Nachbarstaaten nachgedacht (vgl. Godehardt 2014; Hilpert/Wacker 2015). Auch wurde bereits diskutiert, inwieweit das Projekt als chinesischer Marshall Plan betrachtet werden kann (vgl. Penna 2014; Dingli 2015). Insgesamt wird die BRI in diesen Kontexten als Weg hin zu weiterem Wirtschaftswachstum und mehr globalem Einfluss interpretiert (vgl. Huang 2016: 315).

Was jedoch auszubleiben scheint, ist eine kritische Reflexion darüber, wie diese Veränderungen, sofern sie denn eintreten, auf die chinesische Wirtschaft und Sozialstruktur wirken dürften und *wer* in der chinesischen Gesellschaft *was* zu erwarten hat. Dass in China „politics of precarity“ (Lee 2019: 151) bestehen, die für unterschiedliche Chines\*innen jeweils unterschiedliche Partizipation an gesellschaftlichen Änderungen bedeuten, wird dabei nicht in die Überlegungen mit einbezogen<sup>3</sup>. In der Tatsache, dass solche Stimmen kaum vertreten zu sein scheinen beziehungsweise überwiegend generalisierende Aussagen getätigt werden, drückt sich meiner<sup>4</sup> Auffassung nach ein *modernisierungstheoretisches Narrativ* dieser Debatte aus. Obwohl eine Übertragung klassischer Modernisierungstheorien, wie beispielsweise Rostows Überlegungen zur stufenweisen Entwicklung (vgl. Rostow 2016), nicht direkt möglich ist,

---

<sup>3</sup>Dies kann ich allerdings ausschließlich für den deutsch- und englischsprachigen Diskurs feststellen, da durch die Sprachbarriere, der Zugang zu anderen Wissenschaftlichen Publikationen nicht möglich ist.

<sup>4</sup>In Kapitel 2.1 lege ich in Fußnote 6 dar, weshalb diese Arbeit in der Ich-Perspektive geschrieben wurde.

lässt sich kaum leugnen, dass die zugrunde liegenden Paradigmen ähnlich sind. So zeichnet Rostows Überlegungen zu gesellschaftlicher Entwicklung aus, dass die Impulse dazu in der Regel von außen kommen und nicht (mehr) in den Gesellschaften selbst hervorgebracht werden. Um den wirtschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen, würde es in erster Linie große und umfassende Investitionen benötigen. (vgl. ebd.: 48ff.) Hinzu kommt das grundsätzlich teleologische Grundverständnis dieser Perspektive, nach dem Modernisierung ein klares Ziel hat und mit allgemeinem gesellschaftlichem (materiellem) Wohlstand einhergeht.

Dieses Narrativ lässt sich auf die BRI übertragen. Die Überlandroute der BRI soll in den zentralen und westlichen Regionen Chinas beginnen (vgl. Schmeisser u. a. 2018). Diese Gebiete sind dadurch gekennzeichnet, dass sie insgesamt deutlich weniger wirtschaftliche Entwicklung erfahren haben, als die östlichen Küstenregionen des Landes (vgl. Cho 2005: 119–122). Zwar lässt sich bei den Zentral- und Westregionen nicht einfach von traditionellen, und vor-kapitalistischen Gesellschaften sprechen. Dennoch wird davon ausgegangen, dass die von außen (wenn auch nicht aus dem Ausland, sondern den wohlhabenden chinesischen Regionen) in die Region kommenden Investitionen Fortschritt bringen würden und auch die Bevölkerungen zufrieden stellen dürften. Insgesamt werde sich das stärkere Engagement in Chinas Westen also in gesteigertem Wohlstand niederschlagen. Genau in diesem Narrativ wird meiner Auffassung nach das modernisierungstheoretische Fundament dieser Denkweise deutlich. Denn es wird nicht davon ausgegangen, dass das verstärkte Engagement auch zu etwas anderem als dem Aufschwung der künftig wohl extra von der VRC bedachten Regionen führen könnte. So wird nicht darauf hingewiesen, dass manche Volksgruppen bessere Aufstiegschancen haben als andere. Dies kann zu einem Anstieg der materiellen und sozialen Ungleichheiten führen, was nicht dasselbe wie eine allgemeine Wohlfahrt ist. Modernisierungstheoretisches Denken wurde bereits grundlegender Kritik ausgesetzt, beispielsweise durch die Dependenztheorien, die auf die Wirkungen von Abhängigkeitsstrukturen hingewiesen haben. Ohne, dass ich im Weiteren konkret auf diesen Theoriestrang eingehen möchte, scheint es mir dennoch wichtig festzuhalten, dass gesellschaftliche Entwicklung nicht linear verläuft und das Wohlstandszuwächse in unterschiedlichem Umfang an verschiedene Gesellschaftsklassen verteilt werden. Dies wird jedoch verdeckt, wenn die (akademischen) Beschreibungen sich beispielsweise darauf beschränken, Prognosen zu möglichen Wirtschaftszuwächsen zu geben. Um diesen Sachverhalt zu verdeutlichen, gehe ich in dieser Arbeit insbesondere auf die Positionen von chinesischen Arbeiter\*innen ein, um von deren Standpunkt aus die Perspektiven der BRI zu beleuchten. Die übergeordnete Fragestellung dieser Arbeit lautet daher, welche

Perspektiven zu wirtschaftlichem und sozialem Aufstieg die BRI chinesischen Arbeiter\*innen ermöglichen kann. Um die Perspektiven der BRI für Arbeiter\*innen bestimmen zu können, ist es jedoch notwendig, deren Ausgangslage zu verstehen. Folglich füge ich die Frage nach der Ausgangssituation chinesischer Arbeiter\*innen hinzu: Wie und warum hat die wirtschaftliche Entwicklung der VRC nach ihrer Öffnung 1978 auf die Arbeiter\*innen des Landes gewirkt. Die Klärung dieser zweiten Frage ist so zentral, dass sie den Großteil dieser Arbeit ausmacht. Denn erst mit dem Verständnis der Ausgangslage kann stichhaltig darüber diskutiert werden, welche Bedeutung die BRI für chinesische Arbeiter\*innen hat. Die Frage nach den Perspektiven der BRI, kann freilich nur auf Basis von Annahmen beantwortet werden. Dabei geht es mir nicht darum, exakte Vorhersagen über den weiteren Verlauf der BRI anzustellen. Dies ist nicht möglich und es wäre nicht wissenschaftlich, dies zu tun. Dennoch ist es legitim, auf die Ausgangsposition chinesischer Arbeiter\*innen hinzuweisen und die BRI aus deren Sicht durchzudenken. Diese Überlegungen ermöglichen es nämlich darauf aufmerksam zu machen, dass generalisierende Aussagen zu den potenziellen Chancen der BRI unzulässig sind.

Die aufgeworfenen Fragen erfordern außerdem zwei Begriffsbestimmungen. Erstens gilt es den Arbeiter\*innen-Begriff zu klären. Im Wesentlichen steht der Arbeiter\*innen-Begriff für Lohnarbeitende mit überwiegend körperlicher Tätigkeit. Diese Beschreibung gilt am ehesten für Lohnbezieher\*innen in industrieller, maschineller Fertigung. Diese Definition würde in dieser Arbeit jedoch zu kurz greifen, da ich annehme, dass nicht alle gesellschaftlichen Teile gleichermaßen von der BRI profitieren werden. Deshalb fasse ich den Arbeiter\*innenbegriff weiter. So schließe ich auch Agrararbeiter\*innen und einfache Lohnbezieher\*innen aus dem Sektors mit ein. Zwar ist diese Gruppe hinsichtlich ihrer Tätigkeiten heterogen, weniger aber in Bezug auf ihre gesellschaftliche Stellung, die von prekären Anstellungen und geringen sozialen Aufstiegsmöglichkeiten gekennzeichnet ist.

Zweitens muss dargestellt werden, wie sich die BRI überhaupt manifestieren wird. Das Projekt hat offiziell noch nicht begonnen, weshalb bisher lediglich Absichten impliziert werden können. Wie ich angedeutet habe und noch ausführlicher darlegen werde, sind sich viele Autor\*innen in ihren Erwartungen einig. Da die Erwartungshaltungen an ein Projekt dieser Größe selbstverständlich auch vielschichtig sind, ist es allerdings notwendig bestimmte Aspekte herauszugreifen. Daher konzentriere ich mich in meiner Arbeit einerseits ausschließlich auf die Landroute der BRI. Damit berücksichtige ich besonders deren Auswirkungen auf die chinesischen Zentral- und Westregionen. Außerdem beziehe mich nur auf die Maßnahmen, die direkt mit Arbeiter\*innen in Zusammenhang gebracht werden können – beispielsweise die

Aussicht auf neue Jobs durch Bauprojekte oder der wirtschaftliche Aufschwung der Heimatregionen. Indirekte Aspekte, wie mögliche geopolitische Verschiebungen oder Veränderungen der chinesischen Währung, beachte ich dahingegen nicht. Zusätzlich möchte ich betonen, dass ich mich nicht mit der Frage nach der Realisierbarkeit der BRI befasse. Vielmehr möchte der Frage nachgehen, ob es angemessen ist, das in vielen Beiträgen zur BRI stillschweigend davon ausgegangen wird, dass *die Chines\*innen* von dem Projekt profitieren.

Dieser Aspekt ist keinesfalls irrelevant. In China besteht die größte Arbeiter\*innenschaft der Welt und diese hat bisher sehr unterschiedlich von der chinesischen Wirtschaftsentwicklung profitiert (vgl. Lu/Song/Hu 2012: 28–44). Dabei haben chinesische Arbeiter\*innen in der Vergangenheit entscheidend zum Wachstum der VRC beigetragen. Folglich ist die Frage nach deren Perspektiven entscheidend dafür, die künftige wirtschaftliche Entwicklung der VRC zu bewerten. Darüber hinaus verstellt das modernisierungstheoretische Narrativ auch die Sicht auf die tatsächlichen Gegebenheiten. Wie ich zeigen werde, verlangte die bisherige wirtschaftliche Entwicklung Chinas seinen Arbeiter\*innen einiges ab. Die seit 1978 enorm gestiegenen sozialen und materiellen Ungleichheiten im Land zeigen, dass diese in vielen Fällen nicht ausreichend dafür entlohnt wurden. Wenn nun aber im Kontext der BRI Chinas Aufstieg als ein Aufstieg des chinesischen Volkes beschrieben wird, verschleiert dies die Ungleichheit in China und öffnet zeitgleich Tür und Tor für nationalistische Argumentationen. Derartiges geschah im Rahmen des Kalten Krieges, aber auch in den 1990ern, als in Bezug auf China wirtschaftliches Wachstum von der *gelben Gefahr* gesprochen wurde (vgl. Ji 2017: 335). Des Weiteren gilt das Argument selbstverständlich auch andersherum: Ebenso wie die BRI kaum allen Chines\*innen gleichermaßen Vorteile bringen wird, ist es nicht zu erwarten, dass dies für die Bevölkerungen anderer Länder der Fall sein dürfte. In beiden Fällen müssen auch die Klassendimensionen mitgedacht werden, anstatt den Fehler zu begehen, sie durch nationalistische Narrative zu verschleiern. Leider lässt sich dies jedoch zunehmend feststellen. So sendete beispielsweise der deutsche öffentlich-rechtliche Sender ZDF erst vor wenigen Wochen die zweiteilige Dokumentation „Die neue Seidenstraße - Chinas Griff nach Westen“<sup>5</sup> in der China gegenüber anderen Ländern entlang der BRI als übermächtig und lediglich auf den eigenen Vorteil bedacht, dargestellt wurde. Ein differenziertes Bild wurde dabei nicht gezeichnet. Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich möchte nicht abstreiten, dass der Staatsführung der

---

<sup>5</sup>Die neue Seidenstraße - Chinas Griff nach Westen; zweiteiliger Dokumentationsfilm des ZDF  
Teil 1: Von China nach Pakistan gesendet am 02.01.2019 (<https://www.zdf.de/dokumentation/dokumentation-sonstige/die-neue-seidenstrasse-teil-1-100.html>)  
Teil 2: Von Kirgisistan nach Duisburg gesendet am 03.01.2019  
(<https://www.zdf.de/dokumentation/dokumentation-sonstige/die-neue-seidenstrasse-teil-2-100.html>)

VRC Vorhaltungen bezüglich des chinesischen Eigeninteresses gemacht werden dürfen. Im gleichen Zuge muss jedoch bedacht werden, wessen Interessen überhaupt bedient werden. Ein Ziel dieser Arbeit ist es daher, für eine differenzierte Betrachtung der BRI zu werben, die ein Teil der allgemeinen Debatte über den chinesischen Aufstieg ist.

Meiner Forschungsarbeit liegt die Ontologie und Epistemologie des Critical Realism zugrunde. Diese Positionierung erlaubt es mir einerseits, darauf zu verweisen, dass Wissenschaft selbst eine Praxis, also eine Aktivität, eingebettet in soziale Strukturen, ist, die wie jede andere Tätigkeit, ethischen Regeln folgen muss (vgl. Sayer 1992: 17). In diesem Sinne berufe ich mich auf eine emanzipatorische Positionierung, mit der ich an dem dargelegten modernisierungstheoretischen Narrativ rüttele.

Eine Grundüberzeugung des Critical Realism bestehe darin, dass die Welt nicht einfach durch empirische Daten beschrieben werden könne. Ableitungen aus akkumulierten empirischen Beobachtungen, könnten alleine noch keine Kausalzusammenhänge erklären.

Stattdessen gäben empirische Daten und Erfahrungswissen lediglich Hinweise darauf, wie die Geschehnisse in der realen Welt tatsächlich von statten gehen. Entsprechend müssten auf Basis von Beobachtungen Schlussfolgerungen über die kausalen Wirkweisen angestellt werden (vgl. Mader/Lindner/Pühretmayer 2017) Um solche Schlussfolgerungen systematisch anstellen zu können, wende ich als Forschungsmethode die Methode von Abstraktion und Konkretion nach Sayer an (vgl. Sayer 1992: 140–143). Diese Methode verbinde ich mit der Heuristik des regulationstheoretischen Ansatzes nach Becker (vgl. Becker 2009). Die Verbindung von Sayers Methodik mit dem Analyserahmen der Regulationstheorie ermöglicht es mir, Sekundärdaten und bestehende Analysen zum wirtschaftlichen Aufstieg der VRC neu zu interpretieren. In der Diktion der Regulationstheorie, lassen sich auch die zentralen Forschungsfragen zusammenfassen und neu formulieren: *Inwieweit kann die BRI zur Regulation arbeit\*innenbezogener Krisentendenzen in der VRC nach 1978 beitragen?* Die Daten zur Beantwortung dieser Frage habe ich durch Literature Review zusammengetragen. Die verwendete Literatur befasst sich einerseits mit der wirtschaftlichen Entwicklung der VRC und nimmt andererseits gezielt auf die Stellung der Arbeiter\*innen innerhalb dieses Prozesses Rücksicht. Dazu nehme ich auch gezielt Bezug auf qualitative Studien, was eine Erweiterung Beckers Ansatzes darstellt. Damit lotet diese Arbeit auch die Möglichkeiten der Regulationstheorie aus.

Die theoretische Basis dieser Arbeit, die ich aufgrund ihrer Komplexität an dieser Stelle lediglich erwähnt und noch nicht erklärt habe, stelle ich ausführlich in Kapitel 2 vor. Zunächst werde ich dabei auf die methodologische Fundierung, also den Critical Realism, eingehen. Danach beschreibe ich die Forschungsmethode und setze sie zu meiner Arbeit in Bezug. Anschließend erfolgt die Darstellung der Regulationstheorie, bei der ich mich auf den Ansatz nach Becker berufe. In Kapitel 3 werden die empirischen Daten vorgestellt. Anschließend erfolgt in Kapitel 4 eine erste Analyse, bei der ich mich auf verschiedene entwicklungstheoretische Konzeptionen stütze. Dies stellt im Wesentlichen einen Zwischenschritt dar, um in Kapitel 5 die eigentliche Beschreibung durch die Heuristik der Regulationstheorie zu ermöglichen. Kapitel 6 setzt die herausgearbeiteten Aspekte der chinesischen Entwicklung zueinander in Beziehung. In Kapitel 7 beginnt der Rückbezug der Arbeit zur zentralen Frage der Arbeit, indem dargelegt wird, welche Erwartungen allgemein an die BRI gerichtet werden. Der Bezug zur BRI und chinesischen Arbeiter\*innen erfolgt in Kapitel 8 und stützt sich auf die in den vorangehenden Kapiteln angestellten Überlegungen. Den Abschluss der Arbeit stellt die Conclusio dar, in der ich die Arbeit abschließend zusammenfasse und die gewonnenen Erkenntnisse herausstreiche.

## **2 Methodologische und theoretische Überlegungen**

Dieses Kapitel behandelt die Vorüberlegungen, die notwendig waren, um die aufgeworfene Forschungsfrage bearbeitbar zu machen. Zunächst stelle ich dazu den Critical Realism vor. Mit dem Aufzeigen von dessen Grundüberlegungen erschließt sich anschließend auch die von mir angewendete Methode von Abstraktion und Konkretion. Nachdem ich diese vorgestellt habe, wird deutlich werden, dass die Methode ein theoretisches Konzept erfordert, um überhaupt genutzt werden zu können. Als Konzept beziehe ich mich, auf die Regulationstheorie und werde diese ebenfalls beschreiben.

### **2.1 Methodologie**

Im Rahmen dieser Arbeit verwende ich die Methode von Abstraktion und Konkretion und wende diese auf Sekundärdaten an, die ich durch Literature Review gesammelt habe. Die Methode geht ursprünglich auf Marx zurück, wurde aber insbesondere durch Sayer erneut aufgegriffen und im Kontext des Critical Realism aktualisiert. Um also die Methode nach Sayer erklären und darstellen zu können, ist es erforderlich, die Grundzüge der Ontologie und Epistemologie des Critical Realism (CR) darzulegen.

### 2.1.1 Ontologie und Epistemologie des Critical Realism

Der CR geht auf die Werke *A Realist Theory Science* und *The Possibility of Naturalism* von Roy Bhaskar zurück. Seine grundlegenden Gedanken, die er in diesen Werken ausformuliert, wurden später gedanklich zusammengeführt und begründeten damit den CR, der später weiterentwickelt wurde. Die von Bhaskar formulierte Ontologie geht von einer realen Welt aus, die ungeachtet der menschlichen Erkenntnismöglichkeiten existiert (vgl. Bhaskar 2008: 2f.). Zwar wären Teile dieser realen Welt geistig fassbar, dennoch können „bestimmte Aspekte von ihr, nämlich das, was nicht direkt beobachtbar ist, am besten durch wissenschaftliche Erklärungen erschlossen werden“ (Mader/Lindner/Pühretmayer 2017: 11). Aus diesen Implikationen schaffe Bhaskar eine grundlegende Kritik an der gängigen westlichen Philosophie, da er deren Kausalitätsverständnis nicht teile. So würden seit Hume die „Eigenschaften von Dingen in solche der Erkenntnis transformiert und auf diese Weise ein Primat der Epistemologie über ontologische Aussagen errichtet.“ (ebd.: 12) Aus diesem Verständnis heraus lässt sich Kausalität als beobachtbare Ereignisregelmäßigkeit verstehen. Wenn ein Fall oft beobachtet werden könne, lasse sich aus dieser Regelmäßigkeit Kausalität ableiten. Dieses Narrativ verdeutliche sich in wissenschaftlichen Erklärungsmodellen wie dem deduktiv-nomologischen Erklärungsmodell nach Hempel und Oppenheim beziehungsweise dem hypothetisch-deduktiven Modell nach Popper.

„Ursache und Wirkung sind in dieser Vorstellung beobachtbare Einzelereignisse, die als logisch unabhängig voneinander gedacht werden und deren Verknüpfung in einer strikten empirischen Regelmäßigkeit besteht: ‚Immer wenn A dann B‘, (oder ‚alle A sind p‘)“. (ebd.: 37f.)

Derartige Erklärungsmodelle würden Schlüsse zulassen, die aus Häufigkeitsbeobachtungen abgeleitet würden. Beispielsweise lasse sich die Beobachtung, dass Bankangestellte Anzüge tragen, als allgemeine Regel formulieren. Werde die Frage gestellt, warum Josef einen Anzug trägt, wenn er in der Bank arbeitet, würde dies mit dem Verweis auf die Regel ‚Bankangestellte tragen einen Anzug‘ beantwortet. Die Erklärung, dass Josef einen Anzug trägt, würde dann in etwa so lauten, dass Josef ihn trägt, um sich an seiner Arbeitsstelle angemessen zu verhalten, um seinen Job nicht zu gefährden. Aus einem solchen Erklärungsmuster ergebe sich ein spezifisches Frage-Antwort-Muster: In dieser Logik werde eine wissenschaftliche Erklärung besser, je verallgemeinerbarer sie ist. In der Folge konzentriere sich empirische Forschung darauf, empirische Regelmäßigkeiten zu suchen. Nach dem CR sei solch eine Erklärung allerdings unzureichend, da damit keine Erklärung im eigentlichen Sinne gegeben sei; es bestehe keine Erklärung eines Kausalzusammenhangs, sondern lediglich eine Ableitung

aufgrund von akkumulierten Beobachtungen. Damit werde nicht erklärt, wie etwas tatsächlich geschieht. Zusätzlich seien empirische Regelmäßigkeiten auch keine notwendige Voraussetzung jeder wissenschaftlicher Erklärung; gerade dies werde jedoch im (sozial)wissenschaftlichen Mainstream behauptet. (vgl. ebd.: 38ff.)

Weiterhin ließen sich verallgemeinerbare Aussagen nur in „closed Systems“ (Sayer 1992: 122) anstellen. In diesen Fällen werde lediglich der Einfluss bestimmter Zusammenhänge ermöglicht (zum Beispiel in Experimenten oder Modellen). Die Übertragung dieser Modelle in „open Systems“ (ebd.), wie der ‚realen‘ Welt, die sich durch Komplexität und Multi-determinationen auszeichne, schmälere dabei die Aussagekraft der ursprünglichen Modelle. Dies gelte insbesondere für die Sozialwissenschaften, deren Objekte selbst sinngebend seien (vgl. Bhaskar 2008: 44ff.). Aus diesem Verständnis heraus muss das Soziale als open System verstanden werden, da Menschen in vergleichbaren Situationen unterschiedlich handeln können. Folgerichtig teile der CR den Einwand der Hermeneutik gegenüber den Naturwissenschaften, dass Sozialwissenschaften grundlegend von diesen unterschieden werden müssten (vgl. Mader/Lindner/Pühretmayer 2017: 40ff.). Um diese Abgrenzung zu verdeutlichen, schlug der Hermeneutiker Alfred Schütz vor, in den Sozialwissenschaften nicht von einem *Erklären*, sondern dem *Verstehen* der Welt zu sprechen (vgl. Schütz 1971: 6). Diesem Ansatz halte der CR wiederum entgegen, dass trotz des ‚Verständnis‘-Ansatzes auch in der Hermeneutik nach verallgemeinerbaren Strukturen gesucht werde, was in der Logik erneut dem nomologisch-deduktiven Modell folge. Ebenfalls werde nicht auf die Suche kausaler Zusammenhänge geachtet. (vgl. Mader/Lindner/Pühretmayer 2017: 40–44)

Wie aber denkt Bhaskar Kausalität? Die reale Welt wird als komplexes Gebilde verstanden. Die sich in ihr befindenden Objekte hätten eigene Strukturen und würden zusammen emergente Eigenschaften entwickeln – die Welt als Ganzes sei damit mehr als die Summe ihrer Teile. Daraus folge, dass Geschehnisse und Ereignisse durch Funktionszusammenhänge bestimmt werden. Diese Funktionszusammenhänge – Bhaskar spricht dabei von „generative mechanisms“ (Bhaskar 2008: 35) – seien die kausalen Verbindungen zwischen den einzelnen Objekten. Die Objekte werden dabei allerdings nicht als *passiv*, sondern als „causal agents“ (ebd.: 40), also als *aktiv* verstanden. Er versteht generative mechanisms als die kausalen Kräfte von Dingen. Diese Funktionszusammenhänge könnten auch existieren, ohne in einer bestimmten Situation zum Tragen zu kommen. Die Vielschichtigkeit und Komplexität des Realen lässt die generative mechanisms also eher tendenziell und nicht verbindlich wirken. (vgl. ebd.: 35–46)

Bis hierhin habe ich die ontologischen Grundlagen des CR dargestellt und auch gezeigt, inwiefern sich diese Ontologie als Grundlage einer Kritik an den empirisch orientierten Mainstreamwissenschaften versteht. Die Kritik bezieht sich auf das Erkenntnismodell dieser Wissenschaften, welches der Ontologie des CR nicht gerecht werden kann. Konsequenterweise liegt dem CR auch eine eigene Epistemologie zugrunde, der ich mich nun zuwende.

Im CR werden Ontologie und Epistemologie als wechselseitiges Bedingungsverhältnis verstanden. Denn da Wissenschaft selbst eine Praxis ist, muss folglich auch alles Wissen als situiert verstanden werden. Daher ist es für Menschen nicht möglich, die Welt unmittelbar zu erfassen. Beispielsweise sei hier Andrew Sayer aufgeführt, der Wissen grundsätzlich nicht als verdinglicht sondern als „activity“ (Sayer 1992: 16) begreift. Dies begründet er damit, dass Wissen nicht einfach gewonnen werden kann (zum Beispiel durch reine Beobachtung). Der Argumentationsrichtung des Critical Realism folgend, geht Sayer davon aus, dass ein Verständnis der Welt immer schon verinnerlichte Konzepte und Ordnungsstrukturen voraussetzt. So müsse beispielsweise eine ehemals blinde Person erst lernen zu sehen, da die Bilddaten alleine noch nicht sinnhaft interpretierbar wären. Das aus den ‚gewonnen‘ Daten, ein Sinn entnommen werden könne, mache es nötig, Konzepte der Sinnggebung durch sozialen Austausch zu erlernen. Dieses Prinzip gelte grundsätzlich für alle Wissensgenerierung, weshalb auch Wissenschaft selbst als Praxis verstanden werden müsse.<sup>6</sup> (vgl. ebd.: 51–56) Damit erteilt der CR jedweder Form von Empirismus - der Ansicht, dass die Welt aus Beobachtungen alleine erklärbar sei (vgl. Olson 2009: 6) - eine klare Absage. Diese Perspektive begehe Bhaskar zufolge eine „epistemic fallacy“ (Bhaskar 2008: 20), da sie Ergebnisse des Empirischen als das Reale verkenne. Ableitungen aus Beobachtung- und Erfahrung greifen nach Bhaskar zu kurz, da wissenschaftliche Erklärungen die kausal wirkenden generative mechanisms bedenken müssten. Der CR gehe davon aus, dass auf diese durch „retroduction“ (vgl. Olson 2009: 6) geschlossen werden könne. Damit ist gemeint, dass auf Basis von empirischen Erkenntnissen und Erfahrungswissen Überlegungen zu den dahinter stehenden generative mechanisms angestellt werden können. So wird deutlich, dass der CR empirische Forschung keinesfalls für unnötig hält. Diese wird als hilfreich und wichtig betrachtet, dürfe aber für jede wissenschaftliche Erklärung nur der Ausgangspunkt sein. Sie ist die Basis, auf der durch logische und hermeneutische Schlussfolgerungen auf die eigentlichen kausalen Zusammenhänge geschlossen werden könne (vgl. Mader/Lindner/Pühretmayer 2017: 43). Und obwohl es keine

---

<sup>6</sup>Um dieses Verständnis offenzulegen und auch die Leser\*innen stets daran zu erinnern, dass wissenschaftliches Arbeiten eine (menschliche) Praxis ist, habe ich mich dazu entschlossen diese Arbeit in der Ich-Perspektive zu schreiben. Durch die Vermeidung einer neutralen Sprache möchte ich einer unbedachten Objektivierung meiner Forschungsergebnisse entgegenwirken.

völlig objektive Betrachtungsmöglichkeit gebe, bedeutet das für den CR nicht, dass die Plausibilität wissenschaftlicher Aussagen nicht bewertet werden könne. Vertreter des CR würden anerkennen, dass es bessere und schlechtere Erklärungen bestimmter Sachverhalte gibt – die Suche nach Letztbegründungen beziehungsweise absoluter Wahrheit werde jedoch abgelehnt. (vgl. ebd.: 35ff.)

In Bezug auf sozialwissenschaftliche Fragestellungen nimmt der CR die Position ein, dass soziale Handlungen „subjektiv intentional verursacht [...] und sozial-strukturell bedingt“ (ebd.: 43) seien. Hierin begründet sich eine explizite Aussprache für Methodenpluralismus (vgl. Sayer 1992: 199–203). Zur Erklärung müsse daher beides bedacht und auf dieser Basis durch retrodution auf die generative mechanisms geschlossen werden. Damit könne auch auf Mechanismen geschlossen werden, die zwar existent, aber womöglich im Rahmen der Beobachtung nicht aktiviert waren und sich somit der empirischen Erfassung entzogen haben. Solche Mechanismen nicht zu bedenken und zur Erklärung heranzuziehen, würde bedeuten, einen epistemologischen Fehlschluss zu begehen.

Dass Wissenschaft als Praxis verstanden wird, hat außerdem Folgen für die ethische Positionierung des CR. So spricht sich Sayer dafür aus, dass Wissenschaft nicht ohne grundsätzliche ethische Rahmenregeln betrieben werden solle (vgl. ebd.: 17) und stellt sich damit gegen das übliche Neutralitätsgebot der Wissenschaft. Diese Haltung liegt auch dieser Arbeit zugrunde, in der ich aus einer emanzipatorischen Sicht heraus argumentiere. Anstatt lediglich bestehende Verhältnisse zu beschreiben, vertrete ich – Marx elfter These über Feuerbach folgend - die Position, dass eine Änderung der bestehenden Verhältnisse nötig ist. Auf dieser Grundlage erfolgt meine Kritik an dem von mir dargestellten modernisierungstheoretischen Narrativ, welches in vielen Darstellungen der Belt and Road Initiative zu erkennen ist. Mit dieser Arbeit, möchte ich dazu beitragen, diese Betrachtung zu ändern, damit gesellschaftliche Ungleichheiten in künftigen Betrachtungen berücksichtigt werden können.

### **2.1.2 Methode von Abstraktion und Konkretion**

Aus der dargestellten ontologisch-epistemologischen Verschränktheit des CR ergeben sich zwangsläufig auch Auswirkungen auf die hier verwendete Forschungsmethode von Abstraktion und Konkretion. Ursprünglich geht die Methode auf Karl Marx zurück (vgl. Marx 2014: 157). Sie wurde jedoch von Andrew Sayer überarbeitet und an die Grundlagen des CR angepasst.

*Konkretes* versteht Sayer als Objekte, die vielen unterschiedlichen Wirkmächten (generative mechanisms) ausgesetzt sind. Insofern ist das Konkrete nicht statisch, sondern dynamisch. In

*Abstraktionen* hingegen werden nach und nach einzelne Wirkweisen gedanklich isoliert, um aus diesen Gedankenexperimenten Schlüsse zu ziehen und Wirkweisen zu begreifen. (vgl. Sayer 1992: 87f.) „What we abstract from are the many other aspects which together constitute concrete objects such as people, economics, nations, institutions, activities and so on.“ (ebd.: 87).

Es gilt dabei zu berücksichtigen, dass wir als beobachtende Subjekte immer über situierendes Wissen, also über ein vorgefertigtes Weltbild verfügen. Damit stützt sich aber jede Beobachtung konkreter Objekte zwangsläufig auf Abstraktionen. Beobachtung erfolgt immer durch eine bestimmte ‚Brille‘ hindurch. Damit muss aber auch der Ausgangspunkt der Beobachtung das Abstrakte sein, unter dessen Zuhilfenahme anschließend das Konkrete betrachtet wird. Es werden nach und nach Abstraktionen angestellt, um daraus Konzepte über die konkreten Sachverhalte anfertigen zu können. Um dabei angemessen vorgehen zu können, ist es unerlässlich, die Abstraktionen (beispielsweise theoretische Konzepte) auch an die gegebenen (konkreten) Fälle anzupassen. Nur so kann die Forschung auch im Sinne einer „practical adequacy“ (ebd.: 69) - einer Angemessenheit - erfolgen. Insgesamt sind die Abstraktionen und Konkretionen also Mittel, um Schlussfolgerungen anstellen zu können. Im Sinne der Methodik nach Sayer muss dabei von den Abstraktionen ausgehend auf das Konkrete geblickt und dabei die empirischen Ergebnisse eingearbeitet werden. Diese Erkenntnisse können anschließend wieder auf die Abstraktionen rückwirken und sie verändern, sodass anschließend mit den veränderten Abstraktionen der Blick erneut auf das Konkrete gerichtet werden kann. Der Forschungsprozess ist damit spiralförmig angelegt. Relevant ist es auch, Wissen angrenzender Bereiche, von denen anzunehmen ist, dass sie ebenfalls auf die fokussierten Objekte wirken, mit einzubeziehen. Auch dies ist wiederum eine Folge des geforderten Methodenpluralismus des CR. Sayers Forschungsprozess ermöglicht es, Konzepte und Interpretationen über die konkreten Objekte anzustellen. Der bewusste und reflektierte Einbezug von Abstraktionen ermöglicht dabei das komplexe Ganze in bearbeitbare Form zu bringen. (vgl. ebd.: 140–143)

Selbstverständlich hat auch diese Methode ihre Grenzen. So können Handlungen immer nur retrospektiv erschlossen werden, womit die Beobachterhaltung grundverschieden zur Akteurshaltung ist. Damit kann durch Strukturanalysen auf Wirkungsweisen geschlossen werden, jedoch können die „origins“ (ebd.: 97) bestimmter Strukturen nicht erschlossen werden. Da dies allerdings nicht verhindert, retrodution im Sinne des CR zu betreiben, können diese Einschränkungen der Methode im Rahmen hier vernachlässigt werden.

### 2.1.3 Umsetzung der Methodik im Rahmen dieser Arbeit

In den vorhergehenden Abschnitten habe ich die von mir verwendete Methode und ihr methodologisches Fundament dargestellt. In diesem Abschnitt werde ich nun darlegen, wie sich die Onto- und Epistemologie des CR konkret in meiner eigenen Forschung mittels der Methode aus Abstraktion und Konkretion niederschlagen.

Der Ontologie des CR folgend, gehe ich ebenfalls davon aus, dass die reale Welt nicht einfach durch Beobachtung und Erfahrungen umfassend beschrieben werden kann. Um wissenschaftliche Erkenntnis zu erlangen, stelle ich daher Überlegungen dazu an, wie sich das Kapitalistische System der VRC in Raum und Zeit fixieren lässt und welche Funktionszusammenhänge zwischen seinen einzelnen Ausprägungen bestehen. Dadurch spüre ich die generative mechanisms auf. Ich folge der Epistemologie des CR indem ich auf Basis des gesammelten Datenmaterials retrodution durchführe und auf die Mechanismen schließe.

Da ich im Rahmen dieser Arbeit selbst keine empirischen Daten erhoben habe, verwende ich Sekundärdaten, die ich auf Basis einer *Literature Review* gesammelt habe. Ich habe darauf geachtet, der Forderung nach Methodenpluralismus nachzukommen. Folglich habe ich Datenmaterial verschiedener Forschungsansätze zusammengetragen. Beispielsweise werden quantitativ erhobene Daten zur chinesischen Sozialstruktur mit qualitativen Daten aus Forschungen in Produktionsstätten verbunden, wodurch neben den sozio-ökonomischen ebenso die Sichtweise von Arbeiter\*innen ins Blickfeld geraten kann. Die Daten stelle ich separat in Kapitel 3 vor. Dort werden meine Rechercheergebnisse zeitlich eingeordnet, damit eine ‚Erzählung‘ der chinesischen Entwicklung ab 1978 erfolgen kann. Dies ermöglicht es, einzelne Ereignisse zu kontextualisieren und Verbindungen aufzuzeigen. Im weiteren Verlauf dieser Forschungsarbeit, werde ich mich immer wieder auf Kapitel 3 beziehen. Dies ist gewissermaßen mein Referenzpunkt, von dem aus ich die empirischen Daten in die Analyse mit einbeziehe. So stellt sich bereits beim Lesen der Arbeit der spiralförmige Forschungsverlauf der Methode von Abstraktion und Konkretion dar.

Diese empirischen Daten, also das Konkrete, betrachte ich durch die Abstraktion in Form der Regulationstheorie. Um zu verdeutlichen, dass das Konkrete nur durch das Abstrakte verständlich wird, werde ich in Kapitel 2.2 die Regulationstheorie ausführlich darstellen, und damit dem Leser zunächst die regulationstheoretische ‚Brille‘ aufsetzen. Erst im Anschluss daran lenke ich den Blick auf den konkreten Sachverhalt.

Um sicherzugehen, dass diese Brille auch gut sitzt, ist es notwendig, die dargelegten empirischen Daten – also das Konkrete – mit dem theoretischen Rahmen – also dem Abstrakten – abzugleichen und Anpassungen vorzunehmen. So muss in diesem Fall bedacht werden, dass

die Regulationstheorie in Frankreich mit Blick auf den US-Fordismus entstand und von dieser Position aus weiterentwickelt wurde (vgl. Becker 2013). Diesen theoretischen Rahmen auf die VRC zu übertragen, bedeutet also, Werkzeuge für einen Sachverhalt zu gebrauchen, für die sie nicht entwickelt wurden. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht ohne weitere Anpassungen möglich ist.

Um aber den Schritt vom Konkreten zurück zum Abstrakten gehen zu können und damit den spiralförmig angelegten Forschungsprozess voranzutreiben, ist es notwendig einen Zwischenschritt einzulegen. Dies erlaubt es mir, die Spezifika der chinesischen kapitalistischen Entwicklung zu bestimmen. Dies geschieht in Kapitel 4. In diesem Kapitel betrachte ich die chinesische Entwicklung ab 1978 aus der Perspektive verschiedener Entwicklungstheorien. Diese Analyse benutze ich als Hilfsmittel, um darauf aufbauend die Regulationstheorie für mein spezielles Forschungsanliegen anzupassen. Auf Basis dieser Analyse war es mir möglich, die Regulationstheorie entsprechend anzupassen. Ich stelle diesen Zwischenschritt in Kapitel 4 dar, um den Forschungsprozess selbst zu verdeutlichen. Die Anpassungsleistung, die auf die Analyse folgt, wird allerdings im Rahmen der Arbeit etwas verschleiert, da ich in Kapitel 2.2 die Regulationstheorie bereits so vorstelle, wie ich sie letztendlich benutzt habe und in Kapitel 5 die Analysen so darlege, wie ich sie auf Basis der angepassten Abstraktion gewonnen habe. Die Referenzen werden allerdings dadurch immer wieder deutlich, dass ich in Kapitel 5 auf die Zwischenergebnisse in Kapitel 4 Bezug nehme. Diese Analyse ist damit die Umformulierung des Konkreten durch die Heuristik der zur Abstraktion verwendeten Regulationstheorie. Diese ist damit die Basis, auf der retrodution erfolgen kann, was in Kapitel 6 geschieht. Somit ist dieses Kapitel das Ende des spiralförmigen Reflexionsprozess der gewählten Methodik.

Um die Hauptforschungsfrage dieser Arbeit zu beantworten, werde ich diese Ergebnisse in den folgenden Kapiteln dem aktuellen Forschungsstand zur BRI gegenüberstellen und damit mögliche Perspektiven der BRI in Bezug auf die ausgearbeiteten Krisentendenzen und Regulationsweise herausarbeiten.

Insgesamt spiegelt die Gliederung dieser Arbeit im Wesentlichen den eigentlichen Forschungsprozess selbst, also das stetige vor und zurück zwischen Abstraktion und Konkrektion wider.

## **2.2 Zur Regulationstheorie**

Nachdem der methodologische Sockel und die verwendete Methode beschrieben wurden, befasse ich mich in diesem Unterkapitel mit der Regulationstheorie. Wie ich in Kapitel 2.1.3

ausgeführt habe, dient diese Theorie als Abstraktionsrahmen, von dem aus die Beobachtung des Konkreten erfolgt. Die dargelegten theoretischen Überlegungen, die auf den nächsten Seiten folgen, greife ich in Kapitel 5 wieder auf, um die Geschehnisse in der VRC nach 1978 in eine regulationstheoretische Betrachtung zu überführen.

Die Regulationstheorie entstand in der kritischen Auseinandersetzung mit dem strukturellen Marxismus Althusser's in Frankreich. Dessen Erklärungsansätzen wurde vorgeworfen, unzureichend zu sein, da beispielsweise Akteure überhaupt nicht bedacht würden. (vgl. Becker 2009: 90) Diese Kritiken am strukturellen Marxismus entstanden in Frankreich in den 1970ern etwa zeitgleich in Grenoble und Paris. Das überwiegende Interesse dieser Kritiker, die schließlich den regulationstheoretischen Ansatz begründen sollten, habe darin bestanden herauszufinden, weshalb es in den erfolgreichen kapitalistischen Industriestaaten der Nachkriegszeit (insbesondere in den USA) trotz aller inneren Widersprüchlichkeiten kapitalistischer Systeme zu relativ langen Phasen erfolgreichen Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung gekommen war. Somit habe sich frühe Forschung der Regulationist\*innen insbesondere auf fordistisch organisierte Wirtschaftsmodelle konzentriert. (vgl. Becker 2013: 26ff.) Die Regulationstheorie sollte dort jedoch nicht stehen bleiben. Der Fordismus wandelte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Nach und nach stieg die Relevanz von fikti-  
vem gegenüber produktivem Kapital in Bezug auf wirtschaftliches Wachstum. Folglich sei dieser, als „Finanziarisierung“ (ebd.: 29) (beziehungsweise ‚Finanzialisierung‘ bei Ableitung aus dem Englischen) beschriebener Prozess zunehmend in den Fokus der Regulationsforscher\*innen geraten; etwa ab Beginn der 1990er Jahre.

Ein Hauptanliegen des Regulationsansatzes<sup>7</sup> bleibt herauszufinden, wie widersprüchliche kapitalistische Akkumulationsstrategien durch staatliche Regulation stabilisiert werden können beziehungsweise das Aufkommen von Krisen zu analysieren. Allerdings sei durch die Konzentration auf Finanzialisierung ab den 1990ern der Fokus von den produktiven Arbeitsbeziehungen genommen worden. (vgl. ebd.: 29f.) Wie ich noch zeigen werde, ist dies für den Fall der VRC weniger angemessen, da in China seit der Öffnung 1978 die Bedeutung des produktiven Kapitals deutlich überwogen hat. Stattdessen werde ich mich – wie auch frühere regula-

---

<sup>7</sup>Becker weist darauf hin, dass es sehr heterogene Entwicklungen innerhalb der Regulationstheorie gab, weshalb sich im Grunde unterschiedliche ‚Spielarten‘ gebildet hätten. Aufgrund deren Unterschiedlichkeiten, schlägt Becker vor, anstelle von einer Theorie besser von einem Ansatz zu sprechen (vgl. Becker 2013: 26). Gemein sei diesen Ansätzen die Grundsätzliche Betrachtung von Wirtschaften durch die Brille von Akkumulationsregimen und Regulationsweisen. (vgl. ebd.: 24ff.) Um den diversen Spielarten der Regulationstheorie gerecht zu werden, spreche ich daher im weiteren Textverlauf ebenfalls von einem Regulationsansatz.

tionstheoretische Arbeiten (z.B., Leborgne/Lipietz 1990) – mehrheitlich auf das Akkumulationsregime und die Ausgestaltung des Lohn- und Konkurrenzverhältnisses konzentrieren. In meiner Arbeit möchte ich mich im Wesentlichen an die Konzeption des Regulationsansatzes von Becker (vgl. Becker 2007) halten. Hierbei folge ich der Argumentation von Schmalz, der bereits auf den Vorteil dieses Ansatzes für Länder der (Semi-)Peripherie hingewiesen und ihn selbst für China angewandt hat<sup>8</sup> (vgl. Schmalz 2013). Im Folgenden wird daher der Regulationsansatz von Becker dargestellt. Bevor genauer auf die Begriffe des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise eingegangen wird, erfolgt eine allgemeine Darstellung des Ansatzes und über das Verhältnis von Akkumulationsregime und Regulationsweise zueinander.

Allgemein werden im Regulationsansatz *Akkumulationsregime* und *Regulationsweise* unterschieden. (vgl. Becker 2007: 11ff.) Akkumulationsregime sind die räumlich und zeitlich festgelegten kapitalistischen Strukturen einer Volkswirtschaft; der Fokus liegt in der Regel auf nationalstaatlicher Ebene (vgl. ebd.: 76). Becker hat dargelegt, dass es problematisch sein kann, in Bezug auf kapitalistische Akkumulation in nationalstaatlichen Grenzen zu denken. Diese seien nun einmal politische, aber keine ökonomischen Grenzen, weshalb Einflüsse auf und durch das Akkumulationsregime auch extra- und international wirken können (vgl. Becker 2008: 16). Generell wurde dies als Schwäche des Regulationsansatzes bei Fragen der internationalen politischen Ökonomie mit Bezug zum Thema Arbeit ausgemacht (vgl. Schmalz 2012: 190f.). Und wie sich zeigen wird, ist auch die chinesische Akkumulation davon gekennzeichnet, dass sie grenzüberschreitend erfolgt und die Möglichkeiten nationalstaatlicher Einflussnahme übersteigt. Nichtsdestotrotz plädiere ich ihm Rahmen meiner Forschungsarbeit für den Regulationsansatz. So ist es analytisch sinnvoll, sich auf die nationalstaatliche Ebene zu beziehen, da hier der Staat als zentraler Agent ausgemacht werden kann, der eine Akkumulationsstrategie verfolgt und somit das Akkumulationsregime zu großen Teilen prägt und eben auch reguliert. Zwar entziehen sich manche Bereiche diesen Regulationsmöglichkeiten, dennoch gilt das für viele andere Bereiche nicht. Gerade in Bezug auf Arbeitsbedingungen, obliegen Staaten weitreichende Regulationsmöglichkeiten. Diese Regulationen

---

<sup>8</sup>Die Ausarbeitung von Schmalz bezieht sich auf den Kontext der Weltfinanzkrise 2008. Dort untersuchte er die Folgen der Krise für das Chinesische Akkumulationssystem. Der Zuschnitt seiner Fragestellung und der Umfang des Artikels, haben zur Folge, dass Schmalz Fragen für meine eigene Fragestellung mit ihrem Fokus auf Arbeitsbeziehungen weniger von Bedeutung sind. Insofern dient mir seine Ausführung zwar als wichtige Hilfestellung und ich habe diese auch in meine Überlegungen mit einbezogen. Dennoch sind seine Überlegungen und Ausführungen alleine nicht dafür ausreichend, um die Überlegungen meiner Arbeit anzustellen.

erfolgen durch politische Maßnahmen und strukturelle Wirkmächtigkeiten, die zusammen auf die Akkumulation einwirken und diese unter Umständen auch transformieren.

Bereits die frühen Regulationist\*innen haben darauf hingewiesen, dass Akkumulation und Regulation als dialektisches Verhältnis gedacht werden müssen. Aus den sozioökonomischen und politischen Bedingungen eines Staates ergebe sich ein Akkumulationsregime, das Wirtschaftswachstum und Entwicklung erzeugen soll. Um die inhärenten Widersprüche der Akkumulation (temporär) zu überwinden, gestalte der Staat die Regulationsweise durch spezifische Elemente. Diese würden wiederum wechselseitig auf die sozioökonomischen und politischen Bedingungen des Nationalstaates - das Akkumulationsregime - wirken. Somit stehen diese Komponenten in wechselseitiger Abhängigkeit – also in einem dialektischen Verhältnis. Dies muss bei der Analyse bedacht werden. (vgl. Becker 2007: 168)

Mit diesem Verständnis löst sich der Regulationsansatz vom Strukturalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse werden stattdessen als gesellschaftlich umkämpft angesehen. Dies folgt aus der Feststellung von Lipietz, dass eine kapitalistische Gesellschaft nicht nur an ihren kapitalistischen Strukturen zu erkennen sei, sondern daran, dass ihre Verhältnisse laufend gesellschaftlich neu hervorgebracht werden müssten. „*Die ererbten Bedingungen der Vergangenheit und die Antizipation einer Zukunft in deren Verlängerung* sind die Voraussetzungen des gegenwärtigen gesellschaftlichen Zusammenhaltes.“ (Lipietz 1985, 119 H. i. O.) Der Begriff der ‚Regulation‘ verweise darauf, dass es in einer kapitalistischen Gesellschaft notwendig sei, die gesellschaftliche Reproduktion zu sichern. Diese dürfe dabei aber nicht als monolithisches Verhältnis verstanden werden, sondern als eines, das jeweils in Raum und Zeit neu *reguliert* werden müsse. (vgl. Candeias 2004: 28f.) Wie ich noch zeigen werde, ist dies auch der Grund dafür, dass dem gramscianischen Verständnis von Hegemonie im Regulationsansatz eine wichtige Bedeutung zukommt.

### 2.2.1 Akkumulationsregime

Becker geht davon aus, dass kapitalistische Ökonomien von einem inhärenten Akkumulationszwang gekennzeichnet sind. Dabei folgt er der von Marx aufgestellten Gleichung  $G-W-G'$ . Diese besagt, dass Geld (G) in Kapital umgewandelt würde, um Waren (W) zu erzeugen und diese mit Profit zu verkaufen, um letztlich über mehr Geld (G') zu verfügen. (vgl. Becker 2013: 26f.) Becker bleibt jedoch nicht bei dieser Aussage stehen, sondern unterscheidet drei Achsen, die die Spezifika eines bestimmten Akkumulationsregimes ausmachen würden. Die Ausprägung dieser Achsen betrachtet er als kontingent und somit treffe dies auch auf jedes Akkumulationsregime als Ganzes zu. Die erste Achse, und diese ist für ihn wesentlich, be-

schreibt die Ausprägung von produktiver beziehungsweise finanziellierter Produktion in einer Volkswirtschaft. Produktive Akkumulation herrsche vor, wenn eine Volkswirtschaft überwiegend Waren und Güter produziert und durch deren Verkauf Profit erwirtschaftet. Bei finanziellierter Akkumulation trete die eigentliche physische Produktion in den Hintergrund. Stattdessen komme es zur Investition in Finanz-Aktiva – also beispielsweise in Wertpapiere. Diese Kapitalform sei besonders liquide, weshalb eine stark ausgeprägte finanziellierte Akkumulation besonders krisenanfällig sei. (vgl. Becker 2007: 74ff.)

Eine weitere Achse sieht Becker zwischen extensiver und intensiver Akkumulation. Extensive Produktion meint die Ausweitung von Produktionskapazitäten und ist dem marxischen Bild der absoluten Mehrwertsteigerung entlehnt. Durch solch eine Ausweitung könnten sich soziale Verhältnisse grundsätzlich verändern - etwa durch Urbanisierungstendenzen - müssten es aber nicht. Denn bei extensiver Akkumulation erfolge die kapitalistische Produktion parallel zu nicht-kapitalistischen Wirtschaftsweisen, wie zum Beispiel bäuerliche Subsistenzwirtschaft. Bei extensiver Akkumulation komme es zwar gesamtgesellschaftlich zu einem Mehr an Arbeitszeit, jedoch müsse sich dies nicht in ein Mehr an Konsummöglichkeiten übersetzen, da die Produktion nicht auf Effizienzsteigerungen und damit sinkenden Stückkosten setze. Bei intensiver Akkumulation sei dies gänzlich verschieden. Diese sei angelehnt an dem, was Marx relative Mehrwertaneignung nennt. Im Grunde geht es um Effizienzgewinne, durch die großflächige Umstrukturierung sozialer Verhältnisse. Intensive Akkumulation meine, dass sich Lohnarbeitsverhältnisse in einem Land flächendeckend durchsetzen, und vorkapitalistische Produktionsweisen verdrängt werden. Dies habe unter anderem zur Folge, dass auch die Reproduktion von Arbeitskraft innerhalb der kapitalistischen Logik erfolgen müsse. Arbeiter\*innen und deren Familien seien dann auf den Arbeitslohn zur Finanzierung der Reproduktion angewiesen – Subsistenzwirtschaft gäbe es im Grunde nicht mehr. Folglich müssten die Reproduktionskosten sinken, um die Reproduktion für Arbeiter\*innen erschwinglich zu machen. Dies werde durch eine Produktionslogik erreicht, die auf stetige Effizienzgewinne und damit sinkende Stückkosten setzt, was Massenkonsum ermögliche. Da die Arbeiter\*innen selbst auch zu Konsumenten werden würden, verfüge intensive Akkumulation grundsätzlich über ein höheres Wachstumspotential, als extensive Akkumulation, die den Kreis potenzieller Konsumenten stärker begrenze und folglich eher zu Überproduktion neige. (vgl. ebd.: 67–70)

Die letzte Akkumulationsachse, die Becker beschreibt, ist in der Frage verortet, ob die vorherrschende Akkumulation eher extra- oder intravertiert ist. Damit meint er die Außen- beziehungsweise Binnenorientierung der volkswirtschaftlichen Waren- und Kapitalströme. Grund-

sätzlich würden große Länder eher zu intravertierter Akkumulation neigen, da sie über einen großen Binnenmarkt verfügen würden. Kleinere Länder hingegen müssten meist deutlich mehr importieren, da die eigene Warenproduktion weniger diversifiziert sei. Ein Staat könne über die Gestaltung der Ex- beziehungsweise Importmöglichkeiten Einfluss auf die Intra- beziehungsweise Extravertiertheit nehmen. Die Frage der Außenorientierung habe eine besondere Relevanz, da mit Außenbeziehungen auch Fragen der Abhängigkeit und Autonomie verbunden seien. Bestehe eine hohe Extraversion, so müsse beispielsweise auch gewährleistet werden, dass der Außenhandel aufrechterhalten werden kann, um nicht in Überakkumulationskrisen zu verfallen. Im Gegenzug würden Akkumulationsregime mit hoher Intraversion auf Strategien der Importsubstitution setzen, um ihre eigenen Märkte zu schützen. (vgl. ebd.: 70–74)

Im Kontext des chinesischen Akkumulationsregimes führt Schmalz eine vierte Achse ein. Er streicht den Unterschied zwischen staatskapitalistischer und privatkapitalistischer Akkumulation heraus. Die erstere sei im Marxismus traditionell nicht sonderlich bedacht worden, da sie zu Marx Lebzeiten keine relevante Rolle gespielt habe. Dennoch dürfe diese Unterscheidung nicht übersehen werden. Die staatskapitalistische Akkumulation habe gerade in (post-)sozialistischen Ländern eine relevante Rolle gespielt – Schmalz denkt hierbei wohl gerade auch an die Tigerstaaten Südostasiens. Die staatskapitalistische Akkumulation gebe Staaten neben den Steuern zusätzliche Einnahmemöglichkeiten, da der erwirtschaftete Mehrwert selbst einbehalten werden könne. (vgl. Schmalz 2013: 332f.) Wie ich noch zeigen werde, waren diese Möglichkeiten in der VRC eher begrenzt, da die staatseigenen Betriebe nur in geringem Maße wirtschaftlich erfolgreich waren. Da aber in der chinesischen Politik ab 1978 deutliche Policyunterschiede zwischen den staatseigenen und den quasi privatisierten Betrieben ausgemacht werden können, scheint mir Schmalz Ergänzung dazu geeignet, die Akkumulation der VRC zu beschreiben.

### 2.2.2 Regulationsweise

Da kapitalistische Akkumulation auf Widersprüchen beruhe - beispielsweise auf dem grundlegenden Widerspruch von Kapital und Arbeit - gelte dies grundsätzlich auch für jedes Akkumulationsregime. Folglich müsse die jeweilige Gesellschaft Wege finden, diese Widersprüche zu moderieren und - zumindest temporär - zu überwinden. Diese Moderationen, oder auch *Elemente der Regulationsweise*, seien die Bearbeitungen der Widersprüchlichkeiten des jeweiligen Akkumulationsregimes um stabiles Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Die Re-

gulationsweise würde auf Handlungsspielräume verweisen und steht allgemein im Fokus des Regulationsansatzes, woher auch dessen Name rührt. (vgl. Becker 2007: 12f.)

### **Grundformen der Regulation**

Becker unterscheidet zwischen zwei Grund- und vier strukturellen Formen der Regulation. Die strukturellen Formen seien dabei von den Grundformen durchzogen. Als Grundformen nennt Becker sowohl die Warenförmigkeit, als auch die Staatsförmigkeit kapitalistischer Gesellschaften. (vgl. ebd.: 165) Die Warenförmigkeit ist Marx entlehnt und bezieht sich darauf, dass in kapitalistischen Gesellschaften alles - Güter wie auch Arbeitskraft - in Warenform ausgedrückt werde. Dies bestimme somit die grundsätzliche Organisationsstruktur. Interaktionen würden somit durch den Austausch von Waren getätigt werden, wobei Geld als „allgemeines Äquivalent“ (ebd.: 125) zu begreifen sei. Es könne in alle anderen Waren umgewandelt werden. Die Warenförmigkeit setze ‚freie‘ Lohnarbeiter voraus, die aufgrund ihrer Freiheit überhaupt erst zur Lohnarbeit fähig sind. (vgl. ebd.: 125ff)

Da aber jede Gesellschaftsstruktur wandelbar sei, würden kapitalistische Staaten Absicherungen benötigen, um die Grundstrukturen und Verhältnisse zu fixieren. Dies erfolge beispielsweise durch Institutionen, Regeln und Gesetze. Um diese durchzusetzen, bedürfe es Becker zufolge auch der Staatsförmigkeit. Denn es sei der Staat, der Regeln formuliere, diese durchsetze und durch seine Monopole auf Gewalt, Gesetze und Steuern die Warenförmigkeit der Gesellschaft garantiere. (vgl. ebd.: 127–150) Im Bezug auf die Staatsförmigkeit stellt sich ebenfalls die Frage, wie der Staat diese Regeln formuliert und durchsetzt. Da die Staatsförmigkeit in Beckers Konzeption als eine Grundform der anderen Elemente der Regulationsweise gedacht wird, ist es notwendig sich auch mit der Frage nach dem Staat an sich auseinanderzusetzen. Da viele der frühen Vertreter\*innen des Regulationsansatzes diese Frage vernachlässigt hätten (ebd.: 127) oder sich oftmals einfach auf Poulantzas Konzept des Staates als verdichtetes Kräfteverhältnis beziehen (z.B., Schmalz 2013), setzt Becker sich mit dieser Frage ausführlich auseinander. Seiner Konzeption der Staatsförmigkeit ist gramscianische geprägt. Daran knüpft er gramscianische Verständnis des erweiterten Staates und von Hegemonie. Er bezieht sich ebenfalls auf eine Zivilgesellschaft und eine politische Gesellschaft. Die letztere würde versuchen, die erstere einzuhegen, um eine Regulation zu wählen, die die bestehenden Verhältnisse absichere. Da aber auch in der Zivilgesellschaft politische Forderungen und Vorstellungen ausgebildet, artikuliert und als Forderungen an die politische Gesellschaft herangetragen würden, würde die politische Gesellschaft stets versuchen, diesen Prozess so zu beeinflussen, dass die etablierten Machtverhältnisse konserviert bleiben. (vgl.

Becker 2007: 127ff.) Candeias verweist darauf, dass Hegemonie nicht die Beseitigung der Widersprüche meint. Vielmehr gehe es darum, die Widersprüche „bearbeitbar zu machen“ (Candeias 2004: 45) und ihnen eine bestimmte „Entwicklungsrichtung“ (ebd.) zu geben. Hegemonie dürfe nicht mit Zwang verwechselt werden, da Hegemonie sich darauf stütze, dass die Zivilgesellschaft die bestehenden Verhältnisse auch selbst im Großen und Ganzen anerkennt. Somit seien auch Konzessionen an die Zivilgesellschaft durchaus üblich, um deren Zustimmung zu sichern (vgl. Becker 2008: 12). Solch ein Staatsverständnis ist kein autoritäres, da die Einbeziehung der Zivilgesellschaft gewünscht ist.

Becker stellt sich daher die Frage, für welche Staatsformen dieses Modell überhaupt Gültigkeit besitzen kann. So gäbe es gerade in der (Semi-)Peripherie oftmals autoritäre und repressive Staaten, in denen das gramscianische Staatsverständnis die politischen Entscheidungsfindungen nicht angemessen beschreiben könne. Es lägen schlicht andere Ausgangssituationen als in den westlichen Industriestaaten des 20. Jahrhunderts vor. Letztere wären jedoch die Bezugsgrößen der gramscianischen Ideen gewesen. Becker gibt mit Verweis auf Ominami<sup>9</sup> zu bedenken, dass in nicht voll ‚entwickelten‘ kapitalistischen Staaten gemischte Staatsformen vorherrschen können (vgl. Becker 2007: 71ff.). In solchen Fällen würde das gramscianische Staatsverständnis eben nur bedingt greifen können, weil beispielsweise andere Staaten interferieren könnten (vgl. Becker 2008: 13f.). Somit ist auch die Frage zu diskutieren, inwiefern die VRC als semiperipherer Staat betrachtet werden kann.

Die Konstitution des Staates ist von großer Relevanz, da dem gramscianischen Verständnis folgend, die Zivilgesellschaft, die Aushandlungsprozesse in und der Zugang zu Staatsämtern und Parteien wichtige „Filter“ (Becker 2007: 134) darstellen. So würden bereits in der Zivilgesellschaft wirtschaftspolitische Projekte vorgeformt und Widersprüchlichkeiten unterschiedlicher Projekte teilweise ausgefiltert, falls diese nicht auf gesellschaftlichen Rückhalt stoßen. Die Filtermechanismen der politischen Parteien und des Staatsapparates würden zusätzlich greifen, da in Parteien und bei Staatsbediensteten auch darauf geachtet werde, dass die (wirtschafts)politischen Ansichten systemkonform sind. Fallen diese Filter aus, werde es schwerer, Interessen in der Gesellschaft zu bündeln, und autoritären Gruppen falle es dann leichter, die Rolle zu übernehmen, bestimmten, einzelnen Interessensgruppen privilegierte Zugänge zum Staat zu verschaffen. Als historische Beispiele nennt Becker unter anderem die faschistischen Einheitsparteien in Europa. (vgl. ebd.: 133–138)

---

<sup>9</sup>Da dieses Werk leider nur auf Französisch vorliegt und mir damit nicht zugänglich ist, kann ich mich lediglich auf die Zusammenfassung von Becker beziehen. Das Originalwerk von Ominami ist unter (Ominami 1986) im Literaturverzeichnis mit aufgeführt.

Insofern muss die Frage nach der Beschaffenheit des erweiterten Staates mit einbezogen werden, wenn eine Betrachtung zur Veränderung sozialer Verhältnisse angestellt werden soll. Die Frage, wessen Interessen gehört werden beziehungsweise welche Interessen ungehört bleiben, muss bei einer politökonomischen Betrachtung reflektiert werden.

### **Strukturelle Formen der Regulation**

Nun wende ich mich den vier strukturellen Formen der Regulation zu. Diese sind das Lohnverhältnis, das Konkurrenzverhältnis, sowie die monetäre- und ökologische Restriktion.

Das Lohnverhältnis ist Ausdruck der vertikalen Gesellschaftsverhältnisse und stellt somit den Klassenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital dar: „Es handelt sich bei diesem Verhältnis um die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln.“ (Lipietz 1985: 117) Dieser Trennung würden die Arbeitnehmer\*innen zustimmen, indem sie Arbeitsverträge unterschreiben und dabei ihre Arbeitskraft gegen Geld – den Lohn – eintauschen. Hierbei drücke sich die Warenförmigkeit der Arbeit aus und es werde deutlich, dass sich die Arbeiter\*innen selbst der Konsumnorm unterwerfen. Den Mehrwert ihrer Arbeit würden sie an die Unternehmer\*innen abtreten. (vgl. ebd.: 117f.) Das Lohnverhältnis findet also beispielsweise Ausdruck in den Bestimmungen und Regelungen zu den Löhnen und Arbeitsrechten. Der Staat könne durch gesetzliche Regelungen Einfluss auf das Lohnverhältnis nehmen. Beispielsweise ließen sich Mindestlöhne formulieren, oder die gewerkschaftliche Organisation erschweren/ erleichtern. (vgl. Becker 2007: 150–157)

Nach Becker bezieht sich das Lohnverhältnis direkt auf den Klassenkonflikt, weshalb er neben der Lohnbildung auch die Arbeitszeiten und die sozialen Absicherungen mit einschließt (vgl. Becker 2013: 41). Mit der Frage der Arbeitszeiten öffnet sich meiner Meinung nach damit die Blickrichtung hin zu der Frage der Arbeitsbedingungen insgesamt. Meiner Auffassung nach sollten beispielsweise auch die Fragen, welche Schutzmaßnahmen für Fabrikarbeiter\*innen der Schwerindustrie getroffen werden, oder ob Arbeiter\*innen am Arbeitsplatz enormen physischen und psychischen Strapazen ausgesetzt werden, mit bedacht werden. Denn auch hier tritt der Klassenkonflikt zu Tage. Dieselben Gründe, die es ermöglichen Löhne zu drücken, erlauben es auch die Arbeitsbedingungen insgesamt schlecht zu gestalten. Auch wenn sich die Ausgestaltung der Anstellungsbedingungen selbst nicht direkt auf das *Lohnverhältnis* bezieht, halte ich diese Komponente für relevant, da sie wie auch die Lohnhöhe davon zeugt, welchen Stellenwert chinesische Arbeiter\*innen im Akkumulationsregime der VRC haben.

Das Konkurrenzverhältnis hat für Becker zwei Dimensionen. Einerseits - und das entspricht der traditionellen Sichtweise - gehe es im Konkurrenzverhältnis um die Frage, wie Einzelkapitalien, also Unternehmen, zueinander in Konkurrenz stehen. Wie frei ist der jeweilige Markt? Je nachdem, wie dieser reguliert sei, erhöhe oder senke sich der Druck auf die Einzelkapitale und somit auch auf die Arbeitskräfte. Hinzu komme laut Becker außerdem die Konkurrenz innerhalb der Bevölkerung. So müssten, aufgrund der Warenförmigkeit der Arbeitskraft, auch die einzelnen Subjekte zueinander in Konkurrenz treten (vgl. Becker 2007: 157–160). Diese Konkurrenz drückt sich in der Gesellschaft beispielsweise durch die Gender- oder *race*-Verhältnisse aus. Somit ermöglicht der Blick auf das oder die Konkurrenzverhältnisse einen breiten Einblick in soziale Ungleichheiten. Da in dieser Arbeit der Bezug zu Arbeiter\*innen im Mittelpunkt steht, böte sich ein Bezug zu diversen Ungleichheitsdimensionen an. Aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit, muss der Großteil dieser Dimensionen jedoch vernachlässigt werden. Stattdessen nehme ich ein chinaspezifische Ungleichheitsdimension, die des Hukou-Systems<sup>10</sup>, in den Blick, die eng mit der Entwicklung Chinas verbunden ist.

Da kapitalistische Gesellschaften, wie beschrieben, der Formel  $G-W-G'$  folgen und warenförmig organisiert sind, steht Geld sowohl am Anfang als auch am Ende des Verwertungskreislaufs. Daher spricht Becker hier von monetärer Restriktion. Mit dieser Feststellung komme der Frage des Geldverhältnisses eine gewichtige Rolle zu. Es gehe zum Beispiel um monetaristische Regelungen und Interessenslagen. Für verschiedene Gesellschaftsgruppen können unterschiedliche Ausgestaltungen des Geldverhältnisses von Vor- oder Nachteil sein. So dürfte ein hohes Maß an Inflation für Kreditgeber problematischer sein als für Kreditnehmer. Dem Staat kommt somit auch hier die Aufgabe zu, die verschiedenen Interessen zu moderieren und eine geeignete Regulation zu finden. (vgl. ebd.: 160–163)

Die vierte strukturelle Form ist die ökologische Restriktion. Alle Arbeit und Produktion werde von Regulationstheoretiker\*innen als Zugriff auf und Transformation von Natur verstanden. Somit werde Natur selbst als grundlegend betrachtet und gelte als Voraussetzung von kapitalistischer Akkumulation. Insofern stelle sich die Frage, wie der Zugriff auf und die Transformation von Natur gestaltet werde. Dies sei zwangsläufig auch mit der Frage nach den Möglichkeiten eines zukünftigen Zugriffs auf Natur verbunden. (vgl. ebd.: 163ff.)

---

<sup>10</sup>Das Hukou-System ist ein offiziell staatliches Programm zur Kontrolle des Wohnsitzes von Staatsbürgern der VRC. Dabei erfolgt eine Einteilung in Stadt- und Landbevölkerung. Mit den Status sind spezifische Rechte und Pflichten verbunden. Das Hukou-System wird in Kapitel 4.1 ausführlicher dargestellt.

Im diesem Kapitel habe ich die verwendete Methode von Abstraktion und Konkretion, sowie deren Fundierung in der Ontologie und Epistemologie des CR dargestellt. Zusätzlich habe ich die Grundüberlegungen des regulationstheoretischen Ansatzes von Becker beschrieben. Nun ist es an der Zeit, zu Kapitel 3 voranzuschreiten und die zusammengetragenen Informationen, Daten beziehungsweise das bereits bekannte Wissen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der VRC darzustellen, welche dann in den folgenden Kapiteln einer umfassenden Analyse unterzogen werden.

### **3 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in China ab 1978**

Im dritten Kapitel beschreibe ich in groben Zügen Chinas sozioökonomische Entwicklung ab 1978. Die Beschreibung endet mit den Folgejahren der Weltwirtschaftskrise 2008 und der Bekanntgabe der BRI. Insgesamt wird ein Zeitraum von etwa 30 Jahren beschrieben, in dem China sich von einer Planwirtschaft, hin zu einer der weltgrößten Marktwirtschaften entwickelte. Die Beschreibung dieser drei Dekaden wird eine wesentliche Grundlage der darauffolgenden Kapitel werden, insbesondere für die Ausarbeitung der regulationstheoretischen Analyse für China. Insofern ist es wichtig die Geschehnisse zu beschreiben und zu kontextualisieren.

#### **3.1 Entwicklungstendenzen bis in die 1990er – wirtschaftliche Zweiteilungen**

Mit dem Tod Mao Zedongs 1976 endete die Mao-Ära, was schon bald grundlegende politische Veränderungen nach sich zog. Bis 1978 hatte sich die politische und ökonomische Haltung soweit geändert, dass sich der Sozialismus der VRC zu reformieren begann. Es wurde ein Öffnungsprozess eingeleitet, welcher in den vier Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und technologische Modernisierung umgesetzt werden sollte. Deng Xiaoping habe die Öffnung der VRC gegenüber dem westlichen Kapitalismus vorangetrieben. Dies habe zum Ausdruck gebracht, dass einige in der Führungsriege der KP keinen anderen Ausweg mehr sahen, um die durch ‚den großen Sprung nach vorne‘ und die ‚Kulturrevolution‘ nachhaltig erschütterte Wirtschaft Chinas wieder in Schwung zu bringen. Von einer langsamen Öffnung gegenüber den westlichen Marktwirtschaften habe man sich neues Wirtschaftswachstum für das Land versprochen. (vgl. Cho 2005: 30–36) Mit den Reformen des Jahres 1978 sei es unter anderem auch erstmals zu ernsthaftem Außenhandel in China gekommen. In den ersten Jahren der VRC habe dieser lediglich dem Zweck gedient, Überschüsse oder Unterversorgungen der chinesischen Planwirtschaft auszugleichen beziehungsweise

die dafür nötigen Devisen zu beschaffen. Daher habe der Umfang des Außenhandels durchschnittlich nur bei etwa 5% bis 6 % des Volkseinkommens gelegen. (vgl. ebd.: 137–140) Dies änderte sich mit der Öffnung der VRC. Erste Sonderwirtschaftszonen seien entlang der chinesischen Küste gegründet und eine Industrie aufgebaut worden, die gezielt Exportgüter fabrizierte. Dieser Prozess habe den in dieser Zeit an Popularität gewinnenden neoliberalen Ideen der Marktliberalisierung gefolgt. Von einer umfassenden Marktliberalisierung sei China jedoch weit entfernt gewesen, da man sich vor den Folgen eines ungezähmten Kapitalismus schützen wollte und sämtliche Öffnungs- beziehungsweise Liberalisierungsprozesse politisch eingehegt habe. So sei beispielsweise (vorerst) an der staatlichen Planung der In- und Exporte festgehalten worden. (vgl. ebd.: 136–166)

Der geringe Stellenwert des Außenhandels in der VRC sei auch damit zu begründen, dass das Land vor allem ein Agrarstaat war. So habe die Bevölkerung während der Zeit der Planwirtschaft zu 80% aus bäuerlicher Bevölkerung bestanden (vgl. Shi 2012: 148). Im Jahr der Öffnungsreformen habe die Zahl der Beschäftigten des Primärsektors landesweit bei etwa 283 Millionen gelegen (vgl. ebd.). Im sekundären Sektor hätten 1978 dahingegen nur rund 49 Millionen Chines\*innen gearbeitet, und im tertiären Sektor habe es zur gleichen Zeit etwa 96 Millionen Beschäftigte gegeben (vgl. ebd.: 147f.). In Folge der chinesischen Planwirtschaft wäre die landesweite Einkommensungleichheit noch relativ gering gewesen. Der Gini-Koeffizient habe 1978 landesweit bei etwa 0,3 und in den ländlichen beziehungsweise urbanen Gebieten bei 0,22 und 0,16 gelegen (vgl. Yan 2012: 185f.). Dies zeigt, dass die Ungleichheit insgesamt noch vergleichsweise gering war, wobei auf dem Land größere Einkommensungleichheiten herrschten als in den Städten. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die materiellen Lebensverhältnisse für die städtische Bevölkerung insgesamt als besser angesehen werden können. Dies lasse sich Zhao zufolge insbesondere am Konsumverhalten ablesen. Während die ländliche Bevölkerung in den ersten Jahren nach der Öffnungsreform insbesondere damit beschäftigt gewesen sei, die Grundbedürfnisse wie Nahrung und Kleidung zu stillen und allmählich Güter wie Fahrräder zu erwerben, hätten 1985 bereits mehr als 60% der städtischen Bevölkerung einen Schwarz-Weiß-Fernseher und 17,2% sogar einen Farbfernseher besessen (vgl. Zhao 2012: 227). Wie im Verlauf dieses Kapitels noch deutlich wird, änderten sich die Anstellungs- und Ungleichheitsstrukturen im Laufe der folgenden Jahrzehnte deutlich. Was blieb, war der Wohlstandsunterschied zwischen den städtischen und den ländlichen Gebieten.

### **Entstehung privater geführter Leichtindustrien**

Die Regionen an Chinas Küsten wurden mit der Öffnungspolitik für den Anschluss an den Weltmarkt interessant, da sie durch die Meerzugänge besonders für den Außenhandel geeignet waren. Dort hätten die ersten marktwirtschaftlichen Experimente der Öffnungsära dort zu vielversprechenden Ergebnissen geführt; es sei rasch eine auf Export getrimmte Leichtindustrien in Form der familienbasierten Betriebe auf dem Land entstanden. Diese seien eine Folge einer Strategie von Versuch und Irrtum gewesen, mit der die Partei die besten Entwicklungsmöglichkeiten habe ausloten wollen. Leichtindustrien seien neben den Küstengebieten insbesondere in ländlichen Regionen Chinas entstanden, die in den vorherigen Dekaden oftmals vernachlässigt worden seien. Da diese Gebiete eher ‚unberührt‘ gewesen seien, hätten sich die neuen Strukturen rasch etablieren können. (vgl. Cho 2005, 30-36.) Das Wirtschaftsmodell der privat geführten Unternehmen jener Zeit wurde als „Vogelkäfigwirtschaft“ (Cho 2005: 35) bezeichnet. Während der Staat zwar durch politische Maßnahmen den ökonomischen Rahmen festlegte (= Vogelkäfig), wurde den wirtschaftlichen Subjekten (=den Vögeln) zugestanden, sich innerhalb dieses Rahmens frei zu entfalten. Um dies zu ermöglichen, wurde eine Reihe von Reformen durchgeführt, die die Eigenverantwortlichkeit der Haushalte vorschrieben und die institutionellen Beschränkungen der räumlichen Mobilität liberalisierten. Die wirtschaftliche Dynamik, die diese Unternehmen entfalten sollten, habe, Arrighi zufolge, sogar die chinesische Regierung überrascht. Die Dynamik sei politisch derart genutzt worden, dass die Betriebe als Kollektivbesitz an die jeweiligen Gemeinden übergingen, welche selbstständig Manager einsetzen durften. Mehr als die Hälfte der Erträge habe aber in das Unternehmen reinvestiert werden müssen. Der Rest sei in die Entwicklung der Region geflossen (Infrastruktur, neue Betriebe, öffentliche Wohlfahrt,...). Die Entwicklung der ab 1978 entstehenden ländlichen Betriebe erachtet Arrighi aus vier Gründen als besonders relevant für die rasche wirtschaftliche Entfaltung der ländlichen Betriebe in den ersten Reformjahren. Erstens habe die arbeitsintensive Orientierung geholfen, ländlich überschüssige Arbeitskraft zu absorbieren. Somit sei das ländliche Einkommen erhöht worden, ohne dass es zu einer Abwanderung in die urbanen Gegenden gekommen sei. Zweitens habe der Einstieg in die relativ wenig regulierten ländlichen Betriebe den Konkurrenzdruck der chinesischen Märkte erhöht, sodass sämtliche chinesischen Unternehmen ihre Arbeitsweisen verbessern mussten. Drittens hätten sich die Betriebe schon bald zu einer wichtigen Quelle ländlicher Steuereinnahmen entwickelt, wodurch in den prosperierenden Regionen die steuerlichen Belastungen der Bäuer\*innen verringert werden konnten. Dies habe die soziale Stabilität gefestigt. Viertens habe durch die Anweisung zur lokalen Re-Investition der Profite der Binnenmarkt vergrößert

werden können. Dies habe die Bedingungen für neue Runden von Investitionen und die Bildung von Arbeitsplätzen und Arbeitsteilung geschaffen. (vgl. Arrighi 2008, 447–455)

Die ländliche Bevölkerung habe in den ersten Jahren spürbar von den Reformen profitieren können, und Millionen seien damit der Armut entkommen. Die Marktmechanismen hätten den Unternehmensführungen allerdings auch volle Autonomie in Bezug auf die Regularien der Anstellungsbedingungen und Löhne gestattet. Als Ziel sei auch festgelegt worden, die Lohnungleichheiten und den Wettbewerb unter den Mitarbeitern zu fördern, da man sich hiervon einen Entwicklungsantrieb versprochen habe. (vgl. Shi 2012: 141ff.) Tatsächlich sei es zu einer ersten Steigerung der Einkommensungleichheiten gekommen (vgl. Yan 2012: 186). Die ersten chinesischen Sonderwirtschaftszonen hätten besonders auf exportorientierten Außenhandel gesetzt und geholfen, die privat geführten Leichtindustrien in diese Handelsstrukturen zu integrieren. Es sei besonders auf ausländische Direktinvestitionen in den Sonderwirtschaftszonen gesetzt worden. Diese wären in erster Linie von Überseechinesen aus Ländern wie Hongkong, Singapur und Taiwan gekommen (vgl. Schmalz 2013: 334) Die Küstenregionen hätten den Großteil der Auslandsinvestitionen erworben. Insofern habe das Wachstumspotenzial der Industrie der Küstenregionen stetig durch ausländisches Kapital aufrechterhalten werden können. Klares Ziel sei die Förderung des Exportgeschäfts gewesen, was sich in den wirtschaftspolitischen Entscheidungen wiedergespiegelt habe. (vgl. Cho 2005, 119–122)

Dabei habe China auf seinen komparativen Vorteil gesetzt: günstige aber qualifizierte Arbeitskräfte. Besonders ab der verschärften Öffnungspolitik ab Beginn der 1990er habe China erfolgreich danach gestrebt, durch Komponentenfertigung Teil der globalen Güterproduktionsketten zu werden. Die Komponentenfertigung setzte auf die Endveredelung beziehungsweise Endverarbeitung von Gütern, deren Einzelbestandteile fertig und halbfertig nach China importiert worden seien. Von den chinesischen Arbeitern seien diese dann meist nur noch zusammengeführt und zum Endprodukt verarbeitet worden, um anschließend re-exportiert zu werden. (vgl. Schmalz 2013, 336) Die arbeitsintensive Endmontage sei nach China verlagert worden, das sich durch seine geringen Lohnkosten dafür besonders anbot. Hiervon hätten vor allem südostasiatische Länder wie Japan und Südkorea Gebrauch gemacht. Auch westliche Firmen hätten diese komparativen Vorteile ausgenutzt, allerdings habe der Fokus dabei überwiegend auf der Erschließung des chinesischen Binnenmarktes mit seinen rund 1,3 Milliarden Konsumenten gelegen. Folglich seien die Anteile westlicher Firmen in der chinesischen Exportwirtschaft vergleichsweise gering gewesen. (vgl. Cho 2005, 170–174)

### **Förderung staatlicher Schwerindustrien**

Staatsbetriebe seien überwiegend in urbanen Gebieten und im Landesinneren anzutreffen gewesen und haben überwiegend der Schwerindustrie zugeordnet werden müssen. Die auffällig häufige Lage im Landesinneren sei historisch bedingt: Mao habe die Staatsbetriebe aus Militär-strategischen Gründen im Landesinneren errichten lassen; die als zentral erachtete Schwerindustrie habe in schwer erreichbaren Regionen innerhalb Chinas liegen sollen und nicht etwa nahe der Küsten. (vgl. ebd.: 36–48) Anders als die privat geführten Betriebe hätten sich die Staatsbetriebe besonders auf den Binnenmarkt konzentriert und nicht auf Export gesetzt. Somit seien dort auch andere Entwicklungsstrategien durchgesetzt worden.

Anstatt ebenfalls die Exportindustrie durch Strategien der Marktliberalisierung zu stärken, sei es bezüglich des Binnenmarktes zu Strategien der Importsubstitution gekommen. Die Lenker der VRC hätten versucht diese Märkte zu schützen, um an den chinesischen Staatsbetrieben festhalten zu können. Die Maxime hinter diesen Bemühungen sei gewesen, nationale *Champions* aufzubauen, um mit ihnen Skaleneffekte (scale economies) ausnutzen zu können und erfolgreich Spitzenpositionen in den globalen Produktionsnetzwerken zu besetzen. So habe es die chinesische Staatsführung gestört, dass die Staatsunternehmen gegenüber den chinesischen Privatbetrieben deutlich schlechter wirtschafteten. Hierbei hätten vor allem die südostasiatischen Tigerstaaten und Japan als Vorbilder gedient, die es geschafft hatten beziehungsweise dabei waren, durch staatlich gesteuerte Entwicklungsmodelle große Weltkonzerne aufzubauen. Somit seien die Staatsunternehmen meistens der staatlichen Planung unterworfen geblieben, während sie allerdings auch durch eine Reihe von Sonderbedingungen gefördert worden seien. (vgl. Thun 2004)

Folglich wurden die Staatsbetriebe (zunächst) wesentlich weniger marktwirtschaftlich transformiert, als die privat verwalteten Betriebe. Diese unterschiedlichen Behandlungen seien desweiteren damit zu erklären, dass den Staatsbetrieben wesentliche sozialpolitische Aufgaben abverlangt wurden: So seien die dort beschäftigten Arbeiter\*innen üblicherweise auf Lebenszeit dort beschäftigt gewesen und nicht üppig aber ausreichend bezahlt worden. Weiterhin hätte die Unternehmen Zusatzleistungen wie Schul- und Ausbildung, medizinische Dienste übernommen. Exemplarisch habe dies auch für die chinesischen Automobilbetriebe gegolten. Dort hätten die Arbeitsanstellungen im Allgemeinen als sehr sicher gegolten, und außerdem hätten die Angestellten von den Zusatzleistungen der Unternehmen, die auf den Lohn aufgeschlagen wurden profitiert – auch wenn die Löhne der Arbeiter\*innen der Staatsbetriebe systematisch niedriger angesetzt waren, als die von Arbeiter\*innen in Joint-Ventures. (vgl. Lu 2018: 86f.)

Dies sei in den Privatunternehmen gänzlich verschieden gewesen. Dort habe es lange überhaupt keine Arbeitsgesetze oder anderweitige sozialpolitische Aufgaben gegeben (vgl. Cho 2005: 134). Die Arbeiter\*innen dieser Betriebe waren im Grunde den Marktkräften ausgesetzt. Dies sollte sich erst Mitte der 1990er etwas verbessern.

### **Gründe und Folgen der wirtschaftlichen Teilung**

Eine Gesamtschau zeigt, dass sich die staatlichen und privatgeführten Betriebe in weiten Teilen erheblich unterschieden und auch gänzlich unterschiedliche Strategien verfolgten. Diese Unterschiede zogen insofern weite Kreise, als die staatlichen beziehungsweise privat geführten Unternehmen auch tendenziell in unterschiedlichen Regionen entstanden. In den Küstenregionen kam es zu mehr und tiefgreifender wirtschaftlicher Entwicklung als in den Regionen des inneren beziehungsweise westlichen Chinas. Während somit vor allem der Osten des Landes und dessen Küstenregionen Werkstätten anderer Volkswirtschaften wurden, waren die wirtschaftspolitischen Leitlinien der übrigen Regionen sehr verschieden. Dabei muss betont werden, dass die Ausbildung dieser Struktur nicht einfach die gewünschte Folge wirtschaftspolitischer Weichenstellung der KPCh war. Um die Dynamik dieser Entwicklungen zu verstehen, muss das Augenmerk auf einen in dazu enger Verbindung stehenden Aspekt gelenkt werden: Die Dezentalisierungsversuche der Zentralregierung Ende der 1970er.

Diese sei aufgrund der schieren Größe Chinas als notwendig erachtet worden; eine Zentralverwaltung hätte dies vor enorme Schwierigkeiten gestellt. Um auf die unterschiedlichen regionalen Bedingungen eingehen zu können, hätten die jeweiligen lokalen Regierungsvertreter mehr finanzpolitische Spielräume bei der Verwendung ihrer Finanzmittel (Finanzautonomie) erhalten. Anstatt einen geregelten Entwicklungsprozess herbeizuführen, hätten diese Reformen jedoch vermehrt zu Chaos geführt. Die lokalen Staatsapparate hätten sich laufend den wirtschaftlichen Leitlinien der Zentralregierung widersetzt. Diese habe danach gestrebt, Sektoren zu konsolidieren, um einige wenige Firmen in optimaler Produktionsgröße zu schaffen. Dadurch habe eine optimale Warenversorgung in ganz China sichergestellt werden sollen. Sie hätten einerseits möglichst vielen Chines\*innen der jeweiligen Regionen Arbeitsplätze bieten und andererseits durch ihre Profite das lokale Steueraufkommen erhöhen sollen. Tatsächlich hätten die einzelnen Regionen aber überwiegend gegeneinander gearbeitet, da allerorts versucht worden sei, in den am profitabelsten erscheinenden Sektoren eigene Champions aufzubauen. Dabei seien lokale Unternehmen in besonderem Maße protegiert worden. Über das gesamte Land verteilt habe dies aber bedeutet, dass es regelmäßig zu Über- beziehungsweise Unterproduktion bestimmter Güter gekommen sei, die sich aus Fehl- und Blindinvestitionen

ergeben hatte. Gerade auch im Energiesektor sei es im Laufe der 1980er zu regelmäßigen Unterversorgungen gekommen. Durch den sehr holprigen Konjunkturverlauf der chinesischen Binnenwirtschaft sei es regelmäßig zu hohen Arbeitsplatzverlusten, und Unzufriedenheit in der Bevölkerung gekommen, was sich letztlich in den Studierendenprotesten der späten 1980er niedergeschlagen habe. (vgl. ebd.: 54–64)

Hierdurch wird jedoch verständlich, weshalb die Zentralregierung sich mit der Zeit mehr und mehr darauf versteifte, für die Staatsbetriebe Kooperation in Form von Joint-Ventures<sup>11</sup> zu suchen. Lu beschreibt dies für den Automobilsektor: Da auf die Lokalverwaltungen kein Verlass war, habe sich ein „staatlich geführte Dreierbündnis“ (Lu 2018: 76) aus Zentralstaat, ausländischen Betrieben und Staatsbetrieben gebildet. Neben den Joint-Ventures habe die Zentralregierung einzelne Staatsbetriebe sehr gezielt gestärkt, sodass sich allmählich verschiedene große Automobilhersteller etablieren konnten. Der staatliche Schutz zum Aufbau dieser Hersteller unterstreiche die Importsubstitution der chinesischen Zentralregierung. (vgl. ebd.: 76–87)

Die Zweiteilung der Wirtschaftsstrukturen habe sich auch nachhaltig auf die Anstellungs- und Einkommensunterschiede ausgewirkt. Da ein Teil der Betriebe privat und ein anderer Teil staatlich geleitet wurden, seien hier unterschiedliche Managementmechanismen zutage getreten. Weil die privaten geführten Unternehmen höherer Konkurrenz ausgesetzt waren, sei es hier zu einer tiefgreifenden Arbeitsteilung gekommen. Neue Jobs insbesondere technisches Fachpersonal und Managementpersonal seien ab 1982 entstanden. Dies habe insbesondere für die wirtschaftlichen Sonderzonen gegolten. (vgl. Shi 2012: 149–153) Damit hätten sich auch die Anforderungsprofile für eine Vielzahl der Angestellten geändert, wodurch mehr chinesische Arbeiter\*innen aufgrund fehlender Qualifikationen von diesen Anstellungen ausgeschlossen worden seien. Es verwundere daher wenig, dass die Einkommensungleichheiten in ländlichen Gebieten allgemein höher ausfallen als in den urbanen Räumen (vgl. Yan 2012: 206). Die zunehmenden Einkommensunterschiede ließen sich weiterhin damit erklären, dass die einsetzende Industrialisierung außerhalb der landwirtschaftlichen Produktion stattgefunden habe. Die Produktivität der Agrarproduktion habe auch in den folgenden Jahrzehnten auf niedrigem

---

<sup>11</sup>Die ausländischen Partnerunternehmen seien hierbei klar benachteiligt worden: So seien chinesische Betriebe beispielsweise dazu angehalten worden Joint-Ventures mit mehreren konkurrierenden ausländischen Firmen einzugehen, um von all diesen Betrieben die jeweils besten Verfahren und Techniken übernehmen zu können. Den chinesischen Unternehmen sei dies möglich gewesen, da die westlichen Partnerunternehmen nur wenig an den günstigen chinesischen Produktionsbedingungen interessiert waren. Vielmehr sei es diesen darum gegangen, Zugänge zu dem riesigen chinesischen Binnenmarkt zu erschließen, der für ausländische Unternehmen ohne den Zusammenschluss mit chinesischen Firmen nicht offengestanden habe. Diese Position habe die chinesische Staatsführung begünstigt, welche diesen Vorteil zum eigenen Vorteil ausnutzte, indem die Bedingungen für Joint-Ventures in erster Linie die chinesischen Partnerfirmen begünstigten. (vgl. Thun 2004)

Niveau verharrt. Folglich sei mit der Industrialisierung in der VRC auch kein allgemeiner Strukturwandel einhergegangen. Vielmehr habe sich die Industrie entwickelt, während der landwirtschaftliche Sektor stagniert habe und von Unterbeschäftigung gekennzeichnet gewesen sei. (vgl. Cho 2005: 50f.) Dies begründet(e) auch einen stetigen Arbeitskräftefluss vom Primär- in den Sekundärsektor, welcher es den Unternehmen erleichterte, harte Arbeitsregime durchzusetzen.

Eine Folge der Dezentralisierungsbestrebungen der Zentralregierung sei außerdem gewesen, dass auf regionaler Ebene überwiegend in die Staatsbetriebe investiert wurde. So seien Mitte der 1980er 70% aller Kapitalinvestitionen in den Staatssektor gegangen, während beispielsweise der Anteil der Landwirtschaft auch am Volkseinkommen stark zurückgegangen sei. Dies sei ein Ausdruck davon, dass die chinesische Industrialisierung außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors stattfand, sodass die Produktivität dort kaum zunahm. (vgl. ebd.: 49–54) Darin werde der Wandel der Prioritätensetzung der chinesischen Staatsführung während der 1980er Jahren deutlich. Während die politischen Weichenstellungen gerade am Anfang dieser Dekade pro-Landwirtschaft gewesen seien, wären spätestens ab der Mitte der 1980er die Industrialisierung von Leichtbetrieben und insbesondere der staatlichen Schwerindustrie gefördert worden (vgl. Wan/Ye/Zhuang 2012: 156f.). Damit ging jeglicher Fokus auf die landwirtschaftliche Produktion verloren. Dies beinhaltet auch eine räumliche Dimension, da sich damit auch eine unterschiedliche Wertschätzung der Stadt- und Landregionen offenbart.

### **3.2 Reformen der 1990er**

Wie beschrieben, begann die VRC sich ab dem Jahr 1978 nach außen zu öffnen und sich zu reformieren. Obwohl dies zu großen Verschiebungen innerhalb Chinas und seiner Wirtschaft geführt hatte, kann in dieser Zeit nur begrenzt von Liberalisierung gesprochen werden. So seien zum Beginn der 1990er noch vielfache Lizenz- und Quotenregelungen in Kraft und Importgüter im Durchschnitt mit 43% Zoll belegt gewesen. Auch aus diesem Grund hätten sich ausländische Investoren insgesamt zurückgehalten. Obwohl sich die privaten Betriebe der Leichtindustrie zwar gut entwickelt hatten, habe deren Anteil am BIP 1989 gerade einmal 11,7% betragen. (vgl. Cho 2005: 142). Das habe sich im Laufe der 1990er grundlegend geändert. Die Regierung habe neue Liberalisierungsmaßnahmen beschlossen, die wesentlich weitergehen sollten als die bisherigen Entscheidungen. Dies sei politisch möglich gewesen, da nach der gewaltsamen Niederschlagung der Studierendenproteste der späten 1980er, die in den Tiananmen-Protesten ihren Höhepunkt fanden, die Forderungen der Protestierenden anschließend aus dem allgemeinen Diskurs verschwunden seien. (vgl. Schmalz 2011: 109)

Zum Beginn der 1990er Jahre stand Chinas Wirtschaftssystem als Ganzes zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft. Dies war das Ergebnis der Entwicklungspläne der Parteiführung der 1980er Jahre, die eine Mischung beider Wirtschaftsmodelle anstrebten. 1992 verkündete die Partei das Modell der „Sozialistischen Marktwirtschaft“ (Cho 2005: 36), welches die Liberalisierung der chinesischen Wirtschaft deutlich vorantrieb. Dieses Modell, habe mehrere Neuerungen mit sich gebracht. So seien erstmals wirkliche Reformziele formuliert worden, die das vorangehende Trial-and-Error-Prinzip ersetzen sollten. Weiterhin sei ein regelbasiertes Marktsystem verkündet worden, das von Marktfördernden Institutionen (beispielsweise dem zentralen Geldsystem) begleitet worden sei. Das Modell habe diverse Änderungen herbeigeführt, die auch im Alltag spürbar geworden seien. So seien bereits 1994 90% aller Preise für Konsumgüter Marktpreise gewesen. Auch habe der Außenhandel Chinas so stark zugenommen, dass es 2005 bereits die drittgrößte Exportnation der Welt gewesen sei. Dennoch seien an einzelnen Stellen Handelsbeschränkungen aktiv geblieben, um chinesische Unternehmen zu schützen. Auch habe nach 1992 der Wettbewerb unter chinesischen Unternehmen stark zugenommen, was hauptsächlich darauf zurückgeführt werden könne, dass Eintrittsbarrieren abgebaut wurden und es somit zu Marktöffnungen kam. Im Laufe der 1990er hätten außerdem die staatlichen Interventionen in den Markt deutlich abgenommen und seien aus den meisten Industrien sogar gänzlich verschwunden. (vgl. Chiu/Lewis 2006: 41)

Insgesamt wurde mit dem Modell der Sozialistischen Marktwirtschaft also ein enormer Liberalisierungsschub herbeigeführt. Mit diesen Reformen begann China zur ‚Werkbank der Welt‘ zu werden und seinen wirtschaftlichen Fokus auf die Exportindustrie zu legen. Dies sei durch einen enormen Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen (ADIs) ermöglicht worden. China habe in nur einem Jahrzehnt über 200 Milliarden US\$ angezogen. Ziel dieser Investitionen seien in erster Linie die Küstenregionen gewesen, die sich im vergangenen Jahrzehnt auf Export spezialisiert hatten. (vgl. Schmalz 2013: 334). So habe China 2003 die USA als größter Empfänger von ADIs überholt (vgl. Ngai 2016, 5) und finanzierte dadurch die Weiterentwicklung von Firmen im chinesischen Exportsektor.

Ein Großteil der ADIs sei weiterhin aus Südostasien gekommen: 1999 hätten Japan, Südkorea, Singapur, Taiwan und Hongkong bereits über 64% der gesamten ADIs der VRC bereitgestellt. Dadurch hätten sich auch die Handelsstrukturen der Region nachhaltig geändert. Während 1985 noch 35,6% der südkoreanischen beziehungsweise 48% der taiwanesischen Exporte in die USA gegangen seien, traf dies zehn Jahre später lediglich noch auf 18% bezie-

hungsweise 23,6% zu. Parallel dazu hätten sich die Handelsströme in Richtung des chinesischen Festlandes verschoben. (vgl. Cho 2005: 172) Gerade der südostasiatische Binnenhandel habe zugenommen; ein Trend der auch im neuen Jahrtausend beibehalten werden sollte (vgl. Wang/Shrestha/Uemura 2012: 144 ff.). In vielen Fällen sei zur Endmontage nach China exportiert worden, das dann selbst die Fertigwaren re-exportiert habe. Cho beschreibt diese Ausbildung einer „innerasiatischen Produktionskette“ (Cho 2005: 170) als entscheidenden Faktor für die Weltmarktintegration Chinas. Der entscheidende Standortvorteil der VRC seien dabei die geringen Lohnkosten gewesen (vgl. ebd.: 172f.). Da China, Japan und die vier Tigerstaaten gewissermaßen eine wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft bildeten, habe sie die Asienkrise auch gemeinsam getroffen. Tatsächlich habe China jedoch relativ wenig Schaden davongetragen, da der Finanzsektor der VRC vergleichsweise ‚unterentwickelt‘ war. Anders als seine Schicksalspartner habe sich China relativ gut aus der Krise retten können, indem es seine bereits existierenden Handelsstrukturen in Richtung der USA umgelenkt habe. (vgl. ebd.: 176) Auch hier seien die Handelsbeziehungen durch Verbindungen zu Überseechinesen schon seit den 1980ern gewachsen (vgl. Arrighi 2008: 435 ff.). Die Früchte dieser frühen Handelsverbindungen seien im Verlauf der Asienkrise geerntet worden. Das es die Volksrepublik schaffte, seine eigene Wirtschaft zu stabilisieren, habe der gesamten südostasiatischen Region geholfen und Chinas Ansehen gesteigert. (vgl. Cho 2005: 176)

Bis zu Beginn der 1990er Jahre hätten sich bereits erste Veränderungen der Beschäftigungsstruktur ergeben. So sei 1992 im tertiären Sektor die Anzahl der Beschäftigten um etwa 82 Millionen auf nun rund 131 Millionen gestiegen. Im sekundären Sektor habe dieser Anstieg rund 74 Millionen Arbeiter\*innen betragen, womit 1992 etwa 143,5 Millionen Personen dort beschäftigt gewesen seien. Am größten sei dabei aber der Anstieg der Arbeiter\*innen im primären Sektor gewesen. Dieser sei bis 1991 auf fast 391 Millionen angestiegen – beinahe 108 Millionen Person mehr als 1978. (vgl. Shi 2012: 147f.) Gegenüber den frühen Reformjahren seien also deutlich mehr Arbeiter\*innen in der VRC beschäftigt gewesen und darüber hinaus hätten sich die Verhältnisse der angestellten Arbeiter\*innen geändert. Während der relative Anteil des primären Sektors geschrumpft sei, seien die des sekundären und tertiären Sektors gestiegen (vgl. ebd.: 150). Dies zeigt, dass die Industrialisierung in China insgesamt voranschritt. Nichtsdestotrotz kam es nun zu zunehmenden Verschiebungen zwischen den Lebensstandards der Land- und der Stadtbevölkerung. So habe sich der pro Kopf-Konsum der Stadtbevölkerung von 1985 bis 1992 von 802 Yuan auf 1.925 Yuan mehr als verdoppelt (vgl. Zhao 2012: 228). In diesem Rahmen wäre der Ausgabenanteil für Grundnahrungsmittel deut-

lich geschrumpft; stattdessen seien vor allem langlebige Güter wie Farbfernseher, Kühlschränke und Waschmaschinen angeschafft worden – das Konsumlevel hätte sich deutlich erhöht (vgl. ebd.). Die Landbevölkerung habe nicht in gleichem Maße profitieren können. So sei der Prokopfkonsum zwischen 1985 und 1991 lediglich von 347 Yuan auf 621 Yuan gestiegen und der Großteil des Einkommens sei auch weiterhin auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse verwendet worden (vgl. ebd.: 228f.). Somit gab es zwar auch für die Landbevölkerung Verbesserungen, jedoch deutlich langsamer, sodass sich die Schere zwischen der Stadt- und Landbevölkerung zu öffnen begann.

Die Wachstumsdynamik vollzog sich überwiegend in den privat geführten Leichtindustrien, die vor allem in den Küstenregionen aufgebaut wurden. Die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung, die sich bereits während der 1980er ausgebildet hatte, sei durch die Liberalisierungsbestrebungen zusätzlich verstärkt worden. Die chinesische Führung habe diese Entwicklungen absichtlich befeuert. So habe Deng Xiaoping die Devise vertreten „einige Regionen und Personen sich zuerst entwickeln lassen“ (Cho 2005: 119). Diese entwickelten Regionen beziehungsweise Personen hätten dann durch „Bluttransfusionen“ (ebd.) die übrigen Regionen bei ihrer Entwicklung unterstützen sollen.

Zum Gesamtspektrum chinesischen Entwicklungen gehörten in besonderem Maße auch die Staatsunternehmen. Diese entwickelten sich weit weniger dynamisch und waren aus unternehmerischer Sicht oft unwirtschaftlich, hatten dafür aber eine hohe sozialpolitische Relevanz. Nach jahrelangen erfolglosen Versuchen, die Staatsunternehmen zu Champions aufzubauen, habe die KPCh beschlossen, die Staatsunternehmen grundlegend zu reformieren, um mit diesen an die wirtschaftlichen Erfolge der privat gemanagten Betriebe anschließen zu können. So habe sich Situation der Staatsunternehmen 1995 erheblich verändert, als die chinesische Führung letztlich die „eisernen Schale“ (ebd.: 41) beziehungsweise „eiserne Reisschüssel“<sup>12</sup> zerschlagen habe. Dies sei als notwendig erachtet worden, um die chinesischen Staatsbetriebe in der Marktwirtschaft zu verankern. Dieser Aspekt sei auch deshalb als relevant erschienen, da sich China bereits seit mehreren Jahren um einen Beitritt in der WTO bemüht habe und sich ein Erfolg innerhalb der nächsten Jahre abgezeichnet habe. Hiermit sei jedoch auch klar gewesen, dass sich sämtliche chinesischen Betriebe globaler Konkurrenz stellen mussten. (vgl. ebd.: 41ff.) Die Mottos dieser Reformen lauteten: „Die Großen halten

---

<sup>12</sup>Als *eiserne Reisschüssel* werden die sozialpolitischen Übereinkommen der Regierung mit den Staatsbetrieben bezeichnet. So konnten sich Angestellte der chinesischen Staatsbetriebe bis 1995 einer lebenslangen Beschäftigung, sowie ausreichender finanzieller Versorgung und sozialer Sicherungsmechanismen (Schulbildung für die Kinder, medizinische Versorgung, ...) sicher sein. Hiermit wurde somit das Fehlen eines offiziellen Sozialsystems überbrückt.

und die Kleinen ziehen lassen“ (Lu 2018: 88) sowie „fördern, was gefördert werden muss, und ausscheiden, was ausgeschieden werden muss.“ (Cho 2005: 45). Damit meinte die chinesische Führung, dass sie künftig nur die Unternehmen schützen und unterstützen wollte, die sie strategisch für besonders wichtig hielt. Alle anderen Unternehmen hätten im Rahmen der Marktkonkurrenz ihre Überlebensfähigkeit unter Beweis stellen oder schlichtweg vom Markt verschwinden sollen. In diesem Sinne seien kleine und mittlere Staatsunternehmen in großem Stil privatisiert worden, während die 1.000 größten Unternehmen weiterhin in Staatshand geblieben seien. In Folge dieser Bemühungen seien in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre über 65.000 Betriebe verschwunden, was mehr als einer Halbierung entspräche. (vgl. ebd.: 46) Das bedeutete massive Einschnitte für Arbeiter\*innen der ehemaligen Staatsbetriebe. Beispielsweise seien die Beschäftigungszahlen der Automobilindustrie in den 1990er Jahren rapide gesunken, obwohl sich die Produktion fast verdoppelt habe. In den 2000er Jahren habe die Beschäftigung in absoluten Zahlen kaum gegenüber den frühen 1990er Jahren zugenommen. Dabei sei die Produktionsmenge in den ersten zehn Jahren des neuen Jahrtausends um über 680% gestiegen. Derartige Reformen seien Mitte der 1990er als notwendig angesehen worden, da durch den erwarteten WTO-Beitritt Chinas der Binnenmarkt hätte geöffnet werden sollen und mit einem Anstieg der Konkurrenz gerechnet worden sei. (vgl. Lu 2018: 87–97)

Das Beispiel zeigt, welche massiven sozialpolitischen Implikationen die Reformierung der Staatsbetriebe 1995 mit sich brachten. Über alle Staatsbetriebe hinweg lässt sich erkennen, dass soziale Probleme individualisiert wurden, um den Staatsunternehmen Kostensenkungen zu ermöglichen. So sei der Anteil regulär Beschäftigter zwischen 1995 und 2000 um etwa 7 Prozentpunkte auf nur mehr 15,1% gefallen. Diese Arbeiter\*innen seien somit zu den 622 Millionen der informell Beschäftigten (85% aller Beschäftigten), die ohnehin nicht sozialversichert sind, hinzugekommen. (vgl. Cho 2005: 133ff.) Parallel zu dieser Entwicklung verhärtete sich auch die Einkommensungleichheit in der VRC. 1993 habe der Gini-Koeffizient erstmals die international anerkannte Warngrenze von 0,4 durchschlagen und habe sich im Verlauf der 1990er auf dieser Höhe eingependelt - mit langfristig steigender Tendenz (vgl. Yan 2012: 186f.). Es stieg also die Ungleichheit in der VRC an, was bedeutet, dass die Strategie der ungleichen Entwicklung der KPCh Früchte trug. Von dieser Strategie haben nach Yan unter anderem Privatunternehmer\*innen, Fachkräfte und Manager\*innen profitiert. Arbeiter\*innen, Wanderarbeiter\*innen und Agrararbeiter\*innen hätten dahingegen die geringsten

Einkommen erzielt. Oftmals hätten die Wanderarbeiter\*innen<sup>13</sup> dabei sogar noch weniger Lohn als die Agrararbeiter\*innen bezogen. (vgl. ebd.: 196f.) Diese Beobachtung dürfte insbesondere mit den Privatisierungen der Staatsbetriebe zusammen hängen, da durch die Rationalisierungen die Anzahl der Arbeitslosen rasant stieg und somit die Löhne der verbleibenden Stellen gedrückt wurden.

Gerade die Angestellten der Staatsbetriebe, stellte dies vor völlig neue Schwierigkeiten, und es überrascht kaum, dass gerade bei den privatisierten staatlichen Betrieben die Arbeitsproteste zwischen 1997 und 2002 um mehr als das 14-fache anstiegen. (vgl. Keming 2013: 201)

### 3.3 China ab dem Beitritt zur WTO

2001 trat die VRC tatsächlich der WTO bei. Im Rahmen dieses Beitritts habe China - vor allem auf Druck der USA - breite Zugeständnisse gemacht (vgl. Cho 2005: 197ff.), konnte aber in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends den zuvor eingeschlagenen Entwicklungsweg weitergehen. Dies beinhaltete auch, dass die VRC trotz der Zugeständnisse des WTO-Beitritts weiterhin einzelne Märkte schützte und beispielsweise die Bedingungen von Joint-Ventures immer noch zum Vorteil Chinas ausgestaltet wurden. Zusätzlich hätten den chinesischen Unternehmen enge Beziehungsnetzwerke (Guanxi) geholfen. Diese seien zu Spezifika des chinesischen Kapitalismus geworden (vgl. McNally 2012). Diese Netzwerke in Verbindung mit politischen Weichenstellungen zur Förderung chinesischer Unternehmen (vgl. ebd.), hat somit durchaus die Wirkmächtigkeit der im Rahmen des WTO-Beitritts geschlossenen Freihandelsabkommen abgeschwächt. Ohnehin war es im Vorhinein des WTO-Beitritts Chinas zu wirtschaftlichen Umstrukturierungen und als Folge dieser zu sozialen Verwerfungen gekommen. Obwohl die Arbeiter\*innenproteste mehr und mehr zunahmen, sollte sich Chinas wirtschaftlicher Erfolg aufrechterhalten. So habe das Land 2010 Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt abgelöst (vgl. Ngai 2016: 5). Einige Strukturen und Entwicklungstendenzen, die sich in der vorherigen Dekade etabliert hatten, verstetigten sich nach dem Millennium. Dies trifft beispielsweise auf die Ungleichheit der Einkommen zu, die nach den 1990er Jahren rasant zugenommen hatte. Der Gini-Koeffizient sei bis 2007 auf 0,475 gestiegen (vgl. Yan 2012: 187), womit die Ungleichheit sogar das Ausmaß einiger lateinamerikanischen Länder überschritten habe (vgl. Wan/Ye/Zhuang 2012: 157). Insgesamt hat die Ein-

---

<sup>13</sup> Bei Wanderarbeiter\*innen handelt es sich im Regelfall um Chines\*innen mit ländlicher Hukou. Diese sind grundsätzlich strukturellen Diskriminierungen ausgesetzt und beziehen in aller Regel deutlich geringere Löhne als Arbeiter\*innen mit städtischer Hukou. (vgl. C. Wang 2012, 268–71) Eine Ausführliche Darstellung des Sachverhaltes erfolgt in Kapitel 4.1.

kommensungleichheit in China in den rund 30 Jahren nach 1978 stark zugenommen, insbesondere ab Mitte der 1990er Jahre. Beispielsweise sei die Einkommensdifferenz der obersten und untersten 10% der Einkommensbezieher\*innen der VRC zwischen 1995 und 2008 vom Faktor 4 auf den Faktor 9,2 gestiegen (vgl. Yan 2012: 188). Insgesamt hätten die obersten 20% der Einkommensbezieher\*innen etwa 40% des Gesamteinkommens bezogen, während die unteren 80% der Einkommensbezieher\*innen 60% des Gesamteinkommens erhalten hätten (vgl. ebd.: 189).

Diese Einkommensverteilungen wurden von Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur begleitet. Insgesamt sei die Zahl der Beschäftigten im primären Sektor bis 2007 auf etwa 314 Millionen gesunken, was bedeute, dass der prozentuale Anteil der Beschäftigten zwischen 1978 und 2007 um 30 Prozentpunkte auf 41% sank. Parallel dazu seien die Beschäftigtenzahlen der beiden anderen Sektoren gestiegen. 2007 habe es im sekundären Sektor etwa 249 Millionen Beschäftigte gegeben, was 32% aller Beschäftigten entspräche. Im tertiären Sektor seien im gleichen Jahr rund 206 Millionen Chines\*innen beschäftigt gewesen. Damit sei deren gesellschaftlicher Anteil seit 1978 um 10 Prozentpunkte auf 27% gestiegen. (vgl. Shi 2012: 147ff.)

Während sich also die Beschäftigungsstruktur zu einer industriegesellschaftlichen Struktur wandelte, nahm die Einkommensungleichheit zu. Dies geht mit unter auf die hohe Zahl der Wanderarbeiter\*innen ab Mitte der 1990er Jahre und die sich parallel dazu bildende Mittelschicht in China zurück. Im Jahr 2005 seien 67,1% der Beschäftigten des sekundären Sektors und 40,2% der Beschäftigten des tertiären Sektors Wanderarbeiter\*innen gewesen (vgl. ebd.: 155). „Migrant workers are the main part of workers and are also the main part of service and business personnel.“ (ebd.: 156) Gleichzeitig sei eine neue chinesische Mittelschicht entstanden, die alleine zwischen 2000 und 2010 um geschätzt 100 Millionen Personen angewachsen sei und die VRC zu dem Land mit dem größten Einzelhandelsumsatz weltweit gemacht habe (vgl. Brand/Wissen 2017: 112). Insgesamt öffnete sich im neuen Jahrhundert die Schere innerhalb der chinesischen Gesellschaft also zunehmend.

Einkommensunterschiede sind auch zwischen den ländlichen und städtischen Regionen auszumachen. So hätten Stadtbewohner\*innen in 2010 durchschnittlich 3,2 mal so viel verdient wie Landbewohner\*innen (vgl. Wan/Ye/Zhuang 2012: 155). Insgesamt habe es in 2010 rund 666 Millionen Einwohner in Chinas städtischen Gebieten gegeben, von denen rund 25% eine ländliche Hukou gehalten hätten (vgl. Yuan/Yu 2012: 84). Damit betrug die Stadtbevölkerung der VRC in 2010 rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung.

An dieser Entwicklung wird deutlich, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung Chinas nach 2001 zwar insgesamt weiter verbesserte, dabei aber eine tief gespaltene Gesellschaftsstruktur hervorbrachte. Die bereits erwähnten Proteste gegen zu harte Arbeitsbedingungen und zu niedrige Löhne hätten sich in den frühen 2000er Jahren fortgesetzt (vgl. Keming 2013: 201). Auch andere Trends, wie das Festhalten an Export als Wachstumsstrategie, habe sich verstetigt (vgl. Schmalz 2013: 337). Von besonderer Relevanz für den Export sei Chinas Rolle als Endmonteur von Fertig und Halbfertigwaren zum Re-Export geblieben, was als Hauptantrieb der chinesischen Exporte betrachtet wird (vgl. Wang/Shrestha/Uemura 2012: 149).

Die Weltwirtschaftskrise 2008 sollte die globalen Wirtschaftsstrukturen nachhaltig erschüttern. Hierbei sei China vergleichsweise gering betroffen gewesen, da das Finanzkapital dem Industriekapital noch immer untergeordnet gewesen sei. So seien Betriebe hauptsächlich von Banken finanziert worden (zu mehr als 70%), während die Finanzierung über die Kapitalmärkte nebensächlich gewesen sei. Zwar habe das chinesische Bankensystem durchaus Schwächen gehabt, dennoch hätte es zuverlässig die wirtschaftliche Entwicklung Chinas unterstützt. Dies wäre daran zu erkennen, dass 2007/2008 gerade einmal 2,4% aller Kapitaleinlagen Chinas bei ausländischen Banken angelegt gewesen seien. China, welches im Vergleich zu den USA, Japan oder den EU-Mitgliedern einen verhältnismäßig kleinen und untergeordneten Finanzsektor gehabt habe, sei von der Krise im Wesentlichen über den Außenhandel getroffen worden. (vgl. Schmalz 2013: 335 ff.) Im Rahmen der Krise sei die Importquote der USA, dem damals größten Abnehmer chinesischer Exporte, gesunken. China habe hierauf mit einem großen Konjunkturpaket reagiert, das in erster Linie auf den Ausbau der chinesischen Infrastruktur (Straßen, Wasserversorgung, Technologieförderung, ...) ausgerichtet gewesen sei. Parallel sei damit begonnen worden, die Sozialsysteme zu reformieren. Im Oktober 2008 sei ein Entwurf für ein neues Gesundheitssystem vorgestellt worden, das bis 2020 in Kraft treten soll. (vgl. Rudolph/Heberer 2010: 71) Auch seien zwischen 2009 und 2012 die Pensionssysteme so geändert worden, dass nun auch arbeitslose Stadtbewohner\*innen mit versorgt würden und eine rechtliche Gleichstellung von Land- und Stadtbewohner\*innen verankert sei (vgl. Feng/He 2012: 94). Diese Veränderungen hätten jedoch automatisch auch die Verhandlungsmacht chinesischer Arbeiter\*innen gestärkt. Denn durch die Infrastrukturmaßnahmen und die Verbesserungen des Sozialsystems sei der Migrationsdrang ländlicher Arbeiter\*innen gemildert worden, was wiederum das Arbeitskräfteangebot gemildert habe (vgl. Schmalz 2013: 344). Die steigende Verhandlungsmacht der Arbeiter\*innen habe in den Folgejahren der Weltfinanzkrise daher zu „massive[n] Lohnerhöhungen“ (ebd.) geführt. Schmalz spricht

angesichts der hohen Lohnsteigerungen ab 2010 sogar von einer Intensivierung des chinesischen Akkumulationsregimes (vgl. ebd.: 352).

Die Weltwirtschaftskrise verdeutlichte die Anfälligkeit eines auf Export konzentrierten Entwicklungsmodells. Als Gegenreaktion nahm die KPCh nun Maßnahmen zur Stärkung des Binnenmarktes noch stärker ins Visier. Erste Initiativen dazu waren bereits vor der 2008er Krise erfolgt, da man den gravierenden Entwicklungsunterschieden innerhalb Chinas, die gerade im Laufe der 2000er Jahre immer öfter zu politischen Protesten führten, entgegen wirken wollte. Beispielsweise verkündete die Regierung schon 1999 die Initiative zur „Erschließung des Westens“ (Komlosy 2013: 37). Dies sei ein Versuch der chinesischen Führung, die Provinzen im Landesinneren und im Westen des Landes wirtschaftlich zu integrieren und deren Wohlstand zu mehren und um die Ungleichheit zwischen den Ost- und Westregionen zu schließen (vgl. Wan/Ye/Zhuang 2012: 155f.). Dass die Stärkung des Binnenkonsums besonders nach 2008 zu einem Hauptinteresse der KPCh wurde, lässt sich am 12. Fünfjahresplan (2011-2015) des Zentralkomitees der KPCh zeigen (vgl. Schmalz 2011: 112). Dazu passt, dass die Infrastrukturinvestitionen des 2008er Konjunkturpakets insbesondere die westlichen Regionen im Visier gehabt hätten (vgl. Schmalz 2013: 342f.). Die Fokussierung auf den Binnenmarkt wird für unumgänglich gehalten, da die Konsum- und Arbeitsmöglichkeiten verbessert werden sollen.

Tatsächlich gibt es Anzeichen dafür, dass es chinesischen Unternehmen hilft, sich auf den eigenen Binnenmarkt zu konzentrieren. So beschreiben Brandt und Thun, dass im Zuge des WTO-Beitritts chinesische Unternehmen zwar etwa einen Marktanteil von 10% eingebüßt hätten, sich dieser Trend aber im Rahmen der Binnenmarktstärkung umkehren würde. Letztlich würden sich die Bemühung des jahrzehntelangen Capability-Buildings auszahlen, da in der gesteigerten Konkurrenz von chinesischen und ausländischen Firmen am chinesischen Binnenmarkt ‚höherwertige‘ Produktionsschritte aus Kostengründen von ausländischen Unternehmen an chinesische Firmen ausgelagert werden müssten und könnten. (vgl. Brandt/Thun 2010) Diese Analyse deckt sich beispielsweise mit chinesischen Erfolgsgeschichten, wie der von Li Ning. Ursprünglich Profisportler, habe dieser nach seiner Sportlerkarriere im Jahr 1990 eine Sportmarke gegründet. Da dessen Marke durchwegs günstiger als Hersteller wie Nike oder Adidas gewesen sei, habe sich die Firma bis 2000 rund 30% des Marktanteils für Sportwaren in China erschlossen. Gerade im Laufe der 2000er sei die Anzahl der Li Ning-Shops explodiert; besonders im Landesinneren (2008 habe durchschnittlich alle acht Stunden eine Filiale eröffnet), das von ausländischen Marken nicht erschlossen gewesen

sei. Die Expansion ins Landesinnere Chinas habe dem Unternehmen zwischen 2004 und 2008 4- bis 5-mal so hohe Gewinne wie den Konkurrenten Nike und Adidas beschert. (vgl. Manzenreiter 2010: 165ff.)

Andererseits wird ein Wandel der chinesischen Wirtschaft, hin zu mehr Binnenkonsum als grundsätzlich schwierig angesehen (vgl. Schmalz 2011: 115f.). Mehr Konsum erfordere höhere Löhne, welche angesichts der alternden chinesischen Gesellschaft als durchaus möglich erscheinen. Chinas Arbeiter\*innenschaft dürfte seit 2015 altersbedingt schrumpfen (vgl. Yuan/Yu 2012: 72), wodurch das Arbeitskräfteangebot sinkt und die Verhandlungskraft der Arbeiter\*innen steigt. Weiterhin gebe es zwar mehr und mehr chinesische Spitzenunternehmen – beispielsweise im Bereich der Haushalts- und Kommunikationsindustrie – allerdings stelle günstige, arbeitsintensive Produktion weiterhin ein zentrales Element des Wirtschaftswachstums der VRC dar. Durch Lohnsteigerungen gerate zwangsläufig Chinas Wachstumsmodell unter Druck (vgl. Huang 2016: 316). Außerdem nehme in der VRC der Sektors der Servicesektors laufend auf Kosten des Produktionssektors zu. Ersterer könne aber nur selten vergleichbar hohe Wachstumsraten wie Letzterer erzeugen. (vgl. ebd.) In diesem Kontext wurde bereits ausführlich diskutiert, ob sich die VRC in einer Middle-Income-Trap, vergleichbar mit Staaten wie Argentinien oder Brasilien, befindet (vgl. Woo 2012a). Gerade in diesem Kontext wird die BRI, die 2013 erstmals vorgestellt wurde, als ein Ausweg gelesen. Die Hoffnung bezieht sich dabei darauf, dass die regionalen und sozialen Ungleichheiten in China überwunden werden können und es der VRC durch verstärkte Handelsbeziehungen gelingt, mehr Know-how nach China zu transferieren und damit die eigene Produktion aufzuwerten (vgl. Schmeisser u. a. 2018: 77f.; Huang 2016: 318ff.).

Insofern kann der chinesischen Wirtschaft nach 2008 bescheinigt werden im Umbruch zu sein. Der Ausgang ist dabei noch nicht absehbar. Die BRI stellt allerdings gewissermaßen ein Leuchtturmprojekt dar, das der VRC helfen soll, den wirtschaftlichen Aufstieg fortzuführen. Die Perspektiven des Projekts werde ich in Kapitel 8 ausloten. Um diese Überlegungen durchzuführen, ist es zuvor notwendig, die in diesem Kapitel dargestellten Sachverhalte anhand des Regulationsansatzes neu einzuordnen, um eine strukturierte Betrachtung anstellen zu können. Zunächst werde ich aber im nächsten Kapitel anhand passender entwicklungs- theoretischer Zugänge einige Vorüberlegungen anstellen.

## 4 Entwicklungstheoretische Konzepte

Das vorhergehende Kapitel gibt einen Überblick über wesentliche entwicklungsökonomische Entwicklungen Chinas nach den Reformen 1978. Aus diesen Entwicklungen lassen sich wesentliche Aussagen über die Akkumulation und Regulation Chinas treffen. Dadurch zeigt sich der notwendige Kontext um zu verstehen, welche Entwicklungsweise in China vorherrscht. Bevor die Ausarbeitung dieser Begriffe erfolgt, scheint es mir jedoch als sinnvoll, den Blick auf einige entwicklungstheoretische Konzepte zu lenken, die für den chinesischen Fall angebracht scheinen. Zum einen befasse ich mich mit der sozialistischen Entwicklung der VRC und ihren Auswirkungen auf die Periode nach 1978. Weiterhin analysiere ich das Land aus der Perspektive des Konzepts der staatlich geführten Entwicklung. Da sich die VRC nach 1978 mehr und mehr an internationalem Handel beteiligte, und ein Teil der globalen Handelsstrukturen wurde, stelle ich außerdem einige Überlegungen aus der Perspektive der Globalen-Güter-Ketten-Forschung an. Das Verständnis und die Anwendung dieser Konzeptionen auf die VRC ermöglichen ein tieferes Verständnis über die Vorgänge. Die Ergebnisse dieses Kapitels fließen daher in die darauffolgenden Kapitel mit ein.

### 4.1 Einflüsse des Sozialistischen Entwicklungsmodells und des Hukou-Systems

Obwohl sich China ab 1978 von der strengen sozialistischen Wirtschaftspolitik der vorhergehenden Jahrzehnte verabschiedete, wirkten die vergangenen Weichenstellungen selbstverständlich nach; einerseits ideologisch, andererseits durch entstandene und noch nach 1978 wirkmächtige Strukturen. Aus diesem Grund ist es notwendig, einen kurzen Blick auf das Modell der sozialistischen Entwicklung der VRC zu werfen. Dessen Auswirkungen beeinflussten die folgenden Entwicklungen und werden daher zuerst beschrieben.

Wie Becker und Weißenbacher darlegen, entstanden die Staatssozialismen des 20. Jahrhunderts in (Semi-)Peripherien. Folglich seien diese Staaten anderen Bedingungen ausgesetzt gewesen als Marx dies erwartet hatte. Dieser sei schließlich davon ausgegangen, dass der Sozialismus aus den Industriestaaten hervorgehen werde. Stattdessen seien die sozialistischen Staaten nicht als Folge von Industrialisierungsentwicklungen entstanden. Vielmehr sei Sozialismus selbst als Entwicklungsprojekt für Industrialisierung gesehen worden. (vgl. Becker und Weißenbacher 2009) Somit seien die Staatssozialismen auch von Marxs Überlegungen abgewichen; dies gelte insbesondere für China. Im Kampf gegen die Nationalist\*innen nach 1911 habe Mao Zedong die Fähigkeiten der chinesischen Bäuer\*innen erkannt. Deshalb habe er

diese im Rahmen der Revolution<sup>14</sup> zum Hauptbezugspunkt der chinesisch sozialistischen Ideologie gemacht. Dies sei insofern pragmatisch gewesen, als die chinesische Urbanisierung kaum ausgeprägt und die Bevölkerung ohnehin zum Großteil bäuerlich gewesen sei. (vgl. ebd.: 17f.) Trotz der zentralen Stellung der bäuerlichen Bevölkerung in der sozialistischen Ideologie und Rhetorik der VRC, habe Mao auch wesentliche Ideen und Konzepte der Sowjets, die den chinesischen Sozialisten als Vorbild galten, übernommen. So habe man in der VRC besonders darauf gesetzt, die Industrialisierung der Schwerindustrie voranzutreiben. Diese sei überwiegend in den städtischen Regionen im Landesinneren aufgebaut worden. Im Rahmen dieser Industrialisierung sei es zu „radikalen Experimente[n]“ (Frank 2009: 156) gekommen. Beispielsweise dem ‚Großen Sprung nach vorne‘, den Wemheuer als Maßnahme ursprünglicher sozialistischer Akkumulation begreift. Diese habe mit geschätzt 20 Millionen toter Chines\*innen katastrophale Folgen (insbesondere für die Landbevölkerung) gehabt, aber dennoch die chinesische Industrialisierung vorangetrieben. (vgl. Wemheuer 2014)

Um die Entwicklungen im sozialistischen China der Mao-Zeit und auch der Dekaden danach besser zu verstehen, ist es notwendig sich mit dem Hukou-System auseinanderzusetzen. Dies entspricht einer systematischen Wohnsitzkontrolle aller Bürger\*innen der VRC. Rechtsansprüche der Bürger\*innen können nur am eingetragenen Geburtsort geltend gemacht werden. Dies erschwert Migrationsmöglichkeiten und war beziehungsweise ist maßgeblich für die Einteilung der chinesischen Bevölkerung in Land- und Stadtbevölkerung entscheidend. Die Zugehörigkeit ist relevant, da Land- und Stadtbevölkerung unterschiedliche Rechte und Pflichten haben. So hätten Chines\*innen mit städtischer Hukou die Rechte gehabt in Städten zu leben, zu arbeiten und das Sozialsystem zu nutzen (Essensrationen, medizinische Versorgung, ...). Chines\*innen mit ländlicher Hukou sei es dagegen nicht gestattet gewesen, in Städte zu migrieren. Die Landbevölkerung sei an die Heimatdörfer und die Agrarproduktion gebunden gewesen. Weiterhin seien Bürger\*innen mit ländlicher Hukou zu Subsistenzwirtschaft und jährlichen Abgaben der Erträge gezwungen worden. Das Hukou-System sei unter Mao eingeführt worden, um die Industrialisierung der Städte voranzutreiben, ohne dabei eine umfangreiche Urbanisierung in Kauf zu nehmen. Dies sei für die KPCh nicht möglich gewesen, da ein Grundversprechen der Revolution darin bestand, die städtischen Arbeiter\*innen umfassend zu versorgen. Hierzu sei es notwendig gewesen die städtische Arbeiterschaft klein und die Erträge der bäuerlichen Bevölkerung möglichst hoch zu halten. Folglich sei Migration streng kontrolliert worden, sodass es zur Zweiteilung der Bevölkerung gekommen sei, bei der

---

<sup>14</sup>Wemheuer verweist darauf, dass die Revolution tatsächlich eher einer militärischen Eroberung mit anschließender Umverteilungspolitik geglichen habe. (vgl. Wemheuer 2014: 55f.)

die Landbevölkerung insgesamt deutlich schlechteren Bedingungen ausgesetzt worden sei. (vgl. Cheng/Selden 1994) Neben den Migrations- und Arbeitsrechten, sowie den sozialen Ansprüchen, seien mit der Hukou auch Besitzansprüche geregelt. Für Besitzer\*innen einer ländlichen Hukou sei kollektiver Besitz vorgesehen, der von der Dorfgemeinschaft verwaltet werde. In den urbanen Gebieten gelte hingegen öffentliches Eigentumsrecht. Die Verwaltungsrechte lägen bei den lokalen Regierungsvertretern beziehungsweise bei der Zentralregierung. (vgl. Wang 2012: 268)

Das Hukou-System wurde auch nach den Reformen der Jahre 1978 beibehalten und besteht bis heute. Während es in den ersten Jahren nach 1978 noch sehr streng durchgesetzt wurde, lockerten sich die Bedingungen ab Mitte der 1980er Jahre. Mit fortschreitender Industrialisierung der Privatbetriebe, wurde es notwendig, auf die überschüssigen Arbeitskräfte der Landbevölkerung zuzugreifen. Obwohl Arbeitsmigration somit gestattet wurde und die Gruppe der Arbeitsmigrant\*innen in China heute etwa 270 Millionen Menschen umfasse (Ngai 2016: 135), könnten Chines\*innen mit ländlicher Hukou bis heute nicht legal permanent in urbane Gebiete migrieren, weshalb sie häufig schlechteren Arbeitsbedingungen ausgesetzt seien. (vgl. Ngai 2016; Unger 2013) So führe eine ländliche Hukou alleine schon zu einem geringeren Sozialstatus, der neben geringerem Lohn auch mit geringerem Ansehen, weniger Rechten und weniger sozialer Absicherung versehen sei. Es sei daher nur wenig erstaunlich, dass viele Chines\*innen mit ländlicher Hukou danach streben würden für sich, oder zumindest die eigenen Kinder eine städtische Hukou zu erhalten. Dies sei aber nur in wenigen Fällen möglich. Andererseits stelle, der Entzug der städtischen Hukou – also die Verbannung auf das Land - eine gängige Strafe und Strafandrohung bei Verbrechen und Vergehen dar. (vgl. Wang 2012: 269) Somit wird gerade durch das Hukou-System die soziale und ökonomische Kluft zwischen Stadt und Land deutlich und auch reproduziert.

Auch wurde die politische Trennung der Stadt- und Landgebiete, die ein Kennzeichen des chinesischen Staatssozialismus war, bisher beibehalten<sup>15</sup>. So werden die Städte der VRC auch heute noch dadurch gestützt, dass sie auf Kosten der ländlichen Gebiete und der Landbevölkerung leben. Dies bedeutet zugleich die Aufrechterhaltung einer Abhängigkeitsstruktur der

---

<sup>15</sup>Tatsächlich habe die chinesische Regierung im Juli 2014 verkündet, dass sie das System der Haushaltsregistrierungen künftig modernisieren möchte. Im Zuge dieser Anpassung sei bekanntgegeben worden, dass die Registrierungsbegrenzungen für Gemeinden und Kleinstädte gänzlich aufgehoben werden sollen. Bei mittelgroßen Städten sollen die Auflagen für die Beantragung einer städtischen Hukou gelockert werden, während bei Großstädten zumindest die Auflagekriterien klar abgesteckt und kommuniziert werden sollen. (vgl. Kahn/Zheng 2016: 8) Einerseits kündigen sich somit wohl progressive Veränderungen im chinesischen Hukou-System an. Allerdings ist, soweit ich dies recherchieren konnte, auf die Ankündigung der Regierung in 2014 bisher noch keine Veränderung erfolgt. Nach über vier Jahren ohne weitere Maßnahmen, sollte somit eine gewisse Skepsis angebracht sein, inwiefern es hier tatsächlich zu baldigen Veränderungen kommen wird.

Städte vom Land. Wang weißt in diesem Kontext darauf hin, dass die Städte oftmals eigene Probleme lediglich an das Land weiterreichen würden, ohne sie wirklich zu lösen (vgl. ebd.: 271). Das gilt beispielsweise für die Privatisierungswelle in der Mitte der 1990er Jahre, in der Millionen von Arbeiter\*innen arbeitslos und in die Heimatdörfer geschickt wurden, wodurch die Landbevölkerung mit der Ernährung der Heimkehrer\*innen alleine gelassen wurde.

Aufgrund der Entwicklungsunterschiede zwischen den Ost- und den Westregionen der VRC trägt das Hukou-System mit seinen Beschränkungen der Migrationsmöglichkeiten auch zur Aufrechterhaltung dieser Ungleichheiten bei. Chines\*innen aus den Westregionen bleibt oft lediglich die Möglichkeit zur Wanderarbeiter\*innenschaft, wenn sie in den Ostregionen auf Arbeitssuche gehen wollen. Da in Chinas Westen 75% seiner Minderheiten leben, obwohl die Westregionen insgesamt lediglich 22% der chinesischen Gesamtbevölkerung beheimaten, verstärkte dies auch soziale Spannungen im Land. Die starke soziale Ungleichheit, die auch eine regionale sei, begünstigt somit auch ethnische Spannungen. (vgl. Wan/Ye/Zhuang 2012: 163f.)

Insgesamt wirkten beziehungsweise wirken sich die sozialistischen Industrialisierungsbestrebungen auf die Stadt-Land Teilung und die wirtschaftliche Zweiteilung zwischen staatlicher Schwerindustrie und privater Leichtindustrie in China aus. So hatte die VRC der Reform-Ära zweifelsohne Altlasten und Folgeerscheinungen der sozialistischen Entwicklung mit auf den Weg bekommen. So waren die Staatsbetriebe, die bis weit in die 1990er Jahre hauptsächlich für Wirtschaftswachstum sorgten, in Chinas Landesinnerem und dort in urbanen Gebieten zu finden. Damit mussten sich insbesondere die Regionen mit der schlechteren Wirtschaftsleistung der Staatsunternehmen abfinden und nach der Zerschlagung der eisernen Reisschüssel auch in weit größerem Maße soziale Folgekosten in Kauf nehmen. Von diesen Bürden waren die Küstenregionen befreit. Dort entstanden dynamische Industriezentren, die nach und nach Capability-Building betrieben und inzwischen direkt mit ausländischen Unternehmen in Konkurrenz treten können.

Somit entstanden starke Gegensätze zwischen den unterschiedlichen Regionen Chinas und zwischen den Bevölkerungsteilen. Gerade durch das chinesische Hukou-System wurde der Landbevölkerung zusätzlich die Möglichkeit genommen, das Land zu verlassen, um sich in den Städten anzusiedeln. Als Folge sind gerade die Arbeitsmigrant\*innen durchwegs schlechteren Arbeitsbedingungen und schlechterer Bezahlung ausgesetzt. Aufgrund des Subsistenzgrundsatzes können sie nur bedingt auf soziale Unterstützung, beispielsweise in der medizinischen Versorgung, hoffen.

## 4.2 Konzept des Entwicklungsstaates

In ihrer Erläuterung zur Eingliederung der VRC in den Weltkapitalismus verweist Cho bereits darauf, dass das „Konzept des Entwicklungsstaates“ (Cho 2005: 23) hilfreich für ein tiefergehendes Verständnis des chinesischen Kapitalismus ist. Dieses Konzept entstand in engem Bezug zu den rasant verlaufenden Industrialisierungsprozessen der südostasiatischen Tigerstaaten. Zieht man deren Überlegungen heran, so scheinen sie erstaunlich gut zu den Entwicklungen der VRC nach 1978 passen<sup>16</sup>.

Grundlegend für das Konzept des Entwicklungsstaates sind etwa Arbeiten von Alexander Gerschenkron oder Alfred O. Hirschman. So kommt Ersterer in seiner historischen Studie zu dem Schluss, dass gerade sich spät entwickelnde Staaten auf die Unterstützung des Staates angewiesen seien, um sich gegenüber weiter entwickelten Staaten behaupten zu können. Diese Unterstützung sollte dabei besonders auf die Schaffung eines institutionellen Umfelds abzielen, das den Zugang zu modernsten Technologien ermöglicht und Unternehmen dabei fördert, rasch Skaleneffekte zu realisieren. (vgl. Gerschenkron 1962)

Hirschman geht grundsätzlich davon aus, dass Entwicklung als zu gestaltender Prozess begriffen werden müsse, bei dem es folglich nicht reiche, gute Ausgangsbedingungen zu schaffen. Bei solch einem gestaltbaren Prozess müsse bedacht werden, dass sich entwickelte Industriestaaten und ‚Entwicklungsländer‘ (sinngemäße Wortwahl Hirschmans) in unterschiedlichen Kontexten befinden. Somit würden auch jeweils unterschiedliche Lösungswege benötigt, um Entwicklung voranzutreiben. (vgl. Hirschman 1969: 1–11) Hirschman spricht weiterhin deutlich an, dass es in seinen Augen keine Entwicklung, insbesondere keine nachholende Entwicklung, ohne soziale Folgekosten geben könne. Diese wären gewissermaßen ‚eingepreist‘. Es gehe um Versuche, gesellschaftliche Strukturen rapide zu verändern, was unausweichlich zu sozialen Verwerfungen führen müsse. (vgl. ebd.: 57) Dies ist vor allem in dem Kontext zu sehen, dass Hirschman sich für ungleiche Entwicklung stark macht. Diese sei in der politischen Praxis am einfachsten zu erreichen. Dabei denkt er den Markt und den Staat als eine Einheit, die zusammen zwar immer Probleme (zum Beispiel soziale Verwerfungen oder Knappheit) hervorbringen, aber auch wieder überwinden würden. Das Zusammenspiel aus Problem und Lösung begreift er als Entwicklungsmotor. (vgl. ebd.: 62–75) Mit diesem Verständnis weist Hirschman dem Staat eine sehr wichtige Rolle zu, weshalb seine Überlegungen

---

<sup>16</sup>Dass dies kein Zufall ist, zeigt folgendes Zitat: „[...] they [Chinese policymakers; Anm. d. A.] seemed to be surrounded by the star pupils of the developmental state. In Japan, industrial *keiretsu* were at the center of the development process [...] In Korea, the massive *chaebols* were the agent of economic expansion. the extent to which the state was responsible for these economic 'miracles' of East Asia is the matter of considerable debate, of course, but what is more important [...] is that a great number of Chinese policymakers believed it to be true".(Thun 2004: 457 H.i.O.)

nicht zu (neo)liberalen Konzeptionen kongruent sind, selbst wenn er im Markt ebenfalls einen entscheidenden Mechanismus ausmacht. Obwohl dies so ist, gibt es weite Übereinstimmungen zu wirtschaftsliberalen Theorien. Besonders deutlich wird dies darin, dass Hirschman vom Trickle-Down-Konzept überzeugt ist - selbst wenn er dies nicht so benennt. Nach seiner Ansicht würde sich ungleicher Wohlstand mit der Zeit gesamtgesellschaftlich verteilen. Damit käme die Ungleichheit des Entwicklungsprozesses letztlich der gesamten Gesellschaft zu Gute. (vgl. ebd.: 187–190)

In diesen Überlegungen scheinen Hirschman und Gerschenkron eine theoretische Basis für die entwicklungspolitischen Entscheidungen zu liefern, die die Entwicklungsprozesse der Tigerstaaten gestalten. Typisch hierfür ist die starke Rolle des Staates, der klare Entwicklungsziele verfolgt und dazu auch umfassend Marktprozesse verzerrt, zum Beispiel durch Subventionen und Handelsbeschränkungen. Weiterhin versuchen Staaten, gemäß Gerschenkrons Ideen, ein institutionelles Umfeld zu schaffen, das „einem stetigen Druck technologischer und organisatorischer Innovation und Erneuerung ausgesetzt“ (Cho 2005: 24) ist. Diese Bedingungen würden sowohl Gewinner als auch Verlierer hervorbringen (vgl. ebd.). Gerade in diesem Punkt scheint Hirschmans Logik von notwendiger ungleicher Entwicklung zum Tragen zu kommen, da die entstehenden Ungleichheiten billigend in Kauf genommen und stellenweise sogar begrüßt werden.

Die Regierungen der Tigerstaaten legten klare Entwicklungsziele vor und versuchten, diese durch ein Zusammenspiel von marktorientierter Liberalisierung und staatlicher Planung umzusetzen. Taiwan und Südkorea sind gute Beispiele für diese scheinbar widersprüchlichen Entwicklungen, in der Exportförderung und Importsubstitution parallel bestehen. Das eindeutige Ziel dieser politischen Weichenstellungen bestand darin, bestimmte Industrien zu schützen und diese fit für den globalen Wettbewerb zu machen. Hier wird deutlich inwiefern sich diese Entwicklungspolitik von Forderungen der Strukturalisten wie Prebisch und Singer in Südamerika unterscheiden, die ebenfalls auf eine Industrialisierung durch Importsubstitution setzen. Cristóbal Kay zufolge hätten sich die strukturalistischen Ansätze aber gegen das Freihandelsmodell der komparativen Kostenvorteile gestellt, da man eine Spezialisierung auf die Primärgüterproduktion verhindern wollte. (vgl. Kay 1989: 31–35) Im Gegensatz zu diesem eher allgemeinen Schutz der heimischen Industrie, setzten die Tigerstaaten darauf, nur bestimmte Industriezweige vor globaler Konkurrenz zu schützen.

Einige wesentliche Charakteristika des vorgestellten Konzepts sind auch im Fall der VRC auszumachen. Gerade der Dualismus von Exportförderungspolitik und Importsubstitution ist

offensichtlich. Dies wurde ab 1978 erkennbar, als sich das chinesische Entwicklungsmodell langsam von der sozialistischen Planwirtschaft abzukapseln begann, in dem punktuell Marktstrukturen zugelassen wurden. Folglich war diese Zeit davon geprägt, dass sich erste Privatunternehmen bildeten, die marktbasiert wirtschafteten. Diese Unternehmen waren überwiegend in den Küstenregionen der VRC zu finden. Die chinesische Regierung setzte hier auf Exportförderungspolitik und darauf, ADIs innerhalb dieser Regionen zu vereinfachen, beispielsweise durch die Gründung von Sonderwirtschaftszonen und die Genehmigung von Joint Ventures.

Parallel zu den Exportförderungsmaßnahmen sind, wie in den anderen Tigerstaaten, aber auch Maßnahmen zu Importsubstitution auszumachen. Diese Maßnahmen sollten chinesische Staatsunternehmen vor ausländischer Konkurrenz schützen. Diese Unternehmen waren einerseits für die Produktion von Gütern für den chinesischen Markt und andererseits für die Bereitstellung möglichst vieler Arbeitsplätze essentiell. Mit dem breiten Arbeitsplatzangebot waren auch wesentliche sozialpolitische Aufgaben verknüpft. Folglich war es für die chinesische Staatsführung von hoher Bedeutung, diese Unternehmen zu schützen, selbst wenn sie, auch aufgrund der sozialpolitischen Aufgaben, unrentabel und nicht konkurrenzfähig waren. Gerade an dieser Tatsache ist auch deutlich zu erkennen, dass der chinesische Staat nicht nur auf Wirtschaftswachstum setzte, sondern sich an selbstgesteckten Entwicklungszielen orientierte.

Dieser Dualismus von Importsubstitution und Exportförderung setzte sich auch in den 1990er Jahren fort. So wurde 1992 das Modell der ‚Sozialistischen Marktwirtschaft‘ für die VRC verkündet. In diesem Rahmen wurde auch ADI erleichtert, deren Volumen daraufhin stark zunahm. China wurde in kurzer Zeit zum Hauptziel für ADIs und nutzte diese in allererster Linie zur Stärkung der eigenen Exportwirtschaft. Im Grunde wurde damit die Entwicklungsstrategie der 80er beibehalten, aber auf ein völlig neues Level gehievt, wodurch die Exportwirtschaft rasant und spürbar anwuchs. Die Erfolge der privaten Unternehmen des Exports warfen damit zwangsläufig einen langen Schatten auf die nach wie vor unrentablen Staatsbetriebe, die Anfang der 1990er Jahre noch immer die mit Abstand größte Wirtschaftsleistung in China erbrachten. Hierin lag ein wesentlicher Grund für die Privatisierungen der chinesischen Staatsbetriebe ab Mitte dieser Dekade.

Im Zuge dieser Privatisierungen lässt sich außerdem auf andere wesentliche Aspekte des hier vorgestellten Konzepts verweisen, die in China beobachtbar waren beziehungsweise sind. Die Privatisierungen folgten der wirtschaftsliberalen Logik, nach der sich die Effizientesten

durchsetzen sollten. Diese wirtschaftsliberale Denkweise, die gerade bei Hirschmans Zuspruch zu ungleicher Entwicklung explizit wird, konnte schon in den 1980er Jahren in China beobachtet werden. Deng Xiaoping sprach sich ausdrücklich dafür aus, ungleiche Entwicklung zuzulassen, um Wohlstand zu erwirtschaften und diesen später zu verteilen. Dies folgt eins zu eins Hirschmans Trickle-Down-Logik, die offensichtlich nicht funktionierte. Denn wie ich bereits aufgezeigt habe, besticht die chinesische Gesellschaft gerade durch ihre extremen Ungleichheiten. Die eingepreisten Kosten des wirtschaftlichen Aufstieges wurden von chinesischen Arbeiter\*innen und insbesondere von der bäuerlichen Landbevölkerung erbracht. Diese wurde sich selbst überlassen und konnte aufgrund des Hukou-Systems auch nicht auf Notmaßnahmen wie Landflucht zurückgreifen. Stattdessen wurden sie millionenfach als Wanderarbeiter\*innen proletarisiert, um extrem harte, schlecht abgesicherte und zugleich niedrig entlohnte Arbeiten in den chinesischen Firmen zu verrichten. Im weiteren Verlauf der Arbeit werde ich noch das eine oder andere Mal vom *chinesischen Entwicklungsstaat* sprechen. In diesen Fällen möchte ich die aktive Rolle des chinesischen Staates in Bezug auf entwicklungspolitische Maßnahmen betonen. Diese Einordnung ist dann im Rahmen der hier vorgestellten Konzeption zu verstehen.

### 4.3 Globale Güterketten – Perspektive

Ein wesentlicher Aspekt des Entwicklungsstaats-Konzeptes ist der Aufbau nationaler Champions, was auf die Ideen Alexander Gerschenkrons zurückgeht und auch in China angestrebt wurde. Es wurde versucht, Unternehmen aufzubauen, die globale Konkurrenz nicht scheuen müssen, sondern selbst zu Taktgebern von Entwicklung und Innovation werden. Gerade im Kontext der Globalisierung scheint es jedoch befremdlich, von ‚nationalen‘ Champions zu sprechen. Gerade Unternehmen von Weltrang sind heutzutage global aktiv und in globale Produktionsnetzwerke und Wertschöpfungsketten eingebunden. Zum Beispiel müsste der Sportartikelhersteller Adidas eher als Handelsunternehmen, anstatt eines eigentlichen Produzenten verstanden werden. (vgl. Manzenreiter 2010: 164) Diese Logik gilt zwar insbesondere für moderne Unternehmen, jedoch ist das Phänomen selbst nicht neu, sondern wurde schon in den 1980ern ausführlich wissenschaftlich beschrieben (z.B., Dunning 1981; Grunwald/Flamm 1985) und kann auch für chinesische Unternehmen nach 1978 angenommen werden. Wie bereits dargelegt wurde, war und ist die chinesische Wirtschaft, gerade die privat geführte, durch Komponentenfertigung beziehungsweise Assembly-Produktion in globale Produktionsketten eingebunden. Da die Eingliederung von Teilen der chinesischen Wirtschaft in solche Produktionsketten wirtschaftspolitische Implikationen hat, ist es notwendig diesem Aspekt Aufmerk-

samkeit zu schenken. Es ist naheliegend, dass durch global agierende Unternehmen die Macht von Nationalstaaten beschnitten wird, da der Einfluss eingesetzter Regierungen begrenzt ist. Zur Untersuchung globaler Güterketten haben sich unterschiedliche Forschungsansätze herausgebildet. Bair spricht von Güterketten, globalen Güterketten und globalen Wertschöpfungsketten. Hinter diesen Begriffen stehen unterschiedliche Ansätze, mit spezifischen Analyseblickwinkeln und Fokussierungen. (vgl. Bair 2010) Da an dieser Stelle keine Analyse bestehender Güterketten erfolgen soll, möchte ich nicht weiter auf die konkreten Ansätze eingehen. Wichtiger scheint mir, das generelle Bewusstsein über das Bestehen dieser Verknüpfungen und ihre deren entwicklungsökonomischen/-politischen Konsequenzen. Da Produktion als global verstreuter Prozess gedacht werden müsse, folge daraus, dass Ländern unterschiedliche Produktionsaufgaben zugeteilt werden. Die Frage, welcher Produktionsschritt wo ausgeführt wird, richte sich meist nach den komparativen Vorteilen dieser Länder<sup>17</sup>. (vgl. Fischer/Reiner/Staritz 2010: 7–12) Gerade dies ist auch für China in den Reformjahren zu erkennen. Wie bereits beschrieben wurde, schaffte es China gerade innerhalb Südostasiens, die Handelsströme zu sich umzuleiten, da dort aufgrund geringer Lohnkosten günstige Produktionsbedingungen vorherrschten.

Teilt man nun die Güterproduktion wie im Fall Chinas und Südostasiens zwischen mehreren Ländern auf, folgt daraus automatisch, dass es anspruchsvollere (High-End) und weniger anspruchsvolle (Low-End) Produktionsschritte gibt. Dabei gilt, dass High-End-Produktion im Allgemeinen höhere Innovationleistungen und technische Fertigkeiten erfordert und daher höhere Profite erwirtschaftet als Low-End-Produktion. Letztere bezieht sich insbesondere auf einfache, arbeitsintensive Tätigkeiten. Während Low-End-Produktion überwiegend in den Peripherien anzutreffen ist, erfolgt die High-End-Produktion oftmals durch „Leitunternehmen“ (ebd.: 9) in den Zentren. China etablierte sich schnell in der Low-End-Produktion, bei der es den komparativen Vorteil seiner günstigen Lohn- und somit Produktionskosten ausspielen konnte. Um die Profitmöglichkeiten zu steigern, wurde angestrebt, innerhalb der Produktionsnetzwerke in Richtung der High-End-Produktion aufzusteigen, was als „Upgrading“ (Brandt/Thun 2016: 79) bezeichnet wird. Um solche Aufstiege zu ermöglichen, setzte die privat geführten Unternehmen der VRC beispielsweise auf Joint-Venture-Verträge mit ausländischen Firmen. Die chinesischen Unternehmen sollten in die Lage kommen, moderne Techniken und Know-how zu erwerben. Gerade in diesem Bestreben, wird deutlich, wie sich

---

<sup>17</sup>In Chinas Fall sind das, wie bereits in Kapitel 3 angesprochenen, einerseits die geringen Lohnkosten und somit kostengünstigen Produktionsbedingungen für arbeitsintensive Güter. Zum Anderen zieht Chinas riesiger Binnenmarkt seit Jahrzehnten Investor\*innen an, die diesen Markt erschließen möchten.

Upgrading mit dem Entwicklungs-Staatskonzept in Einklang bringen lässt: In beiden Konzepten besteht der Wunsch, nationale Champions in der High-End-Produktion aufzubauen. In Ländern wie Taiwan oder Südkorea geschah dies äußerst erfolgreich. Während China diesen Vorbildern folgte, gab es aber einen wesentlichen Unterschied. Anstatt auf große Unternehmen mit diversem Produktangebot zu setzen (beispielsweise Samsung), versuchte die chinesische Führung Säulenindustrien aufzubauen, die klar in Produktgruppen eingeteilt und überwiegend der Schwerindustrie zuzurechnen waren. Dieses Unterfangen mag ein Erbe der sozialistischen Entwicklung gewesen sein.

Wie aber bereits angedeutet wurde, gelang chinesische Unternehmen das Upgrading bisher oftmals nicht. Das betraf und betrifft insbesondere die Staatsunternehmen und ist womöglich kein Zufall. So weisen Fischer et. al darauf hin, dass die verschiedenen Ansätze zur Untersuchung globaler Güterketten gemeinsame konzeptionelle Schwächen aufweisen. So würde Upgrading meist sehr mechanisch gedacht und stehe damit in modernisierungstheoretischer Tradition. Upgrading dürfe nicht einfach mit Entwicklung gleichgesetzt werden. (vgl. Fischer/Reiner/Staritz 2010: 16f.) Empirische Forschung deute darauf hin, dass Upgrading oftmals alles andere als problemlos verlaufe, da Unternehmen oft in bestimmten Produktionsweisen ‚gefangen‘ blieben. (vgl. Song 2012; Brandt/Thun 2010). Dies scheint auch im chinesischen Fall eine relevante Rolle gespielt zu haben. Der Aufbau nationaler Champions habe aus verschiedenen Gründen nicht funktioniert. Zum Beispiel habe es auf Firmenebene keine ausreichenden Governance-Strukturen gegeben, um notwendige Modernisierungsmaßnahmen in den Firmen durchsetzen zu können. Weil sich auch die Zusammenarbeit mit den regionalen Behörden als schwierig herausgestellt habe, habe die Zentralregierung bald auch für die staatlichen Betriebe die Unterstützung durch ausländische Konzerne in Form von Joint-Ventures gesucht. Man habe gehofft, sich aus diesen Kooperationen neue Techniken und Know-how im Managementbereich aneignen zu können. Letztlich sei jedoch ein Grundproblem dieser Joint-Venture-Strategien gewesen, dass der komparative Vorteil der chinesischen Staatsbetriebe die günstigen Lohnkosten waren. Deswegen seien die Unternehmen in der untersten Position der Güterketten eingebunden worden. Damit habe es nur begrenzt Spillover-Effekte neuer Techniken oder neuen Knowhows gegeben. Da sich keine nationalen Champions bildeten, hätten die Sonderbehandlungen der chinesischen Staatsbetriebe bis in die Mitte der 1990er Jahre erhalten bleiben müssen. (vgl. Thun, 2004) Somit gab es von dieser Seite aus keine äußeren Strukturzwänge, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen chinesischer Arbeiter\*innen hätten führen können. Ein Großteil der verfügbaren Arbeitsstellen war weiterhin in Low-End,

in der arbeitsintensiven Produktion, die wenig bis keine Qualifizierung voraussetzte. Parallel dazu gab es aber, wie beschrieben, in den höheren Stellen der international agierenden Betriebe strukturelle Veränderungen der Arbeitsplätze. Der Trend ging mit der Zeit hin zu mehr technischem Fachpersonal und Managementposten, die in ihrer Ausgestaltung eher an internationalen Standards orientiert waren. Diese waren überwiegend gut ausgebildet und verfügten in der Regel über eine städtische Hukou. Es gab also einen kleinen Teil der Arbeiter\*innen, der von der Politik der KPCh profitieren konnte, während der Großteil der Arbeiter\*innen (meist Wanderarbeiter\*innen), nicht von dieser Einbindung profitieren. Somit setzte hier auch eine gesellschaftliche Teilung ein.

Weiterhin führe auch erfolgreiches Upgrading nicht zwangsläufig zu positiver Entwicklung. In diesem Kontext weist Flecker darauf hin, dass Upgrading auch zu erhöhten Unsicherheiten bei unveränderter Rentabilität führen könne. (vgl. Flecker 2010) Auch wirke sich Upgrading unterschiedlich auf Arbeiter\*innen in unterschiedlichen Positionen aus. Während gelernte Facharbeiter von einer Aufwertung ihrer Arbeitsschritte profitieren könnten, erschwere es ungelerten Arbeiter\*innen den Eintritt in Produktionsprozesse. (vgl. Butollo 2013) Insofern müssen hier auch soziale Ungleichheiten berücksichtigt werden, die sich durch Upgrading von Produktionsschritten sogar verstärken kann.

Unabhängig davon gibt es Anzeichen dafür, dass chinesische Unternehmen zunehmend erfolgreich in den Produktionsnetzwerken aufsteigen. Paradoxerweise scheint dies gerade durch den zunehmenden Fokus auf den eigenen Binnenmarkt vorangetrieben zu werden. Auf diesem hätten die heimischen Betriebe strategische Vorteile gegenüber ausländischer Konkurrenz und das über Jahrzehnte betriebene Capability-Building chinesischer Unternehmen scheine sich auszuzahlen. (vgl. Brandt/Thun 2016) Dem muss entgegengehalten werden, dass dies lediglich für einen Teil der chinesischen Unternehmen gilt und weiterhin große Teile der chinesischen Industrie auf arbeitsintensive Produktion am Low-End spezialisiert sind.

Wenn ich im weiteren Verlauf dieser Arbeit von Upgrading spreche, nehme ich Bezug auf den hier dargelegten Diskurs, demnach Upgrading von Unternehmen ermöglicht werden soll, um damit den Aufstieg zu profitableren Produktionsschritten zu ermöglichen. An diesen Stellen möchte ich verdeutlichen, wie dieses Narrativ bestimmte Entscheidungen beeinflusst haben dürfte. In diesem Narrativ kommen die kritischen Aspekte, die ich hier ebenfalls vorgestellt habe, in der Regel zu kurz. Wenn ich im weiteren Verlauf von Upgrading spreche, beziehe ich mich somit eher auf diese zu kurz greifende Sichtweise. Damit möchte ich mich nicht mit ihr gemein machen, sondern verständlich machen, wie die politischen Akteure mei-

ner Einschätzung nach argumentieren und Entscheidungen fällen. Im Rahmen meiner eigenen Analyse bei der Ausarbeitung der Krisentendenzen, beziehe ich selbstverständlich auch die kritischen Aspekte mit ein.

#### **4.4 Zwischenfazit**

Es zeigt sich, dass die Entwicklungen Chinas unter der Zuhilfenahme verschiedener theoretischer Konzepte durchaus gut zu erklären sind. Die wesentlichen Aspekte der ersten Jahrzehnte der Reform-Ära bestehen damit aus dem Nebeneinander von Exportförderung und Importsubstitution für unterschiedliche Wirtschaftsbereiche. Dies ist ein Muster, das bereits bei den Tigerstaaten beobachtet wurde. Das Konzept des Entwicklungsstaates geht außerdem davon aus, dass soziale Ungleichheiten ein notwendiges Übel für Entwicklung sind. Auch dies würde erklären, weshalb die VRC wenige Hemmungen dabei zeigte, soziale Ungleichheiten in Kauf zu nehmen und sogar bewusst zu fördern. An das Konzept des Entwicklungsstaates kann darüber hinaus auch fruchtbar mit theoretischen Überlegungen zu globalen Güterketten angeknüpft werden. Relevant scheinen hier insbesondere die Annahmen zur Entwicklung durch Upgrading. Es spricht viel dafür, dass China genau dies erreichen wollte und daher viel auf ADIs und Kooperationen von chinesischen und ausländischen Unternehmen setzte. Gleichzeitig weisen Forscher dieses Feldes auf Limitierungen des Upgradings hin, die offenbar auch in China zum Tragen kommen und somit plausibel machen, weshalb es der Volksrepublik über mehrere Jahrzehnte nicht gelang, Unternehmen an die Weltspitze zu bringen, was sich aber aktuell zu verändern scheint. Letztlich darf bei einer Betrachtung Chinas auch nicht das sozialistische Erbe außer Acht gelassen werden, das Strukturen schuf, die alle weiteren Entwicklungen zwangsläufig beeinflussten und gerade auch im Hinblick auf die großen Entwicklungsunterschiede innerhalb Chinas einen gewichtigen Teil zu deren Erklärung beitragen können. Letztlich kann keines dieser Phänomene isoliert betrachtet werden – zu stark wirken die einzelnen Triebkräfte ineinander oder sind direkt miteinander verwoben. Insgesamt werden die Vorgänge der ersten zweieinhalb bis drei Jahrzehnte der VRC nach 1978 aber doch verständlich.

30 Jahre nach dem Beginn der Öffnungsreformen können wesentliche Änderungen ausgemacht werden. So kam es in und nach 2008 zu substantiellen sozialpolitischen Veränderungen. Die beschlossenen Regelungen decken zwar längst nicht alle Probleme vieler Chines\*innen ab, jedoch ist die Gesetzgebung als solche durchaus ein Novum in der jüngeren chinesischen Geschichte.

Ein anderer Aspekt betrifft die Folgen der Weltfinanzkrise in 2008. Aufgrund der Erfahrungen der Asienkrise hatte China sich ab 1997 gerade auch den USA zugewandt und sich damit einen Markt erschlossen, der zum Zeitpunkt des WTO-Beitritts bereits das Hauptziel chinesischer Exporte war. Dies hatte zwangsweise zur Folge, dass China über seinen Exportkanal 2008 von der Weltfinanzkrise getroffen wurde, als in den Hauptabsatzmärkten die Nachfrage einbrach. Da der chinesische Finanzsektor auch 2008 noch weit weniger auf Finanzspekulationen ausgerichtet war als in anderen gewichtigen Volkswirtschaften, hätte die Krise über diesen Kanal weit weniger Auswirkungen gehabt. So aber sah sich die chinesische Parteiführung dazu genötigt, ein Konjunkturprogramm zu erlassen, welches dem Land auch tatsächlich rasch durch die Krise half; wesentlich schneller als die USA und gerade auch die EU-Mitgliedsstaaten. Dadurch konnte die VRC ihre Rolle als einflussreiche Volkswirtschaft auf der internationalen Bühne stärken. Dennoch hat die Krise auch Spuren in der chinesischen Entwicklungsplanung hinterlassen. In den Folgejahren der Krise gewann innerhalb der Parteiführung der KPCh die Forderung Zuspruch, dass sich China stärker auf den eigenen Binnenmarkt konzentrieren müsse. Dies passt auch gut zu Plänen zur ‚Erschließung‘ des chinesischen Westens, der in Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung deutlich hinter den östlichen Küstenregionen hinterherhinkt und dabei der räumliche Ausdruck der enormen sozialen Ungleichheit in der VRC ist. Mit dem Fokus auf dem eigenen Binnenmarkt und die Stärkung der innerchinesischen Peripherie, scheint für die VRC auch allgemein eine neue Zeit angebrochen zu sein, in der die reine Exportfokussierung offenbar nicht mehr ausreicht. Damit scheint China auch in wesentlichen Zügen vom Konzept des Entwicklungsstaates abzuweichen, welches bisher eine passende Erklärungsfolie bieten konnte.

## **5 Ausarbeitung des chinesischen Akkumulationsregimes**

Bis hierher habe ich in Kapitel 2.1 die Methodologie und Methode dieser Arbeit vorgestellt. Dieser Methode folgend habe ich bereits in Kapitel 2.2 die Regulationstheorie als abstrakten Referenzrahmen vorgestellt. Anschließend habe ich die konkreten empirischen Daten in Form einer Erzählung der chinesischen Wirtschaftsentwicklung nach dargestellt. Danach folgend, habe ich in Kapitel 4 eine erste Reflektion dieser Daten vorgenommen, bei der ich auf, zur Deutung der Ereignisse geeignete, Entwicklungstheorien zurückgegriffen habe. Diese Reflexionsschleife hat mir im Forschungsprozess dazu gedient, ein erstes Verständnis der Vorgänge und Sachlage zu gewinnen. Auf dieser Basis habe ich herausgearbeitet wie der Regulati-

ansatz angepasst werden sollte, um ihn für China nutzbar zu machen. Insgesamt stellen Kapitel 2, 3 und 4 zusammen eine erste Spiralbewegung im Rahmen des Forschungsprozesses dar. Auf dieser Basis ist es mir nun möglich, die Geschehnisse aus Kapitel 3 erneut in den Fokus zu nehmen. Diesmal stütze ich mich auf die Konzepte und Begriffe des Regulationsansatzes. Die vorhergehenden Kapitel fließen insofern in die Analyse mit ein, als sie die Sichtweise des Regulationsansatzes mit geformt haben und ich auch im Rahmen der Ausarbeitung direkt auf die in Kapitel 4 herausgearbeiteten Ergebnisse Bezug nehme. Kapitel 3 stellt auch in diesem Kapitel die Datengrundlage dar, sodass ich mich auch im weiteren Text meistens auf die dort geschilderten Darstellungen beziehe und nur punktuell neue Literatur hinzuziehe. Auf Basis dieser Interpretation der Ereignisse erfolgt in Kapitel 6 eine strukturierte Reflektion und Analyse – sprich retrodution - der politökonomischen Entwicklungen Chinas. Wie sich zeigen wird und wie manche Leser\*innen möglicherweise ohnehin schon erahnt haben, lässt sich dabei nicht *ein* Akkumulationsregime ‚fixieren‘. Dafür waren die Entwicklungen ab 1978 zu dynamisch, sodass es eher verschiedene zeitliche Abschnitte gab, in denen das jeweilige Akkumulationsregime bestimmte Spezifika aufweist. Auch diese Entwicklungen werde ich an den Stellen, an denen es sinnvoll erscheint, herausarbeiten. Zunächst wird im folgenden Unterkapitel die Akkumulation der VRC nach 1978 beschrieben. Daran anschließend stelle ich die Regulationsweise für dieselbe Zeitspanne dar.

### **5.1 Akkumulation in China ab 1978**

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass der Akkumulationsimperativ, den Becker für kapitalistische Gesellschaften annimmt und der damit die Grundlage der Bestimmung eines jeden Akkumulationsregimes sein muss, auch in China festgestellt werden kann. Hierfür spricht der ab 1978 stetige Fokus auf wirtschaftliches Wachstum, auf Basis des Kreislaufs Geld-Ware-mehr Geld (G-W-G‘) Dies wurde gerade in den Bestrebungen der Regionalregierungen deutlich, eigene ‚Champions‘ aufzubauen und mithilfe deren wirtschaftlichen Erfolgs die Staatsfinanzen zu erhöhen. Auch und insbesondere die privatgeführten Unternehmen folgten der unternehmerischen Logik der Kapitalakkumulation. Diese doch sehr abstrakte Feststellung ist dabei lediglich der Ausgangspunkt für die Ausarbeitung des konkreten Akkumulationsprozesses.

#### **Akkumulation fiktiven / produktiven Kapitals**

Zunächst widme ich mich der Achse von fiktiver und produktiver Akkumulation. Insgesamt lässt sich für die VRC ein deutlicher Überhang der produktiven Akkumulation feststellen. Dies mag in seinen Ursprüngen dem Erbe der sozialistischen Entwicklungsbestrebungen ge-

schuldet sein. So bestanden 1978 bereits große Produktionskapazitäten, insbesondere in der Schwerindustrie. Doch auch in den folgenden Jahrzehnten spielte die Akkumulation von fikтивem Kapital in der VRC eine insgesamt eher nebensächliche Rolle. China setzte ab 1978 auf den Aufbau von industriellen Produktionsstätten: im Inland erfolgte dies bis in die Mitte der 1990er Jahre mithilfe von Importsubstitution bei den Staatsbetrieben (überwiegend Schwerindustrie). An den östlichen Küstenregionen wurde hingegen Exportförderungs politik betrieben, welche die privat geführten Betriebe (überwiegend Leichtindustrie) unterstützte. Ich habe verdeutlicht, dass dieses Nebeneinander, entgegengesetzter Wirtschaftspolitiken typisch für staatlich geführte Entwicklung ist. Da hierbei Capacity-Building und Upgrading-Strategien im Vordergrund stehen ist es nicht verwunderlich, dass die produktive Akkumulation entscheidend überwogen hat. Dies ist verständlich, da die chinesische Führung lange Zeit ein hohes Interesse daran hatte, möglichst vielen Chines\*innen Arbeitsplätze anzubieten, wofür eine fiktive Akkumulation nicht in Frage kommen konnte. Wie dargestellt, war dies auch eine klare Strategie der Staatsbetriebe, bei denen im Vordergrund stand, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen und zu halten. Erst 1995 kam es hier zu Veränderungen, als sich herausstellte, dass die Privatwirtschaft insgesamt nicht in der Lage war, die freigesetzten Arbeitskräfte der gerade privatisierten Staatsbetriebe zu absorbieren. Auch in den frühen 2000er Jahren sollte sich an dieser Haltung nichts grundlegend ändern. Wie beschrieben, gab es in China selbst 2008 noch keinen so relevanten Finanzmarkt, dass dieser alleine die Weltfinanzkrise in die Volksrepublik hätte einschleppen können. Stattdessen wurde die Krise in China über den Exportkanal vermittelt – also über einen produktiven Akkumulationskanal. Erst im Rahmen der Krisenbehebung kam es erstmals zu einem spürbaren Aufschwung fiktiver Akkumulation, die sich in der VRC durch eine Immobilienblase<sup>18</sup> zeigte. In den letzten Jahren war, ebenfalls ein Anstieg der fiktiven Akkumulation festzustellen. Dennoch stellt produktive Akkumulation weiterhin im Vordergrund, da das Ziel, möglichst vielen Chines\*innen Arbeitsplätze anbieten zu können auch weiterhin gilt.

### **Extensive/ intensive Akkumulation**

Die Frage der Beschäftigung führt mich zur nächsten Akkumulationsachse; der von extensiver und intensiver Akkumulation. Während der rund 30 Jahre, die im Fokus meiner Betrachtungen stehen, muss das chinesische Akkumulationsregime als extensiv bezeichnet werden. So achtete die KPCh bis 1995 darauf, die Produktionskapazitäten chinesischer Betriebe

---

<sup>18</sup>Die Immobilienblase war eine Folge des staatlichen Rettungspakets, das in besonderem Umfang Infrastrukturprojekte förderte. Dabei kam es auch zu umfangreichen Fehlinvestitionen. So entstanden beispielsweise in der Inneren Mongolei komplett errichtete, aber ungenutzte Städte, da die Immobilienpreise sehr hoch sind. (vgl. Schmalz 2013: 344)

auszuweiten, um mehr Arbeiter\*innen in die Produktion aufzunehmen. Mit der großflächigen Privatisierung chinesischer Staatsbetriebe sollte sich dies ändern. Letztlich vergrößerte dieser Schritt die Menge der Chines\*innen, die außerhalb der kapitalistischen Produktionsweise standen. Und obwohl über rund 2 Jahrzehnte laufend auf die Vergrößerung der Menge der Arbeiter\*innen geachtet wurde, waren Ende der 1990er Jahre noch immer weite Teile der Bevölkerung in der Agrarproduktion tätig. Selbst im Jahr 2007 waren noch rund 40% der Bevölkerung Agrararbeiter\*innen und lebten damit praktisch in einer vorkapitalistischen, nämlich subsistenzwirtschaftlichen Produktionsweise. Der hohe Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft geht noch auf die Folgen der sozialistischen Entwicklungspolitik zurück, die darauf gesetzt hatte, nur einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung zu proletarisieren. Gerade die Beibehaltung des Hukou-Systems lässt erkennen, dass es auch nach 1978 politische Kräfte gab, die Veränderungen der Strukturen ausbremsten. Eine Konsequenz dessen, dass sich Lohnverhältnisse bisher nicht flächendeckend in China durchgesetzt haben und sich damit eine Warenförmigkeit nicht allgemein gesellschaftlich etabliert hat, ist der insgesamt eher geringe Konsum der chinesischen Bevölkerung. Aufgrund von Subsistenzwirtschaft oder geringen Löhnen, also auch geringer Intensivierung der Akkumulation, sind die Konsummöglichkeiten beschränkt. Besonders deutlich wird dies, wenn man die unterschiedlichen Konsummuster der Stadt- und Landbevölkerung vergleicht; Massenkonsum ist in weiten Teilen Chinas nachwievor nur begrenzt möglich. Allerdings gilt dies nicht für alle (Arbeits-)Bereiche Chinas. Intensive Akkumulation ist gerade innerhalb der chinesischen Mittelschicht, deren Konsummuster zunehmend dem westlicher Industriegesellschaften ähnelt, vorherrschend. Die unterschiedlichen Lebensrealitäten innerhalb der chinesischen Bevölkerung verdeutlichen sich daran, dass die Einkommensungleichheit gerade ab den 1990ern massiv anstieg. Es gibt also durchaus eine chinesische Mittelschicht, die gut verdient und zu Massenkonsum in der Lage ist, was darauf hinweist, dass es auch in der VRC spürbare Anzeichen intensiver Akkumulation gibt. Die chinesische Mittelschicht, die durch intensive Akkumulation ihren Lebensstandard verbessern konnte, beträgt allerdings nicht einmal ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Weiterhin wurden Intensivierungstendenzen bei Lohnarbeiter\*innen in Zeit nach der Weltfinanzkrise 2008 festgestellt. In deren Folgejahren konnten Arbeiter\*innen bessere Verhandlungspositionen einnehmen und dadurch die Löhne nach oben treiben. Dies hatte allerdings wieder extensive Gegentendenzen zur Folge, da die chinesische Staatsführung die Erschließung des Westens vorantrieb und Unternehmen begannen, ihre arbeitsintensive Produktion von Ost nach West zu verlagern (vgl. Schmalz 2013: 336). Insgesamt muss die Akkumulation

als extensiv beschrieben werden. Damit neigt die Akkumulationsweise der VRC eher zu Überakkumulation, was im Laufe der 1980er Jahre sehr deutlich wurde und den über viele Jahre etablierten Exportfokus mit erklärt, der trotz Bemühungen der KPCh bis heute nicht grundsätzlich abgelegt werden konnte. Dies bedeutet, dass große Teile der in der VRC produzierten Waren nicht am Binnenmarkt abgesetzt werden können, und es nötig ist, diese im Ausland abzusetzen.

### **Extravertierte/ intravertierte Akkumulation**

Weiterhin stellt sich die Frage, ob die VRC eher ein extra- oder intravertiertes Akkumulationsmuster aufweist. Hier ist im chinesischen Akkumulationsmuster eine Veränderung auszumachen, die beschrieben werden muss. Vielfach wird in gegenwärtigen Beschreibungen Bezug zu Chinas Außenhandelsfokus genommen. Beispielsweise widmet Arrighi Chinas wachsender Präsenz und deren Rezeption ein ganzes Kapitel in seinem Werk *Adam Smith in Beijing*, in dem er den chinesischen Aufschwung aus Perspektive der Weltsystemtheorie beschreibt (vgl. Arrighi 2008: 10). Dabei gerät leicht außer Acht, dass das chinesische Wirtschaftswachstum nach 1978 in erster Linie auf die Binnenwirtschaft gestützt war. China ‚startete‘ seine wirtschaftliche Entwicklung nicht aus dem Nichts, sondern konnte auf die bereits unter Mao aufgebauten Produktionskapazitäten setzen. Da der chinesische Staatssozialismus kaum Außenhandel betrieben hatte, waren die bestehenden Produktionskapazitäten auf den Binnenmarkt fokussiert. Die privat geführten Unternehmen, die sich in den 1980er Jahren dynamisch entfalteten und rasch in den globalen Handel integriert waren, repräsentierten zu Beginn der 1990er Jahre nur etwa 10% der Wirtschaftsleistung Chinas. Folglich erhielt der Außenhandel erst im Verlauf der chinesischen Entwicklung die Bedeutung, die ihm heute zugeschrieben wird. Die Extraversion war auch die Folge der Verbindungen chinesischer und ausländischer Unternehmen durch Joint-Ventures, von denen man sich Upgrading-Potenziale erhoffte. Da das gewünschte ‚Upgrading‘ chinesischer Staatsbetriebe meist ausblieb, orientierte sich die Staatsführung mehr an den privaten Unternehmen, die mit ihrem Außenhandelsfokus erfolgreiches Wirtschaftswachstum erreicht hatten und durch die Einbindung in die Komponentenfertigung sowohl große Import- als auch Exportraten aufwiesen. China wurde bekanntlich im weiteren Verlauf die größte Export-Nation der Welt, sodass sich ein extravertiertes Akkumulationsregime für China nach den 1990ern nicht abstreiten lässt.

Diese hohe Extraversion führte zugleich zur Abhängigkeit vom erfolgreichen Außenhandel, zumal der chinesische Binnenkonsum aufgrund der überwiegend extensiven Akkumulation strukturell begrenzt ist. Beispielsweise war der US-Markt für die VRC so zentral, dass der

Konsum der Vereinigten Staaten durch riesige chinesische Kredite aufrechterhalten wurde, womit der Wohlstand der USA vom „Import billiger chinesischer Waren und vom Erwerb US-amerikanischer Staatsanleihen durch China“ (ebd.: 21) abhängig wurde. Die Extraversion Chinas ab den 1990ern wurde ebenfalls an den Auswirkungen der Asienkrise 1997 und der Weltfinanzkrise 2008 für die chinesische Volkswirtschaft deutlich. Gerade die letztere scheint einen Anstoß für eine erneute Änderung des Akkumulationsregimes gegeben zu haben, da die chinesische Führung in den Folgejahren angab, mehr auf intravertierte Akkumulation setzen zu wollen. Inwiefern sich das Akkumulationsmuster tatsächlich wandelt oder überhaupt wandeln kann ist – wie in Kapitel 3 dargestellt - umstritten. Insgesamt bleibt jedoch an dieser Stelle festzuhalten, dass China während der 2000er Jahre als extravertiert beschrieben werden kann.

### **Staatskapitalistische/ privatkapitalistische Akkumulation**

Bezüglich der vierten hier ausgearbeiteten Achse des chinesischen Akkumulationsregimes, welche zwischen privater und staatlicher Akkumulation aufgespannt ist, möchte ich erneut auf die langjährige Zweiteilung der chinesischen Wirtschaft verweisen. Diese Zweiteilung wurde mit der Zerschlagung der ‚eisernen Reisschüssel‘ weitgehend aufgehoben, da viele Staatsbetriebe in privat geführte Unternehmen umgewandelt wurden oder insolvent gingen. Damit entfielen automatisch direkte Eingriffe von staatlicher Seite in die Unternehmensführung und auch umfassende Subventionsmaßnahmen, von denen die Staatsbetriebe zuvor profitiert hatten. Paradoxaerweise kann dieser Rückzug des Staates aus den Unternehmen als Folge der staatlich gelenkten Entwicklung verstanden werden. Die chinesische Führung setzte auf Entwicklungssprünge und Upgrading-Potenziale der Unternehmen durch Konsolidierungen. Insofern hat sich das Akkumulationsregime Chinas in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stark in eine der privatwirtschaftlichen Akkumulation gewandelt. Hierbei wurden Arbeiter\*innen millionenfach freigesetzt und auf Rechtsgrundlage des Hukou-Systems auf das Land vertrieben. Dort überließ man deren Versorgung den Lokalregierungen, was die Ungleichheiten zwischen den chinesischen Regionen, sowie Land- und Stadtgebieten vergrößerte. Obwohl sich die private Akkumulationsweise langfristig durchgesetzt zu haben scheint, bleibt diese Verschiebung selbst relevant, da hierin einer der Gründe für die großen Entwicklungsunterschiede innerhalb der VRC liegen dürfte. Das Bestehen dieser Unterschiede und Ungleichheiten wirkt selbstverständlich wiederum auf die weitere Akkumulation, wie auch auf die weitere Regulation des chinesischen Kapitalismus.

## 5.2 Ausarbeitung der chinesischen Regulationsweise

In diesem Unterkapitel arbeite ich die Regulationsweise nach Becker für die VRC ab 1978 aus. Für die Beantwortung meiner Hauptforschungsfrage ist es zentral, die Krisentendenzen, beziehungsweise deren Gegenteilendenzen mit einem Bezug zu den chinesischen Arbeiter\*innen herauszuarbeiten. Eine Fokussierung auf das Lohnverhältnis ist offensichtlich. Weiterhin möchte ich das Konkurrenzverhältnis und die ökologische Restriktion in meine Analyse mit einbeziehen. Ersteres ist relevant, um die Dynamik innerhalb der chinesischen Entwicklungsweise zu verstehen. Weiterhin hat das Konkurrenzverhältnis einen Bezug zur individuellen Ebene einzelner Arbeiter\*innen. Hierdurch können relevante Aspekte in die Analyse mit einbezogen werden. Die ökologische Restriktion halte ich ebenfalls für relevant, da, wie ich zeigen werde, die Frage nach den ökologischen Bedingungen in den urbanen Metropolen zunehmend wichtig wird. Insofern kann auf dieser Ebene auch ein Bezug zu den Teilen der Arbeiter\*innenschaft hergestellt werden, die durch die anderen Perspektiven eher in den Hintergrund geraten. Die Frage nach der monetären Restriktion klammere ich dagegen aus, da ich sie aus Gründen des begrenzten Umfangs meiner Forschungsarbeit nicht beachten konnte und ich sie hinsichtlich der Gesamtfragestellung meiner Arbeit für weniger relevant halte. Aus diesem Grund beziehe ich mich auf die Ausarbeitung von Schmalz, der bezüglich der monetären Restriktion für die VRC ab 1978 zu dem Schluss kommt, dass „die chinesische Geldpolitik stets darauf ausgerichtet [war], günstige Bedingungen für einen Prozess nachholender industrieller Entwicklungen zu gewährleisten.“ (Schmalz 2013: 338)

### Waren- und Staatsförmigkeit

Für den Regulationsansatz von Becker, stellen die Staatsförmigkeit und Warenförmigkeit die Grundformen aller anderen Elemente der Regulationsweise dar (siehe Kapitel 2.2.2). Da diese Aspekte in die strukturellen Elemente eingewoben sind, stelle ich ihre Analyse an den Anfang meiner Ausarbeitung.

Warenförmigkeit kann in der VRC für weite Teile angenommen werden. So begaben sich nach 1978 laufend mehr Chines\*innen in ‚freie‘ Anstellungsverhältnisse und drängten die Subsistenzwirtschaft nach und nach zurück. Dennoch bleibt für viele chinesische Staatsbürger\*innen die Subsistenzwirtschaft maßgeblich – beispielsweise für Nomadenstämme im Westen des Landes (vgl. Klotzbücher u. a. 2012). Selbst in diesen Fällen kann davon ausgegangen werden, dass die chinesische Währung als allgemeines Äquivalent anerkannt wird. Während die Warenförmigkeit nicht in allen Aspekten für die VRC angenommen werden kann, gilt sie als Ordnungslogik für einen Großteil der chinesischen Gesellschaft. Die Frage

nach der Warenförmigkeit bezieht sich auch auf die Frage der Staatsförmigkeit, da warenförmige Produktion und Arbeit auch davon abhängt, ob der Staat diese garantiert.

Im Kontext Beckers Regulationsansatzes geht es darum, inwiefern für die VRC ein gramscianisches Hegemonieverständnis angenommen werden kann. Wie in Kapitel 2.2.2 dargestellt, sind (semi-)periphere Staaten eher auf ausländisches Kapital angewiesen und dadurch anfälliger für Einflussnahmen durch andere Staaten. In der VRC nahmen nach 1978 die ADIs deutlich zu; insbesondere nach 1990 (vgl. Cho 2005: 152–158). Dennoch verweist Cho darauf, dass eine Besonderheit des Entwicklungsweges der VRC gewesen sei, gerade nicht in eine Schuldenfalle getappt zu sein und damit die eigene Autonomie wahren zu können. Dies sei möglich gewesen, da während der ersten Jahrzehnte die Binnen- und nicht die Außenwirtschaft zentral gewesen sei. So habe sich die VRC selbstständig mit einer industriellen Basis versorgen können. (vgl. ebd.: 161) Trotzdem stellt sich die Frage, ob China auch auf den Import von Investitionsgütern angewiesen ist oder zumindest lange Zeit war und dadurch der eigene Handlungsspielraum beschnitten wurde. Hiermit gelange ich zu der Frage, ob die VRC als semiperipher beschrieben werden kann. Wie eben beschrieben, zeichnet sich die chinesische Wirtschaft durch eine weitgehende Selbstständigkeit aus. Wie ich dargestellt habe, war China in den ersten Jahrzehnten nicht im klassischen Sinne von den Zentren abhängig, sondern stützte sein Wachstum selbst. Ab den späten 1990ern wurden allerdings Zentren wie die USA und Europa insbesondere als Absatzmärkte relevant. Becker verweist auf zwei Unterschiede in den Voraussetzungen (semi-)peripherer Staaten. So finde man in diesen Regionen oftmals ein Nebeneinander von kapitalistischen- und vorkapitalistischen Produktionsweisen vor, welche zu einer heterogenen Gesellschaftsstruktur führten. Dies erschwere Versuche hegemonialer Vereinnahmung. Selbiges gelte für große urbane Armutsbevölkerungen, die letztlich für die kapitalistische Akkumulation unnötig seien und die strukturelle Heterogenität der Gesellschaft zusätzlich erhöhten. (vgl. Becker 2008: 11) Tatsächlich lassen sich diese beiden Gegebenheiten für die VRC feststellen. Es lassen sich starke Anzeichen für das Bestehen einer heterogenen Gesellschaft in China finden. Bis heute besteht – konserviert durch das Hukou-System – Subsistenzwirtschaft auf dem chinesischen Land, und parallel dazu entstanden riesige Industriezentren mit riesigen (Wander-)Arbeiter\*innschaften. Diese Arbeiter\*innen sind oftmals nur unvollständig proletarisiert und somit zwischen kapitalistischer und vorkapitalistischer Produktionsweise gefangen. (vgl. Ngai 2016: 18–40). Ebenso lässt sich eine verarmte und prekär lebende Schicht in Chinas urbanen Metropolen ausmachen, die sich von Tag zu Tag über Wasser hält und letztlich ‚überschüssig‘ zu sein scheint – dies oftmals sogar trotz

hoher Bildungsabschlüsse<sup>19</sup>. (vgl. Cho 2005: 130–133; Do 2013) Somit lassen sich die von Becker angeführten Probleme (semi-)peripherer Staaten auch für China nachweisen - unabhängig davon, ob China nun als semiperipher bezeichnet wird oder nicht. Folglich sollte seine Schlussfolgerung gelten, dass dies grundlegende Schwierigkeiten für jedwede Hegemonie darstellt. Hier findet ein erster Anhaltspunkt dafür, dass sich das gramscianische Hegemonieverständnis nicht ohne Weiteres auf die VRC übertragen lässt.

Als sich China 2001 der WTO anschloss, gab es dabei auch politische Autorität an die WTO ab. Diese Zugeständnisse waren konnten dem Land abgerungen werden, da die USA in Folge der Asienkrise zum wichtigsten Absatzmarkt für chinesische Waren wurde und diese Abhängigkeit in den Verhandlungsgesprächen für sich nutzen konnte.

Des Weiteren wird der VRC vorgeworfen, autoritär und repressiv zu agieren. So wird dieses Staatsverständnis grundsätzlich mit dem Entwicklungsstaatskonzept in Verbindung gebracht und wäre folglich ein Kennzeichen Chinas, wie auch der Tigerstaaten. Dies liege am Willen, ‚Entwicklung‘ unbedingt voranzutreiben und dafür soziale Kosten in Kauf zu nehmen (vgl. ebd.: 24). Denkt man beispielsweise an die gewaltsame Niederschlagung der Studierendenproteste am Platz des Himmlischen Friedens 1989, so kann man diese Ansichten nur schwer abstreiten. Auch im Hinblick auf die hochaktuellen Diskussionen um das chinesische Social Credit-System, scheint dies keine ‚alte‘ Thematik der 1980er und 1990er zu sein.

Becker weist daraufhin, dass Regierungen der Kapitaleseite oftmals näherstünden, da diese für das Steueraufkommen maßgeblich seien, von dem wiederum die staatliche Handlungsfähigkeit abhängen würde (vgl. Becker 2008: 10). Dies konnte in den Dezentralisierungsbestrebungen der VRC beobachtet werden, die in Kapitel 3 beschrieben wurden. Dabei wurden Unternehmen gefördert und protegiert; oftmals über ein gesundes Maß hinaus, sodass dieses Verhalten zu Krisen führte. Auch die Quasi-Privatisierungen der Staatsbetriebe ab Mitte der 1990er Jahre wurden trotz den zu erwartenden sozialen Verwerfungen getätigt, da man hoffte, die Unternehmen zu fördern.

Um Klasseninteressen auszubilden und zu artikulieren, brauche es Gramsci zufolge außerdem eine starke Zivilgesellschaft, die sich organisiert und ihre Interessen vertritt. Dazu seien organische Intellektuelle besonders wichtig (zum Beispiel: Journalismus, Bildungsinstitutionen,

---

<sup>19</sup>Do verweist darauf, dass es in Chinas Städten Millionen junger Chines\*innen gibt, die zwar gute Bildungsabschlüsse haben, jedoch nicht in gute Arbeitsstellen vermittelbar sind, da in China insbesondere die Abgänger\*innen der Eliteuniversitäten gesucht werden. Diejenigen mit Abschlüssen anderer Universitäten gelten dahingegen als kaum vermittelbar – unabhängig ihrer tatsächlichen Qualifikationen. Diese Schicht gut ausgebildeter Arbeiter\*innen zieht es dennoch in die Städte, da die Hoffnung auf Anstellung höher wiegt, als die Überwindung in die heimische Landwirtschaft zurückzukehren – für die viele, aufgrund ihrer langjährigen (Hoch-)Schulbildung ohnehin nicht geeignet sind. (vgl. Do 2013)

Verbände). (vgl. Becker 2009: 102) Gerade in diesem Bereich scheinen die Möglichkeiten der chinesischen Zivilgesellschaft ziemlich begrenzt. So wurden nach 1989 die Medien weitestgehend unter strenge staatliche Aufsicht gestellt und das Internet wurde und wird weitgehend zensiert, um Opposition gegen die KPCh zu unterbinden (vgl. Cho 2005: 218–221). Auch wurden in Folge der 1989er Proteste kritische Intellektuelle verfolgt, weshalb sich diese sowie der studentische Nachwuchs mit der Parteilinie arrangiert hätten und von dieser Seite kaum Kritik zu erwarten sei. Das Regime der KPCh werde als selbstverständlich betrachtet und somit bestünde in den intellektuellen Kreisen eine Mischung aus „Fatalismus“ (ebd.: 274) und eigennütziger „politischer Konformismus“ (ebd.). Insgesamt scheinen die Einflussmöglichkeiten organischer Intellektueller begrenzt zu sein beziehungsweise scheinen sie sich in vielerlei Hinsicht auf die Seite der KPCh geschlagen zu haben. 2001 wurde der Zugang zur KPCh außerdem auch für Privatunternehmer\*innen geöffnet (vgl. ebd.: 217). Seither besteht für Kapitalinteressen ein unmittelbarer Zugang zur politischen Führung. Dies dürfte es der Zivilgesellschaft zusätzlich erschweren, auf die politische Gesellschaft einzuwirken.

Nichtsdestotrotz lässt sich sehen, dass es in China zu politischen Veränderungen aufgrund zivilgesellschaftlichen Drucks kam und kommt. So wurden die Änderungen der Sozialgesetze in und nach 2008 durchaus als positives Zeichen gesehen. Diese Veränderungen folgten auf den mehrjährigen starken Anstieg des zivilgesellschaftlichen Protests durch Arbeiter\*innen und NGOs in China (vgl. Chung 2013). Ebenso regen sich zunehmende Skepsis und Forderungen gegen die enorme Umweltverschmutzung, die der chinesische Wachstumspfad mit sich brachte und die zusehends ein Gesundheitsrisiko für die chinesische Bevölkerung darstellt. Diese Forderungen blieben dabei nicht ungehört, sondern würden ein Umdenken innerhalb der KPCh<sup>20</sup> in Sachen Umweltschutz fördern (vgl. Kahn/Zheng 2016: 162). Die Zivilgesellschaft scheint somit grundsätzlich in der Lage zu sein, ihrer Regierung Zugeständnisse abzurufen. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die KPCh als Einheitspartei keine Opposition dulden kann und dadurch gezwungen ist, möglichst alle Chines\*innen zu vertreten, um Forderungen nach anderer politischer Vertretung möglichst gering zu halten.

---

<sup>20</sup>Ich möchte an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass die KPCh zwar eine Einheitspartei ist, aber deshalb natürlich nicht monolithisch gedacht werden kann. So gebe es auch innerhalb der Partei ein Meinungsspektrum. Dies wird am Beispiel des Umweltschutzes deutlich. Die Meinungen scheinen sich im Wesentlichen in zwei Lager zu teilen. Einerseits gebe es die Befürworter von Umweltschutzmaßnahmen. Diesen stünden die Parteimitglieder gegenüber, die weiterhin keine Rücksicht auf Umweltschutz nehmen möchten, da sie davon gebremstes Wirtschaftswachstum erwarten würden. (vgl. Kahn und Zheng 2016, 168-72) Da die Partei jedoch nicht gleichermaßen wie demokratisch legitimierte Parteien auf die Filterfunktion der Zivilgesellschaft zurückgreifen kann, kann von dem parteiinternen Meinungsspektrum nicht auf eine Kopplung zum zivilgesellschaftlichen Meinungsspektrum geschlossen werden.

Genauso argumentiert Lu bei ihrer umfassenden Untersuchung von Arbeitskämpfen in chinesischen Automobilfabriken:

„Der Parteistaat musste auf die weitverbreitete [sic], wenn auch lokal begrenzten Arbeiterproteste antworten, ist doch der Erhalt von Stabilität und Legitimität für ihn von entscheidender Bedeutung.“ (Lu 2018: 362)

Einige NGOs arbeiten seit Jahren daran politischen Druck aufzubauen und auch generell sind politische Proteste in China keine Seltenheit. Auch wurde von Blecher darauf hingewiesen, dass das Vorhandensein autoritärer Strukturen in der VRC alleine, noch kein ausreichender Grund dafür sei, nicht auch hegemoniale Strukturen zu vermuten. Dabei verweist auch er auf erfolgreiche zivilgesellschaftliche Proteste in der VRC. Dennoch hält Blecher es für ausgeschlossen, dass die chinesische Zivilgesellschaft ein gegenhegemoniales Projekt auf die Beine stellen könnte, sofern das etablierte politische System so beibehalten werde. (vgl. Blecher 2002: 300ff.) Wie ich bereits angedeutet habe, scheint solch eine Veränderung derzeit äußerst unwahrscheinlich.

Insgesamt muss bei der Betrachtung der VRC ab 1978 zu dem Schluss gekommen werden, dass bestenfalls von einer bedingten Hegemonie gesprochen werden kann. So kann die politische Gesellschaft zwar stellenweise durch die Zivilgesellschaft unter Druck gesetzt werden. Diese Möglichkeit ist jedoch begrenzt. Zivilgesellschaftliche Organisation fällt schwer und die Informationsmöglichkeiten für die Bürger sind begrenzt. Es ist also festzustellen, dass in der VRC von einer gemischten Staatsform gesprochen werden muss. Die politischen Leitlinien werden jedoch im Wesentlichen durch die Partei festgelegt. Die KPCh ist kaum als Querschnitt der Bevölkerung zu sehen, sondern rekrutiert sich oftmals aus der gesellschaftlichen Elite und hat den Rückhalt der chinesischen Intellektuellen. Somit ist nicht verwunderlich, dass Projekte wie die quasi-Liberalisierung der Staatsbetriebe rücksichtslos vorangetrieben wurden. Das gramscianische Hegemonieverständnis kann so nur teilweise für die VRC herangezogen werden, da die Filtermechanismen, die von der Zivilgesellschaft und dem Partei- und Staatsapparat in vielen Aspekten ausgeschaltet sind beziehungsweise umgangen werden. Dies erklärt auch, wie es in der VRC zu heterogenen wirtschaftlichen Strategien kommen konnte.

#### **Das Lohnverhältnis**

Wie beschrieben, erhöhte die extensive Akkumulationsweise Chinas die Zahl der Lohnarbeiter\*innen ab 1978 stetig, womit das Lohnverhältnis zunehmend für mehr Chines\*innen relevant wurde. In den ersten Jahren verteilten sich die Arbeiter\*innen auf Staats- und privat geführte Betriebe. Dort waren die Mitarbeiter\*innen jeweils unterschiedlichen Arbeits-

bedingungen ausgesetzt. In den Staatsbetrieben hatten Arbeiter\*innen in der Regel geringere Löhne, dafür galten die Arbeitsplätze als weitestgehend sicher. Außerdem kamen diese Arbeiter\*innen in den Genuss von Zusatzleistungen zur sozialen Absicherung. In den privaten geleiteten Betrieben, wurde den Inhabern\*innen stattdessen weitgehende Autonomie in der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, sowie der Lohnhöhe gewährt. Wenig überraschend setzten sich in den privat geleiteten Unternehmen Marktmechanismen durch. Die staatliche Regulierung dieser Unternehmen folgte dem ‚get rich first‘-Motto, sodass harte Arbeitsbedingungen bei geringen Löhnen und keiner sozialen Absicherung in Kauf genommen wurden.

Dies wurde von dem Umstand begünstigt, dass die chinesische Landbevölkerung in den 1980er und 1990er Jahren durchgehend mit sinkenden Weltmarktpreisen für Getreide (China hatte Marktpreise für Konsumwaren etabliert) und konstant hohen steuerlichen Abgaben zu kämpfen hatte. Das erschwerte die Möglichkeiten der Subsistenzwirtschaft. Weil die ländliche Hukou eine permanente Landflucht ebenfalls ausschloss, begaben sich Millionen ländlicher Chines\*innen in die Wanderarbeiter\*innenschaft, weshalb der Strom an günstigen Arbeitskräften für die privaten Betriebe nicht abriß. Durch die millionenfache Freisetzung von Arbeiter\*innen in den 1990er Jahren, stieg die Zahl der Jobsuchenden am Arbeitsmarkt zusätzlich an. Der Marktmechanismus, der nach dem Wegfall zahlreicher Staatsbetriebe für einen noch größeren Anteil der Betriebe galt, erhöhte den Druck auf die einzelnen Arbeiter\*innen zusätzlich. Folglich stagnierten die Löhne bis 2003 für über ein Jahrzehnt. Dabei war es gängige Praxis, dass die Löhne von den lokalen Regierungen festgesetzt wurden, was ursprünglich dazu gedacht war, die Gehälter an die örtlichen Lebenshaltungskosten anzupassen. Tatsächlich beförderte dies jedoch Lohnungleichheiten. Zum Beispiel nahm in der Stadt Shenzhen zwischen 1993 und 2000 das Realeinkommen von Wanderarbeiter\*innen sogar ab. Parallel dazu verdoppelte sich im gleichen Zeitraum das Realeinkommen der dortigen urbanen Bevölkerung. Obwohl die Lokalregierung die Löhne der Wanderarbeiter\*innen hätte anpassen müssen, sei dies nicht geschehen, da die Lohnkosten gering gehalten werden sollten, um ausländische Firmen für die Region zu gewinnen. (vgl. Unger 2013: 23–29) Dass derartige Maßnahmen in dieser Form durchgeführt werden konnten, zeigt, warum ein gramscianisches Hegemonieverständnis in der VRC nicht wirklich greifen kann. Im Zweifelsfall kann Industriepolitik ‚von oben‘ exekutiert werden.

Auf individueller Ebene ist zu bedenken, dass die Wanderarbeiter\*innen oft die Hoffnung hatten, in den Industriezentren der Ostküste ihr Glück zu finden und den sozialen Aufstieg zu schaffen. Ngai hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sich diese Wünsche

oftmals nicht erfüllen konnten (vgl. Ngai 2016: 67f.). In diesen Kontext muss auch die gestiegene Zahl von Protesten und Klagen gegen Unternehmen eingeordnet werden (vgl. Shi 2012: 172f.; Keming 2013: 200ff.). Die Widerstände dürften dazu beigetragen haben, dass ab 2004 die Mindestlöhne - in der Praxis die Reallöhne der Wanderarbeiter\*innen - zu steigen begannen und gegen Ende der 2000er sogar stärker anwuchsen als die Löhne der urbanen Bevölkerung (vgl. Unger 2013: 29f.). Auch traten die Änderungen des Sozialsystems in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre in Kraft. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass weiterhin harte Arbeitsbedingungen herrsch(t)en. Beispielsweise sei an die Selbstmorde in chinesischen Foxconn-Werken im Jahr 2010 erinnert. Damals stürzten sich mehrere Arbeiter\*innen aus den Fenstern ihrer Schafsäle in den Tod, um ihrer eigenen Hilflosigkeit gegenüber den harten Arbeitsbedingungen Ausdruck zu verleihen (vgl. Ngai 2016: 105–133). Dies zeigt, dass sich die (Wander-)Arbeiter\*innen über die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse bewusst sind, aber keine Möglichkeit sehen, diesen Bedingungen zu entkommen und dennoch ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Chinesische Wanderarbeiter\*innen, welche insgesamt den Großteil aller chinesischen Arbeiter\*innen darstellen, sind - wie mehrfach festgestellt wurde - weiterhin mit Schlafsaalregimen sowie physischer und psychischer Gewalt am Arbeitsplatz konfrontiert. (vgl. ebd.: 88–102; Unger 2013: 24–27; Shi 2012: 160–172)

Darüber hinaus lassen sich in den Betrieben Managementmethoden feststellen, die auf die Spaltung der Belegschaften setzen. Lu beschreibt, wie sich in der Automobilindustrie im Laufe der 16 Jahre dauernden WTO-Beitrittsverhandlungen und insbesondere ab dem Beitritt Chinas flexible Beschäftigungsmodelle durchsetzten. Hierfür waren Leiharbeiter\*innen besonders wichtig, da sie zu rund einem Viertel der Kosten von Festangestellten beschäftigt werden konnten und zusätzlich sehr schnell gekündigt beziehungsweise (wieder) eingestellt werden konnten. Dies ermöglichte es den chinesischen Unternehmen, schnell auf Marktänderungen zu reagieren. Diese Flexibilität wurde durch die systematisch schlechteren Arbeitsbedingungen und geringeren Löhnen von Leiharbeitern erreicht. (vgl. Lu 2018)

Im Allgemeinen haben es Arbeiter\*innen mit ländlicher Hukou schwerer, da sie selbst mit Hochschulabschlüssen oft nicht im chinesischen Arbeitsmarkt Fuß fassen können<sup>21</sup>. Zwar steigen in China die (Mindest-)Löhne in vielen Regionen nach und nach, dennoch bewegen sich diese immer am unteren Level. Parallel entstanden andere Lohnsektoren. So gibt es

---

<sup>21</sup>Das gilt jedoch nicht ausschließlich. So stellte Lu in ihrer Feldforschung in chinesischen Automobilfabriken auch fest, dass die neue Generation von Leiharbeiter\*innen mitunter aus gut ausgebildeten Arbeiter\*innen mit städtischer Hukou besteht. Da deren Frustrationspotenzial bei ausbleibenden Karrieremöglichkeiten besonders hoch sei und sie zudem oft ausreichend über ihre rechtlichen Möglichkeiten informiert seien, habe dies zur Häufung von Arbeitskonflikten beigetragen (vgl. Lu 2018: 291f.).

durchaus gut verdienende Facharbeiter und eine Managerebene, in der Spitzengehälter gezahlt werden (vgl. Shi 2012: 149–153). Bereits bei der Beschreibung der extensiven- und intensiven Akkumulation in der VRC habe ich darauf verwiesen, dass beide Formen in China anzutreffen sind. Setzt man diese aber in Verhältnis, stellt man fest, dass insgesamt der Großteil der chinesischen Arbeiter\*innen weiterhin harten Bedingungen ausgesetzt ist und oft kaum zu Massenkonsum in der Lage ist. Diese Entwicklungen sind das Resultat einer staatlichen Regulierung, die zum Großteil auf die Abwesenheit von Regelungen setzt und den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und Unternehmer\*innen vor den individuellen wirtschaftlichen Erfolg der Arbeiter\*innen stellt. An dieser Stelle ist das Erbe der sozialistischen Entwicklung verblasst. Stattdessen hat sich die Linie des chinesischen Entwicklungsstaates durchgesetzt, der lange darauf setzte, ungleiche Entwicklung zu fördern; in der Hoffnung damit weitere Entwicklung voranzutreiben.

Erst Mitte der 2000er Jahre trat ein Arbeitsgesetz in Kraft, welches etablierte, dass private Unternehmer\*innen Sozialdienstleistungen (medizinische Versorgung, Rente, ...) für ihre Angestellten erbringen müssen. (vgl. Komlosy 2013, 37 f.) Auf diese Weise wurde versucht, den zu Beginn des neuen Jahrtausends stark ansteigenden Widerständen von Seiten der Arbeiter\*innen entgegenzukommen. Allerdings fiel es Unternehmen bisher leicht, diese zu umgehen und an harschen Arbeitsbedingungen bei geringen Löhnen festzuhalten. Dies wird auch an der Zahnlosigkeit der einzigen legalen (und eng mit der KPCh verbundenen) Gewerkschaft Chinas, dem Allchinesischen Gewerkschaftsbund deutlich (vgl. Pringle 2013: 172–176). Da grundlegende Verbesserungen für die Arbeiter\*innenschaft bisher ausblieben, sind auch die Proteste nicht verschwunden, sodass weiterhin der Druck besteht, Verbesserungen vorzunehmen.

#### **Das Konkurrenzverhältnis**

Der chinesische Kapitalismus nach 1978 zeichnet sich auch durch eine Steigerung der Konkurrenz aus. Steigerungen können auf zwei Ebenen festgemacht werden. So stieg sowohl die Konkurrenz zwischen den einzelnen Firmen, als auch auf der individuellen Ebene. Während im chinesischen Staatssozialismus vor 1978 kein Marktmechanismus in Kraft war, nahm dieser ab 1978 schrittweise Einzug in die chinesische Akkumulation. Mit den privat geleiteten Unternehmen, die gewinnorientiert wirtschafteten, hielt unternehmerische Konkurrenz in der VRC erstmals wirklich Einzug. Während der 1980er Jahre nahm die Konkurrenz zwischen den Unternehmen teilweise extreme Ausmaße an. Damals versuchten Lokalregierungen Unternehmen vor Ort zu unterstützen, wodurch die Regionen innerhalb der VRC gegeneinander in Konkurrenz traten. Die Konkurrenz stieg in den 1990er Jahren durch die zunehmende

Internationalisierung chinesischer Betriebe an. Zusätzlich steigerten die Privatisierungen die Konkurrenz. In ihren Versuchen nationale Champions aufzubauen, versuchte die chinesische Staatsführung gezielt Wettbewerb zu fördern, um ‚starke‘ Unternehmen aus der Masse der Betriebe herauszufiltern und mit diesen Spitzenpositionen in den globalen Produktionsnetzwerken zu besetzen. Dies erfolgte im Vorhinein von Chinas WTO-Beitritt, der das Konkurrenzverhältnis noch weiter steigern sollte, da China damit an einigen Stellen auf seine Importsubstitutionen verzichten musste. Die stetig gestiegene Konkurrenz bei gleichzeitiger Einbindung in globale Güterketten und Wissenstransfers durch die gezielten Förderungen von Joint-Ventures erlaubte es China, über mehrere Jahrzehnte Capability-Building zu betreiben. Das wurde dadurch ermöglicht, dass die VRC nach 2001 weiterhin bestimmte Märkte regulierte und Industriepolitik zugunsten der heimischen Industrie betrieb. Die ‚Widerstandskraft‘ chinesischer Unternehmen wird weiterhin verständlicher, wenn man das von McNally eingeführte Konzept des „Sino-Capitalism“ (McNally 2012) betrachtet. Mit dieser Konzeption weist er ausdrücklich auf den Stellenwert von Beziehungsnetzwerken (im Chinesischen ‚Guanxi‘ genannt) hin. Diese Netzwerke hätten gegenüber institutionellen Regelungen im chinesischen Kapitalismus mehr Einfluss. Dies untergräbt die Wirkmächtigkeit der beim WTO-Beitritt verhandelten Bedingungen. Somit wurde in China eine Regulationsweise betrieben, die es ermöglichte, die eigenen Unternehmen nach und nach zu stärken. Gerade im Hinblick auf die neuen Bestrebungen der KPCh die Binnenwirtschaft mehr in den Fokus zu nehmen, scheinen sich chinesische Firmen nun gegenüber ausländischen Firmen behaupten zu können, was der Krisentendenz entgegenwirkt.

Auf individueller Ebene drückt sich Konkurrenz in Form sozialer Verhältnisse aus. Im Kontext dieser Arbeit möchte ich den Blick auf einen bestimmten Konkurrenzaspekt richten, den ich schon mehrmals angesprochen habe: Das Hukou-System. Das System wurde staatlich hervorgebracht und ist über viele Jahrzehnte bis heute beibehalten worden. Wie ich beschrieben habe, sind mit der Hukou Vor- und Nachteile verbunden, wobei die Landbevölkerung systematisch bei ihrem Zugang zu (gesellschaftlichen) Ressourcen benachteiligt wird. Folglich lässt sich die Hukou als soziales Konkurrenzverhältnis begreifen, welches staatlich reguliert ist. Wie beschrieben, drückt sich die soziale Ungleichheit nicht nur durch unterschiedliche Rechte und Pflichten aus, sondern hat auch eine unmittelbar soziale Dimension. Chines\*innen mit ländlicher Hukou hätten einen geringeren Sozialstatus, was sich beispielsweise in geringeren Löhnen niederschlägt. Sie würden weniger Ansehen genießen und als rückständig gelten. Damit seien sie allgemeiner Diskriminierung ausgesetzt. Das bekämen insbe-

sondere Wanderarbeiter\*innen zu spüren. Der Diskriminierung wirke dabei nicht entgegen, dass die neuen Generationen der Wanderarbeiter\*innen durchschnittlich deutlich besser ausgebildet ist, als noch die vorherige Generation (vgl. Luo 2016: 1473).

Die systematische Benachteiligung der Landbevölkerung auf individueller Ebene hat direkte Konsequenzen auf der Makroebene. So leben in der VRC die städtischen Regionen insgesamt auf Kosten der ländlichen Regionen, wie ich bereits in Kapitel 4.1 ausgeführt habe. Dies steht dabei im Einklang mit einer staatlich geführten Entwicklungspolitik, die Einzelnen (Regionen wie Individuen) Vorrang bei der Entwicklung gewährt. Dahinter verbirgt sich die Hoffnung, durch Konkurrenz Entwicklungsanreize zu geben, um Upgrading und allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand zu erreichen. Nach über 30 Jahren zunehmender Konkurrenz lässt sich aber vor allem die Zunahme der sozialen Ungleichheit beobachten, die zunehmend einen Schatten auf die allgemeine Wohlstandsmehrung wirft und auch ethnische Spannungen begünstigt. So ist zwar festzustellen, dass selbst für Wanderarbeiter\*innen aus der ökonomischen Perspektive der Wohlstand steigt, sich dies jedoch nicht in eine Aufwertung des Status überträgt. Damit nehmen die schlechtere Behandlung und die härteren Arbeitsbedingungen nicht ab (vgl. ebd.: 1477). Es ist naheliegend, von dieser Feststellung eine Schlussfolgerung zur Zunahme und Radikalisierung der Proteste von Arbeiter\*innen anzustellen, wie Ngai dies tut (vgl. Ngai 2016: 135–138). In diesen Zusammenhang können die Ankündigungen zur künftigen Lockerung des Hukou-Systems als Versuch gelesen werden, der zunehmenden Protestbereitschaft vieler Chines\*innen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Gleichzeitig würden von staatlicher Seite Managementstrategien, wie die Spaltung der Belegschaft in Stammbesetzler\*innen und Leiharbeiter\*innen, in Unternehmen gefördert, um durch die zusätzlich gesteigerte Konkurrenz eine Mobilisierung von Arbeiter\*innenprotesten erschweren (vgl. Lu 2018: 338–355). Dieses Vorgehen werde dadurch unterstützt, dass trotz aller Diskriminierung und Desillusionierung der Aufstiegs Glaube bei vielen Arbeiter\*innen weiterhin intakt zu sein scheint (vgl. Luo 2016: 1474). Dabei scheint der Glaube, durch harte Arbeit den Aufstieg schaffen zu können zentral.

#### **Die ökologische Restriktion**

In der bisherigen Arbeit habe ich mich mit Chinas Akkumulationsregime und seinen sozialstrukturellen Implikationen befasst. Nun wende ich mich erstmals den ökologischen Auswirkungen und den daraus resultierenden Konsequenzen für die VRC zu. Diese Komponente scheint mir im Hinblick auf meine Gesamtfragestellung sinnvoll, da so auch eine Perspektive, urban lebender Chines\*innen einbezogen wird. Die Stadtbevölkerung ist von den bisher dar-

gestellten Schwierigkeiten weniger Betroffenen, als die Landbevölkerung, weshalb urbane Arbeiter\*innen mitunter andere Probleme haben.

Das bemerkenswerte Wirtschaftswachstum Chinas hat eine Reihe ökologischer Konsequenzen nach sich gezogen. So hat Chinas Wachstum zu einem enormen und weiterhin steigenden Energiebedarf geführt. Dies liegt zum einen daran, dass Millionen von Chines\*innen aus der Armut geholt wurden und sich die Konsummuster verändert haben - insbesondere durch die steigende Urbanisierung (vgl. Wang 2012: 279), welche oft mit einer Veränderung des Lebensstils einhergeht (vgl. Zhao 2012: 241–247; Kahn/Zheng 2016: 8). Beispielsweise nahm der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch in China zwischen 1982 und 2012 durchschnittlich von 13kg auf 63kg zu (vgl. Lee 2017: 94). Weil die Fleischerzeugung vergleichsweise energieaufwendig ist, wird an diesem Beispiel deutlich, dass durch die erreichten Wohlstandssteigerungen auch der Energiebedarf der Bevölkerung gestiegen ist. Zum anderen benötigt die VRC auch enorme Energiemengen für ihre riesigen Güterproduktionsmengen. Die Werkbank der Welt kann nur funktionieren, wenn sie ausreichend mit Energie versorgt wird. Aus ökologischer Sicht ist dies in China problematisch, als der allergrößte Teil der Energieerzeugung über die Verbrennung von Kohle erfolgt. 2013 wurden 67,5% des chinesischen Energiebedarfs durch Kohlekraftwerke gedeckt (vgl. Kahn/Zheng 2016: 8). Diese Form der Energiegewinnung geht mit einem besonders hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß einher und machte China mit Abstand zum Weltgrößten CO<sub>2</sub>-Emittenten. So hatte China im gesamten Jahr 2014 einen geschätzten CO<sub>2</sub> Ausstoß von 9,66 Gigatonnen (vgl. Kriener u. a. 2017: 31). Auf Platz zwei folgen die USA, die im selben Zeitraum 5,54 Gigatonnen emittierten (vgl. ebd.). Besonders offensichtlich werden die Konsequenzen des hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes Chinas, am Beispiel der hohen Smogbelastung chinesischer Großstädte. Hier werden Maximalwerte von 800 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft gemessen – die Unbedenklichkeitsgrenze der WHO liegt bei 30 Mikrogramm pro Kubikmeter (vgl. Lee 2017: 95). Daneben gibt es eine Reihe anderer Umweltprobleme im Reich der Mitte. Oft fehlt es an richtiger Müll- und Abwasserentsorgung. Beispielsweise wird Ersterer schlichtweg vergraben und Letzteres vielfach anderen Gewässern zugeführt (vgl. ebd.: 94). Es überrascht nicht, dass China große Schwierigkeiten mit verseuchten Böden und Wasser hat. Beispielsweise musste 2012 für 57% des Grundwassers von 198 Städten das Qualitätsurteil ‚schlecht‘ und ‚sehr schlecht‘ ausgestellt werden (vgl. Kahn/Zheng 2016: 3). Weiterhin gelten 30% der bedeutenden chinesischen Flüsse als ‚verunreinigt‘ bis ‚besonders verunreinigt‘ (vgl. ebd.).

Nach der Darstellung dieser Beispiele überrascht es nicht, dass die VRC landesweit mit einer Zunahme von Umweltkatastrophen kämpft. Der Norden und der Westen Chinas sind mit Wüstenausbreitung konfrontiert. Inzwischen ist dort ein zusammenhängendes Wüstengebiet entstanden, das etwa der siebenfachen Fläche der Bundesrepublik Deutschlands entspricht - Tendenz wachsend. Im Süden der VRC nehmen Wirbelstürme und Überschwemmungen zu, während in Chinas Osten der Grundwasserspiegel aufgrund stetiger Wasserentnahme für Produktionszwecke sinkt. Beispielsweise führt der berühmte Gelbe Fluss inzwischen nurmehr rund 6 Monate im Jahr Wasser, während er früher durchgehend versorgt war. (vgl. Lee 2017: 93f)

Durch diese und weitere Umweltkatastrophen sind mehr und mehr Chines\*innen bedroht. Alleine zwischen 2008 und 2013 gab es in China 55 Millionen Fälle von Flucht, bedingt durch Umweltkatastrophen (vgl. Ionesco/Mokhnacheva/Gemenne 2017: 33). Während hiervon wohl überwiegend ärmere Chines\*innen betroffen sein dürfen, spürt auch die chinesische Mittelschicht die Abnahme ihrer Lebensqualität durch die Verschlechterung der Umweltbedingungen – beispielsweise durch die eingeschränkte Bewegungsfreiheit bei extremen Smogbelastungen. Gerade einmal 1% der urbanen Chines\*innen lebe unter Luftverhältnissen, die in der EU als akzeptabel gelten würden (vgl. Kahn/Zheng 2016: 3). Zudem stelle sich heraus, dass diese Thematiken in der Mittelschicht auf zunehmendes Interesse und Zivilgesellschaftliches Engagement für Umweltschutz trifft (vgl. ebd.: 6). Wahrscheinlich liegt dies unter anderem daran, dass das erreichte Wohlstandslevel den Blick für Aspekte jenseits des ökonomischen Aufstieges frei gibt. Auch nimmt das Wirtschaftswachstum der VRC seit einigen Jahren ab, sodass Verschlechterungen der Umweltbedingungen nicht mehr durch Rekordwachstumswahlen in den Schatten gestellt und stillschweigend in Kauf genommen würden (vgl. ebd.: 162). Wachsendes Interesse und die Politisierung der chinesischen Zivilgesellschaft, sowie bereits existierende Phänomene, wie Brain Drain durch die Auswanderung chinesischer Staatsbürger aufgrund der hohen Umweltbelastungen in China (vgl. ebd.: 144f.), zwingt die chinesische Regierung, sich mit der Frage nach Umweltschutz auseinanderzusetzen. Es gebe in der KPCh allerdings keine einheitliche Meinung, sondern Auseinandersetzungen darüber, ob Umweltschutz vor weiteres Wirtschaftswachstum gehen sollte, oder andersherum (vgl. ebd.: 168–171). Dabei lassen sich diese Themen nicht ohne Weiteres voneinander trennen. Nach Schätzungen staatseigener chinesischer Behörden gingen jährlich etwa 10% der Wirtschaftsleistung durch die schlechten Umweltbedingungen verloren (vgl. Lee 2017: 93). Und obwohl nicht behauptet werden kann, dass die chinesische Staatsführung dem Um-

weltschutz insgesamt Vorrang vor weiterem Wirtschaftswachstum gibt, lässt sich auf Anzeichen verweisen, dass Umweltschutz von Seiten der Regierung zunehmende Relevanz eingeräumt wird. Beispielsweise nehmen die chinesische Kohleförderung und der Kohleverbrauch seit 2014 und 2015 spürbar ab (vgl. Rosenkranz 2017: 47f.). Auch hält China in absoluten Zahlen die weltweit höchsten Investitionen in erneuerbare Energien. In Teilbranchen wie der Windenergie und der Photovoltaik investiert kein Land mehr Geld als die VRC. (vgl. Kriener 2017: 62–65) Zwar muss anerkannt werden, dass China in relativen Zahlen hier (noch) nicht in der Top League spielt, dennoch geben die jährlichen Wachstumsraten der Investitionen einen deutlichen Trend wieder. China dürfte ein hohes Interesse daran haben, chinesische Firmen zu Spitzenreiter in diesen noch eher jungen Branchen zu machen. So beschäftigt derzeit kein Land mehr Arbeiter\*innen im Bereich der erneuerbaren Energien als China. Hier dürfte der Wunsch bestehen, durch exklusives Know-how die oberen Ränge der gerade entstehenden globalen Güterketten zu besetzen.

Insgesamt zeigt sich also, dass die mangelnde Rücksichtnahme in China einerseits zu einem Politikum wird und andererseits - ganz im eigentlichen Gedanken der ökologischen Restriktion - auch praktisch das Wirtschaftswachstum Chinas mindestens bremst. Dies gilt insbesondere für die hochindustrialisierten Küstengebiete des Landes, an denen die Umweltbelastungen besonders hoch sind. Folglich scheint die chinesische Regierung diesem Aspekt mehr und mehr Aufmerksamkeit zu schenken und es zunehmend in die staatliche Regulierung mit einzubeziehen.

## **6 Herausarbeitung der Krisentendenzen und deren Regulation**

Die Bestimmung des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise ermöglicht es mir nun, Krisentendenzen der chinesischen Entwicklungsweise herauszuarbeiten. Im Kontext der Gesamtuntersuchung bin ich also bei der retrodution angelangt. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass ich nicht behaupte, ein umfassendes Bild bestehender Krisentendenzen des chinesischen Kapitalismus zu zeichnen. Wie in Kapitel 2 dargelegt, ist dies aus der Perspektive des Critical Realism nicht zu leisten. Stattdessen werde ich die Tendenzen aufzeigen, die sich aus meiner Oszillation zwischen Abstraktem und Konkretem ergeben haben und erhebe keinen Anspruch auf eine allumfassende Erklärung.

Eine Krisentendenz, die offensichtlich geworden ist, betrifft die ökologische Restriktion Chinas. Die VRC hat bisher wenig Rücksicht auf Umweltfragen genommen, und dies scheint nun in zweifacher Form problematisch zu werden. Zum einen ist die politische Dimension zu nennen. Gerade die Umweltthematik scheint in China mehr und mehr zivilgesellschaftliches Engagement zu befördern, gerade in den urbanen Gebieten, welche das ‚neue China‘ repräsentieren und somit für die chinesische Regierung besonders wichtig sind. Im Einparteiensstaat China ist politischer Gegenwind für die KPCh ohnehin problematisch, da sie einen Alleinvertretungsanspruch hat und nicht durch Wahlen legitimiert wurde. Während sich die Legitimation der Partei vor 1978 insbesondere ideologisch gestützt habe (vgl. Frank 2009: 152ff.), basiere sie seit 1978 in erster Linie auf dem Wohlstandsversprechen gegenüber der chinesischen Bevölkerung (vgl. Keming 2013: 199f.). Insofern dürften die politischen Forderungen auf offene Ohren stoßen, um auch nur die Ansätze einer Legitimationskrise zu vermeiden.

Gewichtiger dürfte allerdings die zweite Problematik sein, die durch die starke ökologische Belastung des chinesischen Wirtschaftsaufstiegs hervorgerufen ist; nämlich dass dieses weiteres Wirtschaftswachstum untergräbt und abschwächt. Dabei ist in China zu beachten, dass die Umweltschädigungen sich insbesondere auf die Industriezentren konzentrieren und gerade dort starke Auswirkungen haben. Es scheint, dass im Verhältnis zu Chinas Größe insgesamt nur ein bestimmter Teil des Landes ökologisch ‚überfordert‘ wurde – dafür allerdings in einem so extremen Ausmaß, dass es zu Rückkopplungen zu kommen scheint, die landesweit ihre Wirkungen entfalten.

Die weiteren Krisentendenzen zeichnen aus, dass die relevanten Aspekte noch stärker miteinander in Verbindung stehen und auch Wechselwirkungen mitgedacht werden müssen. Dies betrifft zum einen die Folgen der chinesischen Akkumulationsweise. Die extensive und extravertierte Ausrichtung hatte in China geringe Löhne für die Arbeiter\*innen zur Folge. Dies galt umso mehr, als sich private Wirtschaftslogiken und auch der Arbeitsmarkt mehr und mehr etabliert hatten. Da in der Volksrepublik nach 1978 zunehmend für den Export produziert wurde, konnten Löhne gedrückt werden, ohne dass dies unmittelbare Auswirkungen auf die Akkumulation genommen hat – der geringe Binnenkonsum der chinesischen Arbeiter\*innen war schlicht nicht relevant. Auf lange Sicht betrachtet hat sich China damit eine Wachstumsgrenze aufgebaut. Solange ein Großteil der chinesischen Arbeiter\*innen kostengünstig für andere Märkte produziert und damit die eigenen Konsummöglichkeiten beschnitten werden, ist weiteres Wirtschaftswachstum nur durch eine Steigerung der Exporte möglich. Solange die

Akkumulation extensiv und extravertiert ausgerichtet bleibt, stellt die Fähigkeit zu Exportzuwachsen eine Begrenzung weiteren Wachstums dar. Zusätzlich steigt die Abhängigkeit von den Entwicklungen der Exportzielländer, welche selbst wiederum ein Risiko darstellt, wie bereits in den Krisenjahren 1997 und 2008 deutlich wurde.

Der geringe Binnenkonsum Chinas ist gleichzeitig mit einer weiteren Krisentendenz verbunden, nämlich der großen Ungleichheit der Einkommen im Land. Heterogene Gesellschaften laufen stets Gefahr, in Krisen zu geraten. So weist Yan darauf hin, dass Einkommensungleichheit, wenn sie über längere Zeiträume besteht, auf andere Sozialstrukturen übergreife und somit beispielsweise zur gesellschaftlichen Reproduktion von sozialer und politischer Ungleichheit beitrage (vgl. Yan 2012: 218–221). Dies impliziert, dass generationsübergreifend Erfahrungen und Handlungspraktiken weitergegeben werden, die zur Reproduktion der Ungleichheit beitragen. Ngai geht davon aus, dass genau dies bei chinesischen Wanderarbeiter\*innen geschehen ist, weshalb sie diese als neue Gesellschaftsklasse in China bestimmt. Die Träger\*innen dieses Klassenstatus würde ihre kollektive Erfahrung der allgemein fehlenden sozialen Aufstiegsmöglichkeiten in China für Wanderarbeiter\*innen auszeichnen. Diese Erfahrungen hätte diese neue Klasse über 30 Jahre lang gesammelt und in ihre eigene Weltsicht integriert. Aufgrund dieser Erfahrungen und der daran angepassten Erwartungshorizonte stellt sie eine Radikalisierung der Arbeiter\*innenproteste fest, die mitunter darin fuße, dass sich die Wanderarbeiter\*innen nach über 3 Jahrzehnten als Klasse wahrnehmen und nicht mehr auf Hilfe durch den Staat vertrauen würden. (vgl. Ngai 2016: 165–163) In diesem Rahmen scheint die langfristige Marginalisierung einer großen Menge der chinesischen Arbeiter\*innen nachhaltig das Vertrauen in die politische Führung der VRC untergraben zu haben. Darüber hinaus bestehen zwischen den einzelnen chinesischen Regionen Ungleichheiten hinsichtlich der verfügbaren finanziellen Mittel und dem Grad der wirtschaftlichen Entwicklung. Insofern ist die chinesische Gesellschaft nicht nur in unterschiedliche Klassen aufgeteilt, sondern vielmehr liegt auch eine räumliche Trennung vor, die allerdings teilweise davon kaschiert wird, dass viele Arbeiter\*innen zwar temporär in den östlichen Regionen leben und arbeiten, dort aber weder gesellschaftlich integriert sind, noch legales Bleiberecht genießen. Dadurch sind ihnen Sozialleistungen praktisch verweigert und die gesellschaftliche Spaltung verfestigt sich. Obwohl die regionale Ungleichheit dadurch kaschiert wird, dass Arbeitskräfte in der Lage sind den Raum zu durchqueren, darf dies nicht darüber hinweg täuschen, dass es innerhalb Chinas ausgeprägte Zentrums-Peripherie-Strukturen gibt. Diese Betrachtungsweise entlehne ich dabei der Konzeption Wallersteins Weltsystemtheo-

rie<sup>22</sup>. Ebenso wie er Weltregionen in Zentren- und (Semi-)Peripherien einteilt, lässt sich dieses Muster auch innerhalb Chinas nachweisen. Zum Beispiel lässt sich Chinas Osten als Zentrumsregion beschreiben, während Zentralchina und insbesondere der Westen des Landes semi-peripher bis peripher in den chinesischen Kapitalismus integriert sind. Dies drückt sich darin aus, dass an der Ostküste der Großteil der Exportproduktion – und damit das Know-how der Hochtechnologiebranchen - angesiedelt ist. Hinzu kommt, dass der Osten gegenüber anderen chinesischen Regionen über wesentlich bessere Infrastruktur verfügt und sich dort über die Jahre relevante Guanxi-Netzwerke gebildet haben, womit die Produktion gewährleistet und organisiert wird. Da diese Strukturen seit Jahrzehnten ermöglichen, ausländischer Konkurrenz zu widerstehen, ist es fraglich, ob sich die peripheren Gebiete der VRC an diesen Verhältnissen vorbeientwickeln können.

Zugleich birgt die Ungleichheit auch ökonomische Probleme, da sie das wirtschaftliche Wachstumspotential einschränkt. Vielen Gesellschaftsmitgliedern werden Konsum- und Investitionsmöglichkeiten genommen, während zugleich einige wenige so viel Konsum- und Investitionspotential haben, dass dieses kaum sinnvoll abgeschöpft werden kann. Zwar hätten reiche Chines\*innen insgesamt stärkeren Einfluss auf die Politik als ärmere Teile der Bevölkerung. Damit werde Politik stärker an deren Interessen ausgerichtet. Weiterhin habe die hohe Ungleichheit in der VRC die ohnehin hohe Sparquote zusätzlich erhöht, da selbst arme Bevölkerungsteile zur Risikoabsicherung selbst bei Kleinsteinkommen sparen anstatt zu konsumieren. (vgl. Wan/Ye/Zhuang 2012: 163–166). Bei diesen Überlegungen gilt es zu bedenken, dass China nur begrenzt hegemoniefähig ist. Das bedeutet, dass die KPCh bei ihrer staatlich geführten Entwicklungspolitik nie übermäßig auf eine zivilgesellschaftliche Konsensbildung Rücksicht nehmen musste. Stattdessen hat sie sich explizit zu entwicklungspolitischen Maßnahmen entschlossen, die Ungleichheit hervorgebracht haben. Auf diesem Weg haben sich in China an vielen Stellen Marktlogiken etabliert, durch die sich dort vor allem private Kapitalinteressen durchsetzen können. So stellen staatseigene Betriebe insgesamt nur noch einen relativ geringen Anteil an den chinesischen Unternehmen insgesamt dar. Möchte man also weitere Überlegungen zu möglichen Entwicklungen in der VRC anstellen, kann man davon

---

<sup>22</sup>Wallersteins Ausgangspunkt ist die Ausbildung der kapitalistischen Weltwirtschaft in Europa im 16. Jahrhundert. Kennzeichnend sei die Schaffung einer Produktionsstruktur von „Güterketten“ (Wallerstein 2008: 170), die politische Grenzen überschritten hätten. Die verschiedenen geographischen Regionen hätten sich zu „Zentrumszonen“ (ebd.) und „Peripherien“ (ebd.) entwickelt, da die produzierten Mehrwerte stets ungleich, nämlich zu Lasten der Peripherien, verteilt worden seien. Zur Aneignung des höheren Mehrwertanteils, sei es stets zur „relative[n] Monopolisierung eines Glieds der Güterkette“ (ebd.: 171) gekommen. Da diese Prozesse in kapitalistischen Systemen, ständiger Konkurrenz ausgeliefert seien, habe das System aufgrund der stetigen Nachfrage nach neuen, noch zu proletarisierenden und somit günstigen Arbeitskräften weltweit expandiert. (vgl. ebd.: 170–174)

ausgehen, dass Veränderungen marktförmig vermittelt werden und nach Marktlogik auf diese reagiert wird.

Angesichts der individuellen, wie auch der regionalen Unterschiede, gilt es erneut zu berücksichtigen, dass sich die KPCh durch ihr Wohlstandsversprechen gegenüber dem chinesischen Volk legitimiert. Nach jahrzehntelanger Abnahme der Balance sollte man erwarten, dass dies ebenfalls krisenfördernd sei (vgl. ebd.: 163f.). In diesem Kontext verweist Yan auf die chinesische Kultur und Geschichte, die Voraussetzungen schaffen würde, um die Krisenwirkung der bestehenden Ungleichheiten abzumildern (vgl. Yan 2012: 217). Andererseits sollten auch die aktuellen Meldungen zur Einführung des chinesischen Social Credit Systems zu denken geben. Dieses System wird wohl mit einer deutlichen Zunahme der ohnehin ausgeprägten autoritären Strukturen des chinesischen Staates einhergehen, indem die Chines\*innen gegenüber ihren Staatsapparaten gläserner werden (vgl. Liang u. a. 2018). In diesem Kontext scheint es leichtfertig, vorhandene gesellschaftliche Spannungen einfach abzutun. Dies gilt umso mehr, als diese Spannungen - wie im Beispiel des Hukou-Systems - direkt auf politische Entscheidungen des Staatsapparates zurückzuführen sind. In diesem Sinne können die nach 2008 spürbar angestiegenen Löhne als Krisenregulation verstanden werden, die eine Antwort auf die stetig steigenden Arbeiter\*innenproteste ab Mitte der 1990er Jahre waren. Auch die Ausweitung des chinesischen Sozialsystems im Rahmen des chinesischen Konjunkturpaketes 2008 hat dazu beigetragen, Arbeiterprotesten nachzugeben<sup>23</sup>. Dass das Bewusstsein über die staatlich geregelte Ungleichbehandlung vorhanden ist, zeigt auch die Ankündigung der KPCh, die Regelungen des Hukou-Systems zu lockern und transparenter zu machen. Ob sich diese Ankündigungen auch tatsächlich in politische Entscheidungen übersetzen bleibt allerdings abzuwarten. Weiterhin muss festgehalten werden, dass die Lohnerhöhungen der aktuellen Dekade zwar die Arbeiterproteste abgeschwächt, sich aber nicht in Veränderungen der Arbeitsbedingungen übertragen haben. Es ist damit fragwürdig, wie lange Lohnerhöhungen die Spannungen von Seiten chinesischer Arbeiter\*innen überbrücken können, gerade wenn man berücksichtigt, dass die chinesische Arbeiter\*innenschaft zu Schrumpfen begonnen hat. Mit sinkendem Arbeitskräfteangebot dürfte die Verhandlungsmacht der Arbeiter\*innen somit langfristig eher steigen.

---

<sup>23</sup>Debatten zur Middle-Income-Trap unterstreichen gerade dies allerdings ebenfalls wieder als eine eigene Problematik, da hierdurch die chinesische Produktion möglicherweise ihre Konkurrenzfähigkeit verliert (vgl. Woo 2012b).

## 7 Chinas Strategie in Bezug auf die neue Seidenstraße

Nachdem ich die Widersprüchlichkeiten der chinesischen Entwicklungsweise herausgearbeitet habe, ist es an der Zeit zu überprüfen, inwieweit die BRI hier regulierend wirken kann und was das für chinesische Arbeiter\*innen bedeutet. Um diese Überlegungen anstellen zu können, möchte ich aber zuvor darstellen, was China sich selbst von der BRI verspricht. Zualtererst muss dafür festgestellt werden, dass die chinesische Staatsführung keineswegs offen über die eigenen Zielvorgaben kommuniziert. Das Auslassen konkreter Formulierungen ist als strategische Überlegung zu sehen, die es der VRC ermöglicht, flexibel auf mögliche Einflüsse/ Änderungen zu reagieren. Zum Beispiel gibt es von offizieller chinesischer Seite noch keine bestätigte Routenführungen für die BRI (vgl. Schmeisser u. a. 2018: 75f.). Während dies strategisch sinnvoll sein mag, erschwert es jedwede Folgenabschätzung des Projektes. Nichtsdestotrotz haben verschiedene Autoren Ziele herausgearbeitet, die der chinesischen Regierung mit relativer Sicherheit implizit unterstellt werden können – in Teilen habe ich mich bereits in der Einleitung darauf bezogen (vgl. ebd.: 77–92; Françoise 2016: 12; Huang 2016; Sarker u. a. 2018; Enderwick 2018: 452; Godehardt 2014). Daher nehme ich die implizierten Ziele dieser Autor\*innen als Grundlage meiner Überlegungen. Einem Projekt in der Größe der BRI müssen unterschiedliche Ziele unterstellt werden. Da in meiner Arbeit die Perspektiven der chinesischen Arbeiter\*innen im Vordergrund stehen, gehe ich auf die Perspektiven ein, die ich in diesem Kontext für relevant halte. Mit dieser Fokussierung lasse ich andere Aspekte außer Acht. Der Frage nach Chinas Aufstieg im Weltsystem und einer potentiellen chinesischen Weltordnung schenke ich beispielsweise keine Beachtung. Auch die Frage, inwiefern China seine internationale Währung, den Renmimbi, durch die BRI stärken kann und dies teilweise schon tut, lasse ich außen vor. Damit möchte ich nicht sagen, dass diese Aspekte nicht auch für chinesische Arbeiter\*innen relevant seien. Allerdings konzentriere ich mich auf diejenigen Aspekte, deren Einfluss unmittelbar ersichtlich ist: Dies ist zum einen das Ziel der chinesischen Wirtschaft, Wachstumsimpulse zu setzen und zum anderen der Fokus der KPCh, die weniger entwickelten Regionen des Landes zu stärken, womit die BRI an die bereits bestehende ‚Go West‘-Politik anknüpfe (vgl. Huang 2016: 321). Ich verbleibe bei diesen beiden Aspekten, um eine überschaubare Analyse anfertigen zu können. Im Sinne der bisher verwendeten Methode aus Abstraktion und Konkretion werde ich nicht versuchen, den Sachverhalt als Ganzes zu beschreiben, sondern konkrete Aspekte herausgreifen, um diese erneut mit den bis hierher erarbeiteten Abstraktionen zu konfrontieren. Für das Resultat der Überlegungen bedeutet dies, dass sie nur tendenziell gelten, da weitere Einflüsse in

der Betrachtung ausgeklammert wurden. Dies folgt ohnehin dem Diktum des Critical Realism, dass eine umfassende Betrachtung der Welt nicht möglich sei und stattdessen auf Basis von Beobachtungen und Erfahrungen Schlussfolgerungen über bestehende Funktionszusammenhänge anzustellen sind.

Dass sich die VRC durch die BRI Impulse für die eigene Wirtschaft verspricht, kann vorausgesetzt werden (vgl. Huang 2016). Interessanter ist, in welcher Art und Weise diese Impulse gesetzt werden sollen, da dies eine Idee vermittelt, was im Land in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vonstatten gehen soll, beziehungsweise teilweise bereits von statten geht. Ein wesentlicher Aspekt, der das Wachstum Chinas stimulieren soll, seien Investitionen in die chinesische Infrastruktur (vgl. ebd.: 315). Diese Strukturen sollen zum einen die Grundlage für die Fortentwicklung der Regionen sein, die bisher aufgrund fehlender Infrastruktur uninteressant für die Ansiedlung von Firmen sind. Darüber hinaus würden durch diese Infrastrukturinvestitionen im In- und Ausland zum anderen auch neue Aufträge entstehen, die an chinesische Unternehmen vergeben werden und durch hohes Nachfragevolumen auch für neue Arbeitsplätze sorgen könnten (vgl. Schmeisser u. a. 2018: 77f). Zusätzlich dürften diese Investitionen helfen, die Überkapazitäten chinesischer Firmen abzubauen – beispielsweise in den Bereichen der Zementherstellung, der Glas- sowie der Stahlproduktion (vgl. Enderwick 2018: 448). Da die BRI in erster Linie die Handelsmöglichkeiten für China und Partnerländer verbessern soll, verspricht sich China wohl auch die Erschließung neuer Absatzmärkte für die eigenen Produkte. Gerade durch Investitionen ins Ausland (zum Beispiel Zentralasien) könnten neue Handelspartner aufgebaut und die Beziehungen zu bestehenden Handelspartnern intensiviert werden (vgl. Schmeisser u. a. 2018: 77f.). Als zentraler Bestandteil würden Freihandelsabkommen gelten (vgl. Sarker u. a. 2018: 630). Insgesamt würde mit der Zunahme der Handelspartner und Absatzmärkte die Möglichkeit, neue Joint-Ventures einzugehen und Technologie/ Know-how nach China zu transferieren, steigen. Das würde China dabei helfen, innerhalb der globalen Produktionsketten in Richtung der profitableren Highend-Produktion aufzusteigen. (vgl. Enderwick 2018: 452; Huang 2016: 319).

Neben den allgemeinen Hoffnungen auf Wachstumsimpulse für die chinesische Wirtschaft scheint die chinesische Staatsführung darauf zu setzen, wirtschaftliche Entwicklungen in den westlichen Gebieten Chinas voranzutreiben und die Regionen zu stabilisieren. Dies dürfte für die KPCh aus zwei Gründen relevant sein. Wie bereits diskutiert, beschränken die Entwicklungsunterschiede im Land weitere Wachstumsmöglichkeiten. Darüber hinaus können Ungleichheiten politisch relevant werden, wenn Bevölkerungsteile dauerhaft unzufrieden sind.

Auch dies habe ich bereits ausgeführt. Für Chinas Westen gilt dies in besonderem Maße, da sich dort zur ökonomischen Ungleichheit auch ethnische und kulturelle Unterschiede gesellen. (vgl. Schmeisser u. a. 2018: 78ff.) In Chinas westlichster Region Xinjiang finden sich überwiegend uighurische Bevölkerungsteile, unter denen es seit jeher separatistische Strömungen gibt. Die politische Unruhe der Region drückt sich unter anderem in rund 300 offiziell gemeldeten gewaltsamen Zwischenfällen seit 1990 aus (vgl. ebd.: 78). Hieraus ergibt sich ein zusätzlicher Ansporn für die VRC, den wirtschaftlichen Aufschwung in der Region anzutreiben. Dass es Xi Jinping ausdrücklich um substantielle Verbesserungen bisher benachteiligter Regionen geht, ist daran zu erkennen, dass er davon spricht die „last mile“ (Ji Xiping zitiert nach Johnston 2018: 2) der Armutsbekämpfung in China zu beschreiten. Schmeisser et al gehen davon aus, dass dies die Zufriedenheit in der Region steigern könnte. Beispielgebend sind große Investitionssummen in die Hauptstadt Urumchi ab 2011. Alleine 2012 seien umgerechnet 260 Millionen USD dort investiert worden. Mit solchen Investitionen sei die Stadt zum internationalen Zentrum für Informationstechnologie aufgebaut worden, was seither zu wirtschaftlichem Wachstum geführt habe und insgesamt die Zufriedenheit der Region steigern. (vgl. Godehardt 2014: 16) Derartige Vorgänge werden als Blaupausen für Chinas weitere Ziele in den westlichen Regionen angesehen. Gerade dort und in den angrenzenden Ländern soll durch Investitionen Infrastruktur bereitgestellt werden. Dies soll die Basis für wirtschaftliche Entwicklung darstellen. China verfolge somit in Bezug auf seine Randregionen und das eigene Hinterland eine Doppelstrategie: „Die wirtschaftliche Entwicklung der Nachbarstaaten gewährleistet nicht nur künftige Handelspartner, sondern bewirkt zugleich die Stabilität des Westens Chinas.“ (vgl. Schmeisser u. a. 2018: 79)

Bereits in der Einleitung dieser Arbeit habe ich kritisch angemerkt, dass derartige Aussagen zu allgemein formuliert sind. Darin drückt sich ein modernisierungstheoretisches Narrativ aus, welches den Blick darauf verstellt, dass die BRI nicht zwangsläufig mehr Wohlstand *für alle* garantieren kann. Diese Arbeit will diesen Aspekt am Beispiel von Arbeiter\*innen in China verdeutlichen. Dazu möchte ich noch einmal die Relevanz dieser Überlegung unterstreichen.

Weiter oben bezog ich mich auf die Stadt Urumchi und die dortigen Investitionen im Bereich der Informationstechnologie, die zu allgemeiner Zufriedenheit geführt hätten, weshalb dieser Fall in der Literatur als beispielgebend gesehen wird. Zieht man jedoch genauere Betrachtungen heran, so zeigt sich, dass es in der Stadt ein signifikantes Einkommensgefälle von Han-Chines\*innen zur uighurischen Bevölkerung gibt (vgl. Zang 2011). Weiterhin hätten han-

chinesische Entrepreneur\*innen deutlich bessere Chancen Geschäfte aufzubauen, da sie leichter Geschäftsbeziehungen mit Betrieben der chinesischen Ostküste aufnehmen könnten. Darüber hinaus würden Unternehmen von dort nach Urumchi drängen und in Konkurrenz zu uigurischen Unternehmen treten. (Harlan/Webber 2012: vgl.) In diesem spezifischen Beispiel dürfte auch die Ethnizität - welche nicht im Fokus meiner Arbeit steht - eine erhebliche Rolle spielen. Dennoch kann abgeleitet werden, dass der Wohlstand einer Region, nicht bedeutet, dass alle Gesellschaftsmitglieder in gleicher Weise davon betroffen sind. In allgemeinen Umfragen und Erhebungen können solche Zusammenhänge schnell übersehen werden. In diesem Zusammenhang weist Andrew Sayer darauf hin, dass Daten *gesammelt* werden und somit vor-konzeptioniert seien:

„Social scientists who treat ‘data’ literally as ‘given things’ (often those who feel most confident about the objectivity of their knowledge and the ‘hardness’ of their facts) therefore unknowingly take on board and reproduce the interpretations implicit in the data: they think *with* these hidden concepts but not *about* them.” (Sayer 1992: 52 H.i.O.)

Daher ist es notwendig, die allgemein angenommenen Ziele und die daran geknüpften Handlungen der BRI nicht in Form eines modernisierungstheoretischen Narrativs als gegeben hinzunehmen, sondern sie einer kritischen Reflexion zu unterziehen. Gleichmaßen gilt: Über den Aufstieg Chinas zum neuen globalen Zentrum zu debattieren, ohne zuvor durchdacht zu haben, welche Auswirkungen dieser Pfad auf China und seine gegenwärtige Entwicklungsweise hat, bedeutet das Fell des Bären zu verkaufen, bevor man ihn erlegt hat. Um diesen Fehler zu vermeiden, werde ich im folgenden Kapitel eine kritische Reflexion über die Perspektiven der Maßnahmen, die durch die BRI in China zu erwarten sind, anstellen. Da diese Maßnahmen erst am Anfang ihrer Umsetzung stehen, kann meine Betrachtung nur auf einer zukunfts-perspektivischen Ebene erfolgen. Hierbei kommen mir die Begrifflichkeiten der bereits herausgearbeiteten regulationstheoretischen Bestimmungen und daraus geschlussfolgerten Krisentendenzen zu Hilfe. Diese Aspekte sind die Grundlage, auf der ich die Überlegungen zur BRI kritisch prüfe.

## 8 Reflexion der Perspektive der BRI

Welche Perspektiven schafft die BRI in Bezug auf die beschriebene Entwicklungsweise der VRC? Dies ist die übergeordnete Fragestellung dieser Arbeit, der ich mich nach all der Vorarbeit nun zuwenden kann. Um das modernisierungstheoretische Narrativ zu kritisieren, muss

ich mich gedanklich an seinen Ausgangspunkt begeben. Das bedeutet, dass ich es für meine weitere Ausführung als gegeben hinnehme, dass sich die BRI in den nächsten Jahren umsetzen lässt und die Umsetzung den bisher bekannten Ideen weitestgehend folgt. Anstatt aber davon auszugehen, dass die Investitionen im Rahmen der BRI die Verbesserung Chinas Westens und insbesondere der Situation chinesischer Arbeiter\*innen einfach nach sich ziehen, werde ich die Auswirkungen der BRI in den bereits herausgearbeiteten Kontext der chinesischen Entwicklungsweise und ihrer Folgen betten.

In ihrer materiellen Dimension ist die BRI vor allem als Infrastrukturprojekt zu begreifen (vgl. Huang 2016: 315). Mit der Umsetzung des BRI wären folglich enorme Infrastrukturinvestitionen verbunden. Diese würden einerseits in China selbst - bevorzugt im chinesischen Westen und Zentralchina - und zum anderen in angrenzenden Ländern, beispielsweise in Zentralasien, erfolgen. Da dies zunächst in erster Linie Baumaßnahmen beträfe, hätte die Bauindustrie Chinas ein hohes Auftragsvolumen zu erwarten. Somit würde die BRI die Nachfrage nach Baudienstleistungen und Baumaterialien erhöhen. Es ist anzunehmen, dass eine Erhöhung der Bautätigkeiten im geplanten Ausmaß der BRI neue Arbeitsplätze in dieser Branche schaffen würde. Gleichzeitig könnte China bestehende Überproduktionen bei Zement, Glas und Stahl abbauen. Sowohl neue Arbeitsplätze als auch die Reduktion von Überproduktionen durch Nachfragesteigerungen, dürften auf den ersten Blick positive Auswirkungen für Wirtschaft der VRC haben. Auf einen zweiten Blick muss man jedoch feststellen, dass diese Art der Akkumulation erneut extensiver Natur wäre. Betrachtet man das chinesische Baugewerbe und die dort tätigen Arbeiter\*innen, stellt man fest, dass diese zum allergrößten Teil aus ländlichen Gebieten kommen; 2005 habe dies auf 80% der Arbeiter\*innen im Baugewerbe zu getroffen (vgl. Shi 2012: 156). Gleichzeitig arbeiten aktuell von allen Wanderarbeiter\*innen 30% bis 50% im Baugewerbe (vgl. Lee 2019: 143). Daraus lässt sich schließen, dass der Anteil von Wanderarbeiter\*innen in dieser Branche besonders hoch ist. Daneben zeichne sich das Baugewerbe in China durch seine sogar im chinesischen Vergleich sehr geringen Lohnzahlungen und seinen geringen bis keinen Arbeitsschutz aus (vgl. Ngai 2016: 42). Im chinesischen Baugewerbe habe sich ab den 1990er Jahren ein System aus Sub- und Sub-Sub-Unternehmern gebildet. Dadurch könnten Bauarbeiter\*innen in China kaum Lohnforderungen durchsetzen, da sich die verantwortlichen Stellen oft nicht klar bestimmen ließen. Regelmäßig würden Löhne nur jährlich und häufig überhaupt nicht ausgezahlt. Rechtlichen Beistand hätten die Bauarbeiter\*innen bisher kaum zu erwarten gehabt, obwohl sich dies zu bessern scheint. (vgl. Li 2018: 17–21) Die Folge ist, dass die chinesische Bauindustrie durch ihre

Möglichkeit zur Kleinhaltung der Arbeitskosten profitabel ist. In diesem Sinne muss eine Ausweitung der Tätigkeiten in Chinas Baugewerbe als extensive Akkumulation verstanden werden. In den vorhergehenden Kapiteln habe ich bereits festgestellt, dass das extensive und extravertierte Akkumulationsregime der VRC ihr eigenes Wachstum begrenzt, da der Binnenkonsum eingeschränkt wird. Folglich ist eine Ausweitung des Binnenkonsums in China notwendig, um weitere Akkumulation zu ermöglichen. Durch zusätzliche Arbeitsplätze bei einem Anstieg der Baumaßnahmen wäre dies allerdings nicht zu erwarten. Die Löhne der dort beschäftigten Arbeiter\*innen sind zu gering und unsicher, als dass davon große Konsumsteigerungen zu erwarten sind. Stattdessen könnte durch eine Ausweitung der Lohnempfänger zumindest temporär die Rolle der Subsistenzwirtschaft gesteigert werden. Bei geringen Lohnzahlungen für ländliche Wanderarbeiter\*innen bliebe die Subsistenzwirtschaft selbst relevant. Lohneinkommen könnten, wenn sie parallel zur Subsistenzwirtschaft bestehen, für Investitionen in subsistenzwirtschaftliche Produktionsmittel genutzt werden und die Attraktivität von Subsistenzwirtschaft zumindest zeitweise sogar erhöhen<sup>24</sup>. Dies ist zu erwarten, solange sich die kapitalistische Produktionsweise nicht vollkommen durchgesetzt hat, sondern die vorkapitalistische Produktionsweise noch nebenher besteht.

Die Investitionen in Infrastrukturprojekte und die damit verbundenen Baumaßnahmen müssen daher nicht automatisch zu einer Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Chines\*innen beitragen, die die neu entstandenen Arbeitsplätze erhalten könnten. Somit wäre an dieser Stelle keine sonderliche Veränderung des Binnenkonsummusters zu erwarten, wodurch die dem chinesischen Akkumulationsmuster inhärente Wachstumsbeschränkung nicht überwunden wäre.

Da die Nachfrage nach Bautätigkeiten steigen würde - und damit auch das Auftragsvolumen - stellt sich die Frage, wohin die abgeschöpften Mehrwerte fließen würden. Ngai hat dargestellt, dass durch das Sub-Unternehmersystem, das sich in der chinesischen Baubranche auf insgesamt 6 Ebenen erstreckt, der allergrößte Teil der Bausummen in den oberen Ebenen zum Stocken kommt (Projekt Design und Projekt Management). Folglich würden sich die Profite dieser Branche den oberen Ebenen ansammeln. (vgl. Ngai 2016: 46–50) Ein Anwachsen der Investitionen im Baugewerbe dürfte diesen Prozess weiter verstärken und zu einer Zunahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit in China führen. Auch deshalb, weil die Bauindustrie inzwischen eine von Chinas größten Industrien darstelle und 2010 für rund 25% des

---

<sup>24</sup>Becker deutet einen derartigen Zusammenhang im historischen Beispiel mosambikanischer Arbeiter an. Diese hätten ihre Löhne - aus der Arbeit in südafrikanischen Minen - größtenteils an ihre Familien in der Heimat geschickt und damit dort die Subsistenzwirtschaft gestärkt. (vgl. Becker 2007: 153f.)

chinesischen BIPs verantwortlich gewesen sei (vgl. Lee 2019: 143). Hohe Kapitalsummen in den Händen Weniger, können ein Ausgangspunkt für die Zunahme der Akkumulation fiktiven Kapitals sein (vgl. Arrighi 1994: 221ff.). Dies gilt für die BRI, sofern diese Vermögensanstiege die neu geschaffenen Investitionsmöglichkeiten übersteigen. Die Zunahme der Investition in fiktives Kapital brächte dabei eine neue Krisentendenz hervor, da solche Investitionen in der Regel spekulativ und liquide sind. Weiterhin würden führen sie zu einem steigen der Preise von Finanzaktiva führen; ohne dass diese Preisanstiege durch die Produktivseite gedeckt wären (vgl. Becker 2009: 97). Während es also aufgrund der bisherigen Überlegungen eher auszuschließen ist, dass mit der BRI die Überwindung der inneren Wachstumsbeschränkung des chinesischen Akkumulationsmodells einhergeht, birgt das Projekt die Chance, den bestehenden Finanzialisierungstrend des chinesischen Akkumulationsmodells zu verstärken. Die bisherigen Überlegungen, mit ihrem Fokus auf die Bauvorhaben selbst, beschäftigen sich mit der kurz- bis mittelfristigen Perspektive. Wie sieht es nun aber mit den langfristigen Tendenzen aus?

Wenn die BRI dabei helfen soll, die Krisentendenzen der extensiven und extravertierten chinesischen Produktionsweise zu regulieren, muss das Projekt dazu beitragen, die Akkumulationsweise zumindest auf lange Sicht in eine intensive und intravertierte Richtung zu wandeln. Die Relevanz erfolgreichem Upgradings ist dabei aus chinesischer Sicht kaum zu unterschätzen. Durch Aufwertungen der eigenen Produktion könnten die Voraussetzung für umfangreiche intensive Akkumulation erfüllt werden. Doch umfassende Intensivierung der Akkumulation ist nicht voraussetzungsfrei. Becker beschreibt, dass das Fehlen eigener Möglichkeiten der Produktion von Produktionsmitteln ein Hindernis für einen Wandel von extensiver zu intensiver Akkumulation darstelle (vgl. Becker 2007: 69). Denn in diesem Fall würde die „technische Grundlage der Produktivkraftentwicklung von außen importiert.“ (ebd.) Folglich sei eine Volkswirtschaft weiter auf Devisenimporte - und somit Warenexporte - zur Bezahlung dieser ausländischen Investitionsgüter angewiesen. Folglich sei der eigene Export nicht vernachlässigbar. Die Veränderung des chinesischen Akkumulationsregimes könnte neue Wachstumspotenziale freisetzen, da warenförmige Arbeit in noch größerem Maße etabliert würde. Da sich intensive Akkumulation dadurch auszeichne, dass Produktivitätszuwächse in höhere Löhne übersetzt würden, könnte dies die bisherige Tendenz zur Überakkumulation senken (vgl. ebd.). Dies hätte somit das Potenzial, die materiellen Verhältnisse chinesischer Arbeiter\*innen (weiter) zu verbessern. In diesem Kontext ist es nachvollziehbar, dass

die VRC danach strebt, nicht länger als Werkbank zu fungieren, sondern selbst neue Produkte zu schaffen und auf die Märkte zu bringen (vgl. Huang 2016: 319).

Der Handelsfokus der BRI unterstreicht auch, dass China weiterhin und trotz Stärkung des Binnenmarktes auf Exporte setzen wird. Bisher stützte sich der chinesische Export überwiegend auf extensive Akkumulation, welche zwar viele Chines\*innen aus der Armut holen konnte, dabei aber auch große soziale Ungleichheiten mit vorangetrieben hat, da zwar viele Lohnarbeiter\*innen entstanden, aber nur eine verhältnismäßig kleine Bevölkerungsgruppe wirklich materiellen Wohlstand erreichen konnte. Sollte China dieses Akkumulationsregime beibehalten, ergäben sich daraus für die meisten Arbeiter\*innen kein Verbesserungspotenzial. Ob die Produktionsstätten im Osten oder Westen der VRC liegen, dürfte für diese Arbeiter\*innen dabei eher zweitrangig sein. Sie wären weiterhin in niedrig entlohnter, harter Produktionsarbeit ‚gefangen‘. In diesem Sinne wäre ein Aufstieg entlang der Wertschöpfungskette für chinesische Arbeiter\*innen erstrebenswert, da damit eine Intensivierung der Akkumulation verbunden wäre, welche meist mit höheren Profiten und höheren Löhnen einhergeht. Es wird angenommen, dass Upgrading in der VRC durch neue Joint-Ventures und zusätzlich verstärktem Austausch mit Handelspartnern absolviert werden soll. Investitionen in Chinas Nachbarstaaten lassen sich so verstehen, dass Grundlagen für künftiges Offshoring geschaffen werden. Sollte der VRC tatsächlich langfristig flächendeckend eine Aufwertung eigener Fertigungsprozesse gelingen, könnten arbeitsintensive Produktionsschritte beispielsweise nach Zentralasien ausgelagert werden.

Das setzt voraus, dass sich das angestrebte Upgrading realisieren lasse. Bereits in Kapitel 4.3 habe ich darauf verwiesen, dass Upgrading nicht selbstverständlich ist. Beispielsweise wurde in Bezug auf chinesische Produzenten von Verbraucherelektronik festgestellt, dass es deren Fokus auf Komponentenfertigung in Verbindung mit typisch chinesischen Betriebsstrukturen, erschwere, weiteres Know-how zu erwerben (vgl. Song 2012). Auch habe ich gezeigt, dass die KPCh spätestens ab Mitte der 1990er Jahre versuchte, Unternehmen zu Champions aufzubauen, um mit diesen an den Wertschöpfungsketten empor zu klettern, Innovationsleistungen aus dem Ausland in die VRC zu transferieren und höhere Profite zu erzielen. Diese Versuche scheiterten in den allermeisten Fällen. Sollte auch die BRI nicht zu chinesischem Upgrading beitragen, könnte dies die Situation für chinesische Arbeiter\*innen sogar verschärfen, da durch den verstärkten Handel mit Zentralasien die Konkurrenz um niedrigentlohnte, kostengünstige Arbeit sogar steigen dürfte.

Weiterhin darf, selbst wenn der VRC ein relativ umfassendes Upgrading seiner Produktion gelänge, nicht übersehen werden, dass davon keinesfalls alle Arbeitskräfte profitieren müssen. Gerade ungelernete Arbeiter\*innen werden leicht gegenüber Facharbeiter\*innen abgehängt. Bedenkt man, dass viele junge Chines\*innen aus ländlichen Gebieten selbst mit Hochschulabschlüssen Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche haben, wird deutlich, dass das oft herbeigewünschte Upgrading keinesfalls für alle Arbeiter\*innen der VRC Vorteile mit sich bringt<sup>25</sup>. Es könnte sogar bestehende Ungleichheiten verfestigen, wenn „wissensbasierte[] Arbeit und Produktionsprozess[e]“ (Butollo 2013: 64) entkoppelt werden. Gleichzeitig passen die harten Arbeitsregimes nicht zu den höheren Anforderungen, die das Upgrading mit sich bringen würde. Dies schlägt sich in der Textilindustrie, in der einigen chinesischen Betrieben Upgrading gelungen sei, bereits heute in einer hohen Fluktuation der Arbeiter\*innen nieder und führe unausweichlich zu Konflikten. (vgl. Komlosy 2013: 49) Während chinesische Unternehmer zwar oftmals auf den Einsatz neuer Technologien setzten, welche die Arbeiten komplexer gestalte, falle es ihnen schwer, die Arbeitsverhältnisse entsprechend dieser Veränderungen aufzuwerten (vgl. ebd.: 50). Vergleichbare Tendenzen zeigten sich in der chinesischen Automobilindustrie, in der Belegschaften in der Regel in Stammebelegschaft und Leiharbeiter\*innen geteilt, letztere kaum Aufstiegsmöglichkeiten in den Betrieben hätten und gleichzeitig über schlechtere Arbeitsbedingungen klagen würden (vgl. Lu 2018: 294–300). Solche Konfliktherde erschweren die Aufwertung der eigenen Produktion zusätzlich. Könnte die BRI China also die Grundlage für intensive und intravertierte Akkumulation bieten, ginge wohl kaum automatisch eine Verbesserung der Situation der Arbeiter\*innen einher. Stattdessen könnte sich die Ungleichheit in der chinesischen Gesellschaft zusätzlich verstärken, wenn komplexere Produktionsweisen die Anstellungsvoraussetzungen erhöhen. Hier zeichnet sich eine potentielle Krisentendenz im Zusammenspiel des Akkumulationsregimes mit dem Lohn- und Konkurrenzverhältnis ab: Einerseits erschweren die etablierten Arbeitsregimes Upgrading grundsätzlich, weil es, wenn es nicht mit einer Veränderung der gängigen Arbeitsbedingungen einhergeht, zu Arbeitskämpfe führt und den politischen Druck von Seiten der Arbeiter\*innen erhöht. Gleichzeitig ist das Lohnverhältnis die Basis Chinas bisheriger Akkumulation. Ermöglicht wurde und wird die Ausgestaltung des Lohnverhältnisses durch Konkurrenz zwischen den chinesischen Regionen und zwischen den Arbeiter\*innen. Diese durchaus bewusst herbeigeführte Situation erschwert künftige Entwicklung, wenn sie zu Gunsten aller Chines\*innen gehen soll. Upgrading selbst wird erschwert, was soziale Spannungen aufrech-

---

<sup>25</sup>Ähnlich dürfte dies auch in Bezug auf ethnische Spannungen gelten, die durch die regionale Spaltung des Landes gefördert werden.

terhält. Zugleich birgt erfolgreiches Upgrading die Gefahr, bestehende Ungleichheiten zusätzlich zu vergrößern und damit auch soziale Spannungen zu intensivieren.

Wenn die Fragen nach Veränderungen der Akkumulationsregime und der Regulationsweise diskutiert werden, sind diese auch Ausdruck der politischen Gegebenheiten in der VRC. Und wie die Bestandsaufnahme der politischen und politökonomischen Situation ergeben hat, ist die regionale Ungleichheit ein wesentliches Ergebnis der chinesischen Entwicklungsweise. Dieser Status Quo stellt die Ausgangslage für alle weiteren Veränderungen dar, weshalb auch reflektiert werden muss, inwiefern die regionale Ungleichheit künftige Veränderungen mit beeinflussen kann. Die folgenden Überlegungen müssen den bisherigen Betrachtungen daher als weitere Ebene hinzugefügt werden.

Betrachtet man die VRC aus weltsystemischer Perspektive, so ist auch sie durch Zentrums-(Semi-)Peripheriestrukturen gekennzeichnet. Hierbei kommt den zentral- und westchinesischen Regionen die Rolle von Peripherien zu. Dort überwiegt die Agrarwirtschaft, und viele Wanderarbeiter\*innen machen sich von diesen Gebieten in Richtung der Zentrumsregionen entlang der chinesischen Ostküste auf, da dort mehr Arbeit vorhanden und das Lohnniveau höher ist. Aufgrund der Ungleichheit gegenüber den Zentrumsregionen der Ostküste ist es nicht erstaunlich, dass die KPCh die chinesischen Peripherien stärken will. Die BRI birgt die grundsätzliche Chance, den Westen des Landes an eine eigene Handelsroute zu platzieren und die geographische Benachteiligung gegenüber den Küstenregionen zu überwinden. Aus der Zentrums-Peripherie-Struktur folgt aber auch die Konkurrenz um die Besetzung von profitablen Positionen entlang der Güterketten. Und dabei bleibt der Vorteil auf Seiten der bestehenden Zentren: Dort sind bereits nötige Infrastrukturen und die im chinesischen Kapitalismus besonders relevanten Guanxi vorhanden. Auch wird chinesische Innovationsleistung am ehesten in den Ostregionen erbracht. Diese Ausgangslage macht es wahrscheinlich, dass diese Regionen im Vorteil sind, wenn es darum geht, Glieder von Güterketten zu monopolisieren, beziehungsweise - um die Diktion Wallersteins zu verlassen – Upgrading-Potenziale auszuschöpfen. Sollten sich dazu Möglichkeiten bilden, ist anzunehmen, dass dies in den bisherigen Zentren erfolgt oder zumindest von dort aus gesteuert wird. Sollte es zu Upgrading kommen, ist daher zu erwarten, dass arbeitsintensive Produktion in die chinesischen Peripherien abwandert, da diese wiederum die geeigneten Grundlagen dafür bietet; günstige Arbeitskräfte und noch nicht warenförmige Arbeit. Solch eine Abwanderung bedarf selbstverständlich der infrastrukturellen Vorbereitung der peripheren Regionen. Hier sei an die Investitionen der

chinesischen Regierung in die westchinesische Metropole Urumchi zum Aufbau der Informationstechnikindustrie erinnert, welche in Kapitel 7 vorgestellt wurden. Gleichmaßen könnte die BRI in diesem Kontext verstanden werden. Sollte es zu solch einer Verschiebung kommen, würde dies aber lediglich eine räumliche Veränderung der arbeitsintensiven Produktion am Low-End der Güterketten bedeuten<sup>26</sup>. Damit ist keinesfalls gesagt, dass sich das Lohnverhältnis der Arbeiter\*innen verändert. Während sich also für die Zentrumsregionen Möglichkeiten bieten dürften, in den Güterketten aufzusteigen, bliebe der Westen (vorerst) in der Low-End-Produktion gefangen. Zusätzlich ist erwartbar, dass sich in einem solchen Fall die Machtstrukturen, insbesondere die Guanxi einfach in die neuen Regionen ausbreiten würden. Somit stünden Unternehmen neue Profitmöglichkeiten zur Verfügung, während die Arbeiter\*innen nicht gleichermaßen profitieren könnten. Eine allgemeine Intensivierung der Akkumulation und Verbesserung der Lohnverhältnisse könnte zwar absolut den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand mehren, allerdings wäre nicht zu erwarten, dass die gesellschaftliche Ungleichheit hierdurch abnimmt. In der Diktion des Regulationsansatzes hieße das, dass sich das Lohnverhältnis in der Masse kaum ändern würde. Auch die Konkurrenz nähme nicht ab. Viel eher stünden sich tendenziell intensiv akkumulierende ostchinesische und tendenziell extensiv akkumulierende zentral- und westchinesische Regionen gegenüber, was den Graben zwischen den Gebieten wohl kaum schließen würde. Zudem würde dies auch keinen Wandel hin zu flächendeckend intensiver Akkumulation bedeuten. Damit ließe sich der Binnenkonsum auch weiterhin nur begrenzt steigern. Insgesamt blieben also die Widersprüchlichkeiten, die Wachstumsbeschränkung und auch eine potentielle politische Krise unberührt.

Aus ökologischer Sicht wäre eine geographische Verlagerung, die mit der BRI erfolgen könnte, zu begrüßen. Dadurch könnte die hohe Konzentration umweltschädlicher Einflüsse im Osten Chinas abgeschwächt werden. Gerade aus dieser Sicht mag es interessant sein, die Zentral- und Westregionen zu erschließen, um damit Einflüsse der ökologischen Gegebenheiten auf die weitere Akkumulation zu verringern. Wie beschrieben, schmälert die drastische Umweltzerstörung auch direkt das chinesische Wirtschaftswachstum. Eine räumliche Verlagerung der Produktion, könnte dazu führen, diesen Minderungen entgegenzuwirken, da sie in weniger belasteten Regionen stattfindet. Dies könnte die Möglichkeit weiterer Akkumulation

---

<sup>26</sup>Zwar wäre es prinzipiell denkbar, dass es chinaweit zu einer Intensivierung der Akkumulation kommt, allerdings hieße dies auch, billige, arbeitsintensive Produktion ins Ausland auszulagern. Es ist aber davon auszugehen, dass sich Kapital noch innerhalb Chinas expandiert, solange es noch möglich ist extensive Akkumulation durchzusetzen. Dies stünde auch im Einklang mit Chinas ‚Go West‘ Strategie.

erhöhen. Sollte künftige Produktion jedoch zu den bisherigen Bedingungen erfolgen, dann würde dies selbstverständlich keine langfristige Lösung darstellen.

Dazu käme es beispielsweise darauf an, wie die künftige Infrastruktur hergestellt und ob dabei Rücksicht auf ökologische Belange genommen wird. Die BRI kann nur dann eine vielversprechende Perspektive darstellen, wenn durch künftigen technischen Fortschritt die ökologische Belastung nachlässt. Mit voranschreitender wirtschaftlicher Entwicklung, insbesondere in Bereichen wie die der erneuerbaren Energien, dürften hierfür Chancen auf die Entwicklung umweltschonenderer Produktionsverfahren bestehen, welche die VRC ohnehin bereits forciert (vgl. Brand/Wissen 2017: 114f.). Insofern China durch weitere Handelsbeziehungen tatsächlich seine umweltrelevanten Branchen hervorbringen kann, könnten sich Potenziale zu umweltschonenderen Produktionsweisen ergeben. Derartigen Perspektiven muss allerdings auch Kritik entgegengehalten werden. So sei die Idee einer grünen Ökonomie eine „[f]alsche Alternative“ (ebd.: 147), da sich dabei die Logik kapitalistischer Inwertsetzung von Natur nicht ändern würde und die Triebkräfte kapitalistischer Zerstörung nicht gebannt werden könnten. (vgl. ebd.: 148–155) Diese Sichtweise muss dadurch ergänzt werden, dass Chinas steigender Wohlstand auch die ökologische Problematik verschärft (vgl. ebd.: 110–115). Da gerade die kapitalistische Akkumulationsweise von einem hohen Energiebedarf und großem ökologischen Fußabdruck gekennzeichnet ist, ist festzuhalten, dass weiterer Wohlstand, so wünschenswert er aus einer Vielzahl von Perspektiven ist, aus ökologischer Sicht problembehaftet ist. Somit würde die BRI dann zur Regulation der ökologischen Krise beitragen, wenn das Projekt dazu genutzt wird, die bisherigen Produktions- und Konsumweisen grundlegend zu transformieren. Betrachtet man die bisherigen politischen Programme und den stark steigenden Konsum der chinesischen Mittel- und Oberschicht, scheint es jedoch derzeit fragwürdig ob eine derartige Transformation zu erwarten ist.

In diesem Fall würde der ökologische Krise jedoch kaum entgegnet werden, womit der politische Druck von Seiten der chinesischen Bevölkerung auf die KPCh nicht abnehmen würde. Brand und Wissen gehen davon aus, dass die VRC eher bestrebt ist, die Umweltprobleme zu externalisieren. Es steht zu befürchten, dass die BRI auch als Vehikel genutzt wird, um die Externalisierung von Umweltproblemen voranzutreiben, was diese nicht lösen, aber den politischen Druck mildern würde.

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass für weite Teile der chinesischen Bevölkerung nicht ohne Weiteres Verbesserungspotenziale durch die BRI zu erwarten sind. Es steht außer Frage,

dass die BRI, sofern sie erfolgreich umgesetzt werden kann, weitreichenden Einfluss auf Chinas Wirtschaft und seine Gesellschaft nehmen wird. Für chinesische Arbeiter\*innen zeigen sich unterschiedliche Perspektiven. Gerade für gut ausgebildetes Fachpersonal in den Städten, scheint es reale Chancen zu geben durch qualifizierte Anstellungen zur Mittelschicht aufzuschließen. Für diejenigen allerdings, die ohnehin harten Arbeitsbedingungen, geringen Löhnen und geringer sozialer Absicherung ausgesetzt sind, ist kaum zu erwarten, dass die BRI eine grundsätzliche Verbesserung herbeiführt. Die Verschränkungen der landesweiten Ungleichheiten (auf regionaler und individueller Ebene, sowie zwischen Stadt und Land) mit dem für Arbeiter\*innen nachteiligen Lohnverhältnis haben bisher die extensive und extravertierte Akkumulation der VRC garantiert. Zusätzlich erschwert diese Entwicklungsweise aber auch das Upgrading der chinesischen Produktion, da chinesische Betriebe oft in der Low-End-Produktion gefangen bleiben. Gleichzeitig entstehen in den Betrieben, in denen es zu erfolgreichem Upgrading kommt, schnell Arbeitskonflikte, da die Anforderungen an die Arbeiter\*innen und deren Behandlung und Status nicht zusammenpassen. Diese Behandlung ist oft auch ein Ausdruck der Spaltung von Stadt- und Landbevölkerung. Sie zeigt sich am deutlichsten bei Wanderarbeiter\*innen, welche aus ländlichen Regionen stammen und in den urbanen Zentren arbeiten, wo sie vielfacher Diskriminierung ausgesetzt sind. Die Spaltung spiegelt zugleich auch die geteilten ökonomischen Möglichkeiten wieder. Es ist nicht erwartbar, dass die Bauarbeiter\*innen ernsthaft von dem gigantischen Infrastrukturprojekt der BRI profitieren; zu sehr werden sie durch die Strukturen der Baubranche benachteiligt. Gleichermaßen besteht die Gefahr, dass neu entstehende Wachstumspotenziale tendenziell eher von Unternehmen der chinesischen Ostküste abgeschöpft werden, welchen zugute kommt, dass sie bereits in Netzwerken verbunden sind, und somit neu entstehende Unternehmen aus West- und Zentralchina nur schwer in diese Lücken vordringen können. Insgesamt ist ohnehin zu erwarten, dass aus den Ostregionen zunächst die arbeitsintensive Produktion abfließt und ihr die Wanderarbeiter\*innen folgen. Insgesamt stellt dies jedoch keine Veränderung der Akkumulationsregimes der VRC da. Wenn sich diese Aspekte aber nicht verändern, dann bleiben die sozial-politischen Spannungen in China bestehen. Gleichermaßen steht die Intensivierung der Produktion vor Schwierigkeiten, was bedeutet, dass eine Steigerung des Binnenkonsums zwangsläufig ausgebremst wird.

Möglicherweise stellt die BRI eine reale Chance dar, die Umweltprobleme durch die BRI teilweise räumlich zu verlagern und damit den Druck von Seiten der chinesischen Zivilgesellschaft abzuschwächen. In diesem Fall wäre dies jedoch bestenfalls ein Zeitgewinn, wenn

die BRI nicht auch zu einer umfassenden Transformation der Produktionsverfahren genutzt wird.

## 9 Conclusio

Im Rahmen dieser Forschungsarbeit habe ich mich mit der Frage beschäftigt, welche Perspektiven die BRI als Element der Regulationsweise der nach 1978 entstandenen Akkumulationskrisen mit Arbeiter\*innenbezug in der VRC bieten kann. Um dieser Frage nachzugehen, habe ich anhand der Methode von Abstraktion und Konkretion und mit Hilfe des Regulationsansatzes von Becker herausgearbeitet, inwieweit derartige Krisentendenzen überhaupt vorhanden sind und wie sie aussehen. Dabei hat sich einerseits herausgestellt, dass die strukturell geringen Lohnzahlungen sowie die harten Arbeitsregime, die sich in den vergangenen Jahrzehnten etabliert haben, zunehmend zu sozialen Spannungen führen. Diese drücken sich beispielsweise in der gestiegenen Anzahl von Arbeitsprotesten aus, die zusätzlich auch an Radikalität zunehmen. Andererseits hat sich gezeigt, dass durch das extensive Akkumulationsregime der Binnenkonsum in der VRC strukturell beschränkt wurde. Überakkumulationstendenzen wurden vor allem durch zunehmende Extravertiertheit des Akkumulationsregimes abgemildert, was aber die Abhängigkeit von ausländischem Konsum erhöhte. In den vergangenen Jahren wurde versucht, die sozialen Spannungen durch Lohnerhöhungen zu regulieren und die Konsummöglichkeiten der chinesischen Bevölkerung zu erhöhen. Hierin kommt es insofern zu einer Problematik, als Lohnerhöhungen zunehmend den Absatz chinesischer Waren erschweren und dem chinesischen Wachstumsmotor der Treibstoff entzogen wird. Gleichzeitig wird der politische Druck auch an anderen Stellen intensiver. In Bezug auf die ökologischen Probleme der VRC ist ein gestiegenes Umweltbewusstsein innerhalb von Teilen der chinesischen Bevölkerung auszumachen. Neben dem politischen Druck, der auf die KPCh wirkt, wird im Umweltkontext auch deutlich, dass sich die starken Umweltbelastungen der vergangenen Jahrzehnte auch negativ auf weiteres Wirtschaftswachstum auswirken. Insofern lässt sich feststellen, dass das chinesische Entwicklungsmodell zunehmend in die Krise gerät. Die ungewöhnlich hohen Wachstumszahlen der chinesischen Volkswirtschaft führen zunehmend zu innerstaatlichen Problemen, da immer offensichtlicher wird, dass die Wohlstandsgewinne nicht gleichermaßen verteilt wurden. Damit zeigt sich, dass die chinesische Entwicklungsweise nicht unhinterfragt als Blaupause für erfolgreiche Entwicklung herhalten kann.

Die BRI wird immer wieder als Möglichkeit ins Feld geführt, die bestehenden Probleme zu regulieren. Die Analyse zeigt aber, dass derartigen Erwartungen mit Skepsis begegnet werden muss. So könnte möglicherweise eine Verlagerung der chinesischen Produktion nach Zentral- und Westchina die östlichen Küstenregionen ökologisch entlasten. Dann ist es aber fraglich, ob dadurch die ökologische Gesamtbelastung abnehme, oder ob es nicht eher zu Umweltzerstörung in den ‚neu‘ erschlossenen Regionen käme. Sollte die BRI tatsächlich dazu führen, Arbeiter\*innen bessere Aufstiegschancen zu bieten, ist eher davon auszugehen, dass die ökologische Gesamtbelastung der VRC weiter steigt und die ökologische Krise zusätzlich verschärft. Auch die (Weiter-)Entwicklung grüner Technologien, im Rahmen der hohen Investitionen der BRI stellt keinen realistischen Ausweg dar.

Grundsätzlich muss ernsthaft hinterfragt werden, ob es überhaupt zu derartigen Wohlstandsgewinnen chinesischer Arbeiter\*innen kommen wird. Aus den Baumaßnahmen des riesigen Infrastrukturprojektes dürften kaum nennenswerte Vorteile entstehen. Vielmehr kommt wiederum eine extensive Wachstumsstrategie zum Ausdruck, bei der es zwar zu neuen Arbeitsplätzen kommen kann. Diese dürften jedoch zu weiten Teilen im Niedriglohnsegment entstehen. Damit trägt dieses Wachstum nicht zu einer Intensivierung der chinesischen Akkumulation bei und ermöglicht folglich keine Konsumsteigerungen. Hierfür wäre umfassendes Upgrading der chinesischen Produktionsbetriebe notwendig. Die Geschichte der VRC zeigt jedoch, dass dies die längste Zeit nicht und auch in den vergangenen Jahren nur teilweise funktioniert hat. Erfolgreiches Upgrading könnte die Grundlage für intensive Akkumulation darstellen und eine Lösung darstellen. Tatsächlich zeigt sich aber, dass Upgrading - sofern es gelingt - dazu führen kann, die Belegschaften zu spalten. Gerade Arbeiter\*innen am unteren Ende der Produktionsabläufe bleiben dann in ihren Positionen gefangen und Aufstiegschancen nehmen ab. Die dadurch hervorgerufene Desillusionierung und die enttäuschten Erwartungen erhöhen soziale Spannungen in den Belegschaften, was Upgrading zusätzlich erschwert.

Insgesamt zeigt sich, dass das Entwicklungsmodell der VRC trotz aller Erfolge der vergangenen Jahrzehnte auch große Probleme hervorgerufen hat. Die tief gespaltene Gesellschaft stellt die bisherige Entwicklungsweise vor neue Herausforderungen, und zugleich ist die Überwindung der Ungleichheiten nicht ohne Weiteres möglich. So ist ebenfalls zu befürchten, dass neue Wachstumspotenziale in den bisher weniger entwickelten Landesteilen der VRC von bereits etablierten Unternehmen erschlossen werden, da der chinesische Kapitalismus vor allem auf Netzwerkstrukturen setzt. Die BRI bietet meiner Einsicht nach wenige Chancen zur

Überwindung der Ungleichheiten in der VRC und schafft für den Großteil der chinesischen Arbeiter\*innen keine umfassenden Aufstiegsmöglichkeiten. Es erstaunt mich daher wenig, dass die chinesische Regierung parallel zur BRI auch ihr autoritäres Profil schärft. Sollte eine wirtschaftliche Integration der bisher marginalisierten Teile der chinesischen Bevölkerung nicht gelingen, könnte eine Verschärfung der staatlichen Kontrolle zu einer Regulierung der sozialen Spannungen beitragen. Dies könnte allerdings selbst Rückwirkungen auf das künftige Innovationspotenzial der chinesischen Bevölkerung haben. So wäre es naheliegend, dass die Reduzierung des freien Denkens sich zugleich auch negativ auf die Kreativität der Bevölkerung auswirkt. In jedem Fall kann und muss an dieser Stelle betont werden, dass die BRI kaum allen Chines\*innen Vorteile bringen wird. Gerade die bisher marginalisierten Teile der chinesischen Bevölkerung dürften dies auch in Zukunft bleiben. Dies muss bei der Betrachtung der BRI berücksichtigt werden. In diesem Sinne weise ich das von mir als modernisierungstheoretisch beschriebene Narrativ auf die BRI zurück.

Neben den inhaltlichen Aspekten, konnte diese Arbeit bestätigen, dass die Regulationstheorie ein hohes Analysepotenzial hat. Dieses kann im Kontext der chinesischen Entwicklung gewinnbringend genutzt werden - selbst wenn dies Anpassungen der theoretischen Konzeption notwendig macht. Das war im Hinblick auf die Hegemoniefähigkeit der VRC nötig. Die Frage nach Hegemonie ist insbesondere für den Becker'schen Regulationsansatz zentral, da sie eine Grundkategorie seines Verständnisses der Regulationsweise darstellt. Sollte das Ausmaß autoritärer Strukturen in China tatsächlich weiter zunehmen, könnte dies diesen spezifischen Ansatz an die Grenzen seiner Anwendbarkeit führen.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass die Einbindung qualitativer Daten in die regulationstheoretisch geleitete Analyse funktioniert hat. Die Einbindung von Studien, die sich unmittelbar mit chinesischen Arbeiter\*innen befasst haben, eröffnete eine völlig neue Perspektive auf die sozialen Spannungen in der VRC. Anders als die Lohnhöhe, wurden die Arbeitsbedingungen nicht gleichermaßen reguliert. Derartige Einsichten lassen sich aus blanken Zahlen nicht erkennen. In diesem Sinne hat sich die Forderung nach dem Methodenpluralismus des Critical Realism ausgezahlt.

Abschließend möchte ich auf die ökologische Belastungen der VRC zu sprechen kommen. Es zeigt sich, dass diese China (wie auch andere Staaten) künftig vor fundamentale Probleme stellen wird. In diesem Kontext muss festgehalten werden, dass die Regulationstheorie für diese Problemstellung bisher keine ausreichenden Konzepte liefern kann. Zwar kann die ökologische Frage mittels der Kategorie der ökologischen Restriktion in die Analyse einbezogen

werden, jedoch wird diese Komponente lediglich im Hinblick auf die Stabilität des Akkumulationsregimes betrachtet. Damit bleibt die Aufrechterhaltung der Akkumulation die letztendliche Antwort der Regulationstheorie, wenn es um die Frage nach Entwicklung von Volkswirtschaften geht. Die Überlegungen zur Regulationsperspektive der BRI hat jedoch gezeigt, dass weiteres Wirtschaftswachstum nicht mit gesamtgesellschaftlichen Verbesserungen gleichgesetzt werden sollte: Ich habe einige Erklärungen aufgeführt, warum dies im Fall der BRI - zumindest zum aktuellen Wissensstand - fragwürdig ist. Daher muss, meiner Meinung nach, auch grundsätzlich die Frage aufgeworfen werden, ob Wirtschaftswachstum noch eine zeitgemäße Antwort auf aktuelle Probleme darstellt. Bisher kann die Regulationstheorie solche Antworten nicht liefern, da sie nach Stabilisierungsmöglichkeiten von Akkumulation sucht. Stattdessen scheint mir jedoch die Suche nach Alternativen zur stetigen Aufrechterhaltung kapitalistischer Akkumulation sinnvoller. In diesem Kontext halte ich eine Weiterentwicklung der Regulationstheorie für absolut notwendig.

## Literatur

- Arrighi, Giovanni (1994): *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times*, London ; New York: Verso.
- (2008): *Adam Smith in Beijing: die Genealogie des 21. Jahrhunderts*, übers. von. Britta Dutke, Hamburg: VSA-Verl.
- Bair, Jennifer (2010): „Globaler Kapitalismus und Güterketten. Rückblick und Ausblick“, *Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung, Historische Sozialkunde Internationale Entwicklung* 29, Wien: Promedia [u.a.], S. 24–42.
- Becker, Joachim (2007): *Akkumulation, Regulation, Territorium: zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, 2. unveränderte Auflage Aufl., Marburg: Metropolis Verlag.
- (2008): „Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven“, *Journal für Entwicklungspolitik* 24/2, S. 10–32.
- (2009): „Regulationstheorie“, *Heterodoxe Ökonomie*, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 89–116.
- (2013): „Regulationstheorie: Ursprünge und Entwicklungstendenzen“, *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot, S. 24–56.
- Becker, Joachim und Rudy Weißenbacher (2009): „Vorwort“, *Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere*, *Historische Sozialkunde Internationale Entwicklung* 28, Wien: Promedia [u.a.], S. 7–12.
- Bhaskar, Roy (2008): *A realist theory of science, Classical texts in critical realism*, London ; New York: Routledge.

- Blecher, Marc J. (2002): „Hegemony and Workers’ Politics in China“, *The China Quarterly* 170, [http://www.journals.cambridge.org/abstract\\_S0009443902000190](http://www.journals.cambridge.org/abstract_S0009443902000190).
- Brand, Ulrich und Markus Wissen (2017): *Imperiale Lebensweise: zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, 6. Aufl., München: Oekom Verlag.
- Brandt, Loren und Eric Thun (2010): „The Fight for the Middle: Upgrading, Competition, and Industrial Development in China“, *World Development* 38/11, S. 1555–1574.
- (2016): „Constructing a Ladder for Growth: Policy, Markets, and Industrial Upgrading in China“, *World Development* 80, S. 78–95.
- Butollo, Florian (2013): „Kein Ende der Billiarbeit - Grenzen der industriellen Aufwertung in der Bekleidungs- und in der IT-Industrie im Perflussdelta“, *Arbeitskämpfe in China*. Berichte von der Werkbank der Welt, Wien: Promedia, S. 53–66.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise: eine Kritik, Argument-Sonderband*. Neue Folge 299, 1. Aufl., Hamburg: Argument.
- Cheng, Tiejun und Mark Selden (1994): „The Origins and Social Consequences of China’s Hukou System“, *The China Quarterly* No. 139, S. 644–668.
- Chiu, Becky und Mervyn Lewis (2006): *Reforming China’s state-owned enterprises and banks*, New horizons in money and finance series, Cheltenham, UK ; Northampton, MA: Edward Elgar Pub.
- Cho, Hyekyung (2005): *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*, 1. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Chung, Yuki (2013): „Reflexionen zu jüngsten Entwicklungstendenzen in der chinesischen ArbeiterInnenbewegung“, *Arbeitskämpfe in China*. Berichte von der Werkbank der Welt, Wien: Promedia, S. 210–222.
- Dingli, Shen (2015): „China’s ‘One Belt, One Road’ Strategy Is Not Another Marshall Plan“, *China US Focus*, 16.03.2015, <https://www.chinausfocus.com/finance-economy/china-advances-its-one-belt-one-road-strategy/>.
- Do, Paolo (2013): „Die Achillesferse Chinas. Geistige Arbeit und Arbeitskämpfe im Reich der Mitte.“, *Arbeitskämpfe in China*. Berichte von der Werkbank der Welt, Wien: Promedia, S. 67–77.
- Dunning, John H. (1981): *International production and the multinational enterprise*, London ; Boston: Allen & Unwin.
- Enderwick, Peter (2018): „The economic growth and development effects of China’s One Belt, One Road Initiative“, *Strategic Change* 27/5, S. 447–454.
- Feng, Jin und Lixin He (2012): „Reforming China’s Public Pension System: Coping Effectively with Aging, Urbanization and Globalization“, *A new economic growth engine for China: escaping the ‘middle-income trap’ by not doing more of the same*, Singapore: World Scientific [u.a.], S. 93–117.
- Fischer, Karin, Christian Reiner und Cornelia Staritz (2010): „Einleitung. Globale Güterketten, weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung“, *Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung*, *Historische Sozialkunde Internationale Entwicklung* 29, Wien: Promedia [u.a.], S. 7–23.

- Flecker, Jörg (2010): „Bewegliche Ziele. Aufstieg in globalen Wertschöpfungsketten und die Qualität der Arbeit“, *Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung, Historische Sozialkunde Internationale Entwicklung* 29, Wien: Promedia [u.a.], S. 43–57.
- Françoise, Nicolas (2016): „China and the Global Economic Order“, *China Perspectives* 2016/2, S. 7–14.
- Frank, André Gunder (2016): *ReOrient: Globalwirtschaft im asiatischen Zeitalter*, übers. von Ingrid von Heiseler, Wien: Promedia.
- Frank, Rüdiger (2009): „Sozialismen in Ostasien. China und Nordkorea“, *Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere, Historische Sozialkunde Internationale Entwicklung* 28, Wien: Promedia [u.a.], S. 141–159.
- Gao, Henry S. (2012): „From the periphery to the centre: China’s participation in WTO negotiations“, *China Perspectives* 2012/1, S. 59–65.
- Gerschenkron, Alexander (1962): *Economic backwardness in historical perspective*, Cambridge, Mass.: Belknap Press.
- Godehardt, Nadine (2014): „Chinas neue Seidenstraßeninitiative. Regionale Nachbarschaft als Kern der chinesischen Außenpolitik unter Xi Jinping.“, *SWP-Studie* S9, S. 1–31.
- Grunwald, Joseph und Kenneth Flamm (1985): *The global factory: foreign assembly in international trade*, Washington, D.C: Brookings Institution.
- Harlan, Tyler und Michael Webber (2012): „New corporate Uyghur entrepreneurs in Urumqi, China“, *Central Asian Survey* 31/2, S. 175–191.
- Hilpert, Hanns Günther und Gudrun Wacker (2015): „Geoökonomie trifft Geopolitik: Chinas neue außenwirtschaftliche und außenpolitische Initiativen“, *Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Ed.)* 52/2015, S. 1–8.
- Hirschman, Albert O. (1969): *The Strategy of Economic Development*, 131. Aufl., New Haven: Yale University Press.
- Huang, Yiping (2016): „Understanding China’s Belt & Road Initiative: Motivation, framework and assessment“, *China Economic Review* 40, S. 314–321.
- Ionesco, Dina, Daria Mokhnacheva und François Gemenne (2017): *Atlas der Umweltmigration*, übers. von Barbara Steckhan, Sonja Schumacher und Gabriele Gockel, Deutsche Erstausgabe Aufl., München: Oekom Verlag.
- Ji, Fengyuan (2017): „The West and China: discourses, agendas and change“, *Critical Discourse Studies* 14/4, S. 325–340.
- Johnston, Lauren A. (2018): „The Belt and Road Initiative: What is in it for China?“, *Asia & the Pacific Policy Studies*, <http://doi.wiley.com/10.1002/app5.265>.
- Kahn, Matthew E. und Siqi Zheng (2016): *Blue skies over Beijing: economic growth and the environment in China*, Princeton: Princeton University Press.
- Kay, Cristóbal (1989): *Latin American theories of development and underdevelopment*, New York/London: Routledge, <http://public.eblib.com/choice/publicfullrecord.aspx?p=3061408>.

- Keming, Yan (2013): „Auf welcher Seite stehst du? Chinas kommunistischer Staat zwischen KapitalistInnen und ArbeiterInnen“, *Arbeitskämpfe in China. Berichte von der Werkbank der Welt*, Wien: Promedia, S. 194–209.
- Klotzbücher, Sascha u. a. (2012): „Farewell to Diversity? New State Zones of Health Care Service in China’s Far West“, *Journal für Entwicklungspolitik* 28/1–2012, S. 58–79.
- Komlosy, Andrea (2013): „Von der verlängerten Werkbank zum Global Player. China auf dem Weg zu einem Zentrum der Weltwirtschaft“, *Arbeitskämpfe in China. Berichte von der Werkbank der Welt*, Wien: Promedia, S. 35–52.
- Kriener, Manfred (2017): „Weltmeister Mauretanien“, *Warmzeit. Klima, Mensch und Erde*, Edition Le Monde diplomatique, No. 20, Berlin: taz Verlags- und Vertriebs GmbH.
- (Hrsg.) (2017): *Warmzeit: Klima, Mensch und Erde*, Edition Le Monde diplomatique, No. 20, Berlin: taz Verlags- und Vertriebs GmbH.
- Leborgne, Danièle und Alain Lipietz (1990): „Neue Technologien, neue Regulationsweisen: Einige räumliche Implikationen“, *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte, Stadtforschung aktuell* 29, Basel: Birkhäuser, S. 109–129.
- Lee, Ching Kwan (2019): „China’s precariats“, *Globalizations* 16/2, S. 137–154.
- Lee, Felix (2017): „Chinas Verwüstung“, *Warmzeit. Klima, Mensch und Erde*, Edition Le Monde diplomatique, No. 20, Berlin: taz Verlags- und Vertriebs GmbH.
- Li, Juan (2018): „Legal Culture on Labour Disputes of Migrant Construction Workers in China“, *SSRN Electronic Journal*, <https://www.ssrn.com/abstract=3107146>.
- Liang, Fan u. a. (2018): „Constructing a Data-Driven Society: China’s Social Credit System as a State Surveillance Infrastructure: China’s Social Credit System as State Surveillance“, *Policy & Internet* 10/4, S. 415–453.
- Lipietz, Alain (1985): „Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise“, *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 15/58, S. 109–138.
- Lu, Xueyi, Guokai Song und Jianguo Hu (2012): „Executive Summary“, *Social structure of contemporary China*, Series on contemporary China, volume 31, Singapore ; Hackensack, NJ: World Scientific, S. 1–63.
- Lu, Zhang (2018): *Arbeitskämpfe in Chinas Autofabriken*, übers. von. Ralf Ruckus, *kritik & utopie*, Wien: Mandelbaum.
- Luo, Xiaoping (2016): „Quo Vadis? Chinese migrant workers at home and abroad“, *Ethnic and Racial Studies* 39/8, S. 1467–1484.
- Mader, Dimitri, Urs Lindner und Hans Pühretmayer (2017): „Einleitung. Critical Realism als Philosophie der Sozialwissenschaften.“, *Critical Realism meets Kritische Sozialtheorie. Ontologie, Erklärung und Kritik in den Sozialwissenschaften*, Sozialtheorie, Bielefeld: transcript, S. 7–73.
- Mahoney, Josef Gregory (2016): „Marxismus in China nach Mao“, *Marx und der globale Süden*, Neue kleine Bibliothek 227, Köln: PapyRossa Verlag, S. 240–276.
- Manzenreiter, Wolfram (2010): „A(sian) race to the bottom? Asiatische Produktionsnetzwerke im globalen Sportartikelmarkt“, *Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung*, *Historische Sozialkunde Internationale Entwicklung* 29, Wien: Promedia [u.a.], S. 157–178.

- Marx, Karl (2014): Zur Kritik der politischen Ökonomie, Berliner Ausgabe, 3. Aufl., Berlin: Holzinger.
- McNally, Christopher A. (2012): „Sino-Capitalism: China’s Reemergence and the International Political Economy“, *World Politics* 64/4, S. 741–776.
- Ngai, Pun (2016): Migrant labor in China: post-socialist transformations, China today, Cambridge, UK ; Malden, MA: Polity Press.
- Ngai, Pun und Jenny Chan (2013): „Globales Kapital, der Staat und die chinesischen ArbeiterInnen: Das Foxconn-Modell“, *Arbeitskämpfe in China: Berichte von der Werkbank der Welt*, Wien: Promedia, S. 106–129.
- Olson, Wendy (2009): „Realist Methodology: A Review“, *Realist Methodology, Benchmarks in Social Research Methods*, Los Angeles: SAGE, S. 1–29.
- Ominami, Carlos (1986): *Le Tiers Monde dans la crise: essai sur les transformations récentes des rapports Nord-Sud*, Économie critique, Paris: Éd. La Découverte.
- Penna, Michele (2014): „China’s Marshall Plan: All Silk Roads Lead to Beijing?“, *World Politics Review*, 06.12.2014, <https://www.worldpoliticsreview.com/articles/14618/china-s-marshall-plan-all-silk-roads-lead-to-beijing>.
- Pringle, Tim (2013): „Handlungsmacht und institutionelle Reformen in China: Zur Frage der Gewerkschaften“, *Arbeitskämpfe in China. Berichte von der Werkbank der Welt*, Wien: Promedia, S. 163–179.
- Rosenkranz, Gerd (2017): „Kohle - der Countdown läuft“, *Warmzeit. Klima, Mensch und Erde*, Edition Le Monde diplomatique, No. 20, Berlin: taz Verlags- und Vertriebs GmbH, S. 46–51.
- Rostow, Walt Whitman (2016): „Die Fünf Wachstumsstadien - Eine Zusammenfassung (1960)“, *Entwicklungstheorien: Klassiker, Kritik und Alternativen, Gesellschaft, Entwicklung, Politik*, Band 17, Marburg: Mandelbaum Verlag, S. 45–54.
- Rudolph, Jörg und Thomas Heberer (2010): *China - Politik, Wirtschaft und Gesellschaft: zwei alternative Sichten*, Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für Politische Bildung.
- Sarker, Nazirul Islam u. a. (2018): „One Belt One Road Initiative of China: Implication for Future of Global Development“, *Modern Economy* 09/04, S. 623–638.
- Sayer, R. Andrew (1992): *Method in social science: a realist approach*, 2. Aufl., London ; New York: Routledge.
- Schmalz, Stefan (2011): „Eine kurze Geschichte des chinesischen Aufstiegs im kapitalistischen Weltsystem“, *Kurswechsel* 1(2011), S. 106–116.
- (2012): „Internationale Politische Ökonomie und Arbeit“, *Kapitalismustheorie und Arbeit*, Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 187–205.
- (2013): „Neue Vögel im Käfig? Chinas steiniger Weg zu einem neuen Akkumulationsregime“, *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 329–352.
- Schmeisser, Wilhelm u. a. (2018): *Die neue Seidenstraße: Digitalisierung und strategische Herausforderungen*, Konstanz München: UVK Verlagsgesellschaft mbH mit UVK/Lucius.

- Schütz, Alfred (1971): „Wissenschaftliche Interpretation und Alltagsverständnis menschlichen Handelns“, Bd. 1, Das Problem der sozialen Wirklichkeit, Gesammelte Aufsätze, Den Haag: Nijhoff, S. 1–37.
- Shi, Xiuyin (2012): „Employment Structure“, Social structure of contemporary China, Series on contemporary China, volume 31, Singapore ; Hackensack, NJ: World Scientific, S. 133–183.
- Song, Lei (2012): „Development mode and capability building in the age of modularization and regional integration. Origins of structural adjustments of Chinese economy“, Diversity and Transformations of Asian Capitalisms, Routledge Studies in the modern world economy 96, Abingdon, Oxon ; New York: Routledge, S. 131–142.
- Summers, Tim (2016): „China’s ‘New Silk Roads’: sub-national regions and networks of global political economy“, *Third World Quarterly* 37/9, S. 1628–1643.
- Thun, Eric (2004): „Industrial Policy, Chinese-Style: FDI, Regulation, and Dreams of National Champions in the Auto Sector“, *Journal of East Asian Studies* 4/03, S. 453–489.
- Unger, Jonathan (2013): „Die Veränderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen chinesischer WanderarbeiterInnen und ihre Auswirkungen auf Arbeitskonflikte“, *Arbeitskämpfe in China: Berichte von der Werkbank der Welt*, Wien: Promedia, S. 23–34.
- Wallerstein, Immanuel (2008): „Entwicklung: Leitstern oder Illusion?“, *Klassiker der Entwicklungstheorie: Von Modernisierung bis Post-Development*, Gesellschaft, Entwicklung, Politik 11, Wien: Mandelbaum Verlag, S. 168–193.
- Wan, Guanghua, Jingjing Ye und Juzhong Zhuang (2012): „On Regional and Inter-household Inequality in China“, *A new economic growth engine for China: escaping the middle-income trap by not doing more of the same*, Singapore: World Scientific [u.a.], S. 155–182.
- Wang, Chunguang (2012): „Urban-Rural Structure“, Social structure of contemporary China, Series on contemporary China, volume 31, Singapore ; Hackensack, NJ: World Scientific, S. 265–300.
- Wang, Jian, Nagendra Shrestha und Hiroyasu Uemura (2012): „Chinese international production linkages and Japanese multinationals. Evolving industrial interdependence and coordination“, Diversity and Transformations of Asian Capitalisms, Routledge Studies in the modern world economy 96, Abingdon, Oxon ; New York: Routledge, S. 143–164.
- Wemheuer, Felix (2014): „Landfrage, Hunger und ursprüngliche sozialistische Akkumulation. Ein Vergleich zwischen dem maoistischen China und der Sowjetunion“, *Landgrabbing: Landnahmen in historischer und globaler Perspektive*, Historische Sozialkunde Internationale Entwicklung 33, Wien: New Acad. Press, S. 51–68.
- Woo, Wing Thye (2012a): „The Major Types of Middle-income Trap That Threaten China“, *A new economic growth engine for China: escaping the middle-income trap by not doing more of the same*, Singapore: World Scientific [u.a.], S. 3–39.
- (Hrsg.) (2012b): *A new economic growth engine for China: escaping the middle-income trap by not doing more of the same*, Singapore: World Scientific [u.a.].
- Yan, Ye (2012): „Income Distribution Structure“, Social structure of contemporary China, Series on contemporary China, volume 31, Singapore ; Hackensack, NJ: World Scientific, S. 185–224.

- Yuan, Zhigang und Yuxin Yu (2012): „The Long-run Growth and Short-run Fluctuations of the Chinese Economy“, *A new economic growth engine for China: escaping the middle-income trap by not doing more of the same*, Singapore: World Scientific [u.a.], S. 71–89.
- Zang, Xiaowei (2011): „Uyghur-Han Earnings Differentials in Urumchi“, *The China Journal* No. 65/January, S. 141–156.
- Zhang, Xin (2017): „Chinese Capitalism and the Maritime Silk Road: A World-Systems Perspective“, *Geopolitics* 22/2, S. 310–331.
- Zhao, Weihua (2012): „Consumption Structure“, *Social structure of contemporary China, Series on contemporary China, volume 31*, Singapore ; Hackensack, NJ: World Scientific, S. 225–263.

## Anhang

### Abstract - Deutsch

2013 wurde der Welt die chinesische ‚Belt and Road Initiative‘ (BRI) vorgestellt. Das Projekt soll neue Handelsmöglichkeiten für die Volksrepublik China schaffen. Die bisherige Forschung zu dem Projekt befasst sich mehrheitlich mit der Frage, inwiefern es China zu weiterem wirtschaftlichem Aufschwung und geopolitischer Relevanz verhelfen kann. Dabei wird die soziale Ungleichheit Chinas oft außer Acht gelassen und es wird nicht berücksichtigt, dass Chines\*innen unterschiedlicher Klassenzugehörigkeit unterschiedlich von weiterem Wirtschaftswachstum profitieren. Um dies zu verdeutlichen, befasst sich diese Untersuchung mit der Situation chinesischer Arbeiter\*innen. Zentral ist die Frage, inwiefern die BRI als Element der chinesischen Regulationsweise zur Regulation arbeiter\*innenbezogener Krisentendenzen beitragen kann. Die Untersuchung fußt auf der Wissenschaftstheorie des Critical Realism. Auf dieser Basis wird die polit-ökonomische Entwicklung Chinas ab 1978 regulations-theoretisch analysiert und die Ergebnisse den Erwartungen an die BRI gegenübergestellt. Die Ergebnisse der Untersuchung legen nahe, dass die sozialen Ungleichheiten in China durch die BRI weiter steigen werden. Da bestehende Probleme durch das Projekt eher vergrößert werden, zeigt sich, dass das chinesische Entwicklungsmodell zunehmend in die Krise gerät.

### Abstract - English

In 2013 the Chinese ‚Belt and Road Initiative‘ (BRI) was presented to the world. Its supposed to create new trade opportunities for the People’s Republic of China. The majority of previous research on the project addresses the question of how it can help China to continue its eco-

conomic upturn and to expand its geopolitical relevance. Doing so, the nation's social inequality is overseen; and with it, the notion that Chinese from different classes are likely to profit differently from further economical growth. To highlight that problem, this study focuses on Chinese workers. Its central question asks how far the BRI, as an element of the Chinese mode of regulation, can regulate crises that draw from the circumstances of Chinese workers in their homeland. The study is based on the concepts of Critical Realism. Based on these, the polit-economical development of China after 1978 is analyzed by the regulation theory's framework and then contrasted with the expectations towards the BRI. The results suggest that the BRI will perpetuate the growth of social inequality in China. As existing problems swell, it shows that the Chinese mode of development is becoming increasingly problematic.